

WIE WIR LEBEN WOLLEN



**19. Ordentliche Landeskonferenz
der NRW Jusos
03.-04. Oktober 2020**

Inhaltsverzeichnis

A Arbeitsprogramm

A1	Landesvorstand NRW Jusos	Wie wir leben wollen - Das Arbeitsprogramm der NRW Jusos 2020-2022	5
----	-----------------------------	--	---

B Bildung, Hochschule und Wissenschaft

B1	UB Bielefeld, UB Dortmund	Neuer Informatikunterricht: Von der Black Box zur White Box	20
B3	Juso- Hochschulgruppen NRW	Echte finanzielle Hilfe für Studierende in der Krise: Jetzt!	22
B6	UB Bielefeld	„Reißt das Jungfernhäutchen beim Sex?“ – Aufklärung von Mythen und Stärkung der Sexualerziehung in NRW	24

C Arbeit und Ausbildung

C2	UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, KV Euskirchen, KV Düren/Jülich, KV Heinsberg	„Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen“	27
C8	UB Bielefeld	Alle Lehrer*innen, Inklusionshelfer*innen und Schulsozialarbeiter*innen gerecht bezahlen, keine weitere Benachteiligung angestellter Lehrer*innen	31

D Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

D3	UB Münster	Rassismus gehört nicht auf die Straße! Im wahrsten Sinne des Wortes	33
D4	UB Mönchenglad- bach	Den 9. Mai zum Europatag erklären	35

E Europa und Internationales

E1	UB Münster	China, die Uigur*innen, Hongkong und Taiwan – progressive Außenpolitik gegen Unterdrückung und Zensur!	37
----	------------	--	----

F Feminismus, Gleichstellung und Diversität

F1	UB Bochum, UB Essen, UB Hamm	Sexismus von Links - Schlussfolgerungen aus den Übergriffen auf dem Monis Rache und Fusion Festival	42
----	---------------------------------	---	----

F5	UB Bielefeld	Anlaufstellen für Frauen* und Mädchen* mit Gewalterfahrungen barrierefrei gestalten!	45
F6	UB Leverkusen	Kostenlose Periodenprodukte	47

I Innenpolitik und Justiz

I3	UB Düsseldorf	Radikalisierung durch Dark Social ernstnehmen und angehen	49
I4	UB Bochum, UB Essen, UB Hamm, UB Märkischer Kreis, UB Münster	Polizei besser machen: Beschwerdestelle und Antidiskriminierungsgesetz	51
I7	UB Köln	Eine menschliche und rationale Drogenpolitik!	55

S Sozial- und Gesundheitspolitik

S2	Landesvorstand NRW Jusos	Die professionelle Careseite der Gesellschaft	58
S7	UB Essen	Verhütung ist Frauensache?! - Ein Aufschlag für gerechte Verhütung	65
S9	UB Mönchengladbach	Deklarationspflicht der Inhaltsstoffe von Menstruationsartikeln	68

T Technischer Fortschritt und Digitalisierung

T1	Landesvorstand NRW Jusos	Erst kommt die Technik, dann die Moral	70
T2	Region Ostwestfalen-Lippe	Für uns darf das nicht länger Neuland sein – Digitalisierung in Bildung und Verwaltung anpacken	75

U Umwelt- und Klimapolitik

U2	UB Ennepe-Ruhr	H2-Energie – saubere Technologien in den Alltag bringen	81
U5	UB Bielefeld	Im Namen der Rose: Auftakt für eine jungsozialistische Biodiversitätsstrategie	82

W Wirtschaft

W3	Landesvorstand, Region Ostwestfalen-Lippe	Stärker zurückkommen: Die neue Normalität muss eine bessere sein! - Ansätze für eine progressive Politik nach Corona	86
----	---	--	----

INI Initiativanträge

INI1	Jusos Stadt Aachen, Jusos in der StädteRegion Aachen, Jusos Kreis Euskirchen, Jusos Kreis Düren, Jusos Kreis Heinsberg, Jusos Hamm	Solidarität mit den Continental-Beschäftigten	97
INI2	UB Münster, UB Bochum, KV Rhein-Kreis Neuss, UB Bielefeld, UB Duisburg, UB Essen	Evacuate Moria now!	98

A Arbeitsprogramm

A Arbeitsprogramm

A1	Landesvorstand NRW Jusos	Wie wir leben wollen - Das Arbeitsprogramm der NRW Jusos 2020-2022	5
----	-----------------------------	--	---

A1

Wie wir leben wollen - Das Arbeitsprogramm der NRW Jusos 2020-2022

1 Ausgangslage und bevorstehende Herausforderungen

2 Es wäre zu einfach, die aktuelle gesamtgesellschaftliche Situation mit dem Schlagwort ‚Corona‘ zu be-
3 schreiben. Auch sind wir als NRW Jusos nicht von der Erzählung überzeugt, dass durch Corona plötzlich
4 alles anders wird. Aber Corona hat ein Debattenfenster geöffnet und um tatsächlich etwas an den gesell-
5 schaftlichen Verhältnissen zu verändern, sind wir dazu aufgerufen, dieses Debattenfenster zu nutzen und
6 selbstbewusst zu unseren Ideen zu stehen.

7 Corona hat ein Debattenfenster geöffnet, weil auch den Letzten klar geworden ist, dass etwas faul ist
8 an der neoliberalen Erzählung der letzten Jahrzehnte, die „Privat vor Staat“ hieß. Was der Markt alles
9 nicht regelt, ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden: bezahlbares Wohnen, flächendecken-
10 de Mobilität, digitale Infrastruktur, eine angemessene Gesundheitsversorgung usw. Diese marktradikale
11 Denke ist gescheitert und wir befinden uns aktuell inmitten der richtungsentscheidenden Debatte dar-
12 über, wie wir eigentlich stattdessen leben wollen. Dabei ist der Ausgang dieser Debatte noch vollkommen
13 offen. Denn auf der einen Seite versucht die politische Rechte an die Stelle der bisherigen Erzählung ein
14 nationalistisch-abschottendes Narrativ zu setzen, das Globalisierungs-Ängste schürt und Hass auf all je-
15 ne befeuert, die nicht dem eigenen Weltbild entsprechen. Die sogenannte bürgerliche Mitte steht bei
16 dieser Entwicklung übrigens wahlweise hilflos daneben und versucht mit einer Identitätspolitik von alt-
17 hergebrachten Symbolen als Bollwerk gegen moderne und individuelle Lebensstile und -realitäten eine
18 Art Leitkultur heraufzubeschwören oder sie sucht immer unverhohlener den Schulterschluss mit jenen
19 rechten Kräften, wie es spätestens seit der Thüringen-Wahl deutlich geworden ist, um die eigene Macht
20 zu sichern. Auf der anderen Seite steht die Sozialdemokratie, die noch nicht mutig genug ist, vollumfäng-
21 lich zu ihrem alternativen Politikangebot einer Gesellschaft der Freien und Gleichen zu stehen. Es ist an
22 uns Jusos, dafür zu sorgen, dass die Sozialdemokratie zu ihrem Mut zurückfindet, den Kampf um die Deu-
23 tungshoheit offensiv aufnimmt und wieder um linke Mehrheiten ringt. Die Grünen können diese Rolle
24 nicht einnehmen, weil sie ganz bewusst im Ungefähren bleiben zwischen einem tatsächlich progressiven
25 Politikansatz und einer grünen Version des inhaltsleeren Slogans „Für ein Deutschland, in dem wir gut
26 und gerne leben“. Das mag für den Moment noch eine erfolgsversprechende Strategie sein, angesichts
27 der gesamtgesellschaftlichen Lage und der aktuellen Herausforderungen ist es aber auch eine beson-
28 ders wohlfeile. Mit so einer Position kann die Sozialdemokratie sich nicht zufriedengeben, im Gegenteil,
29 wir müssen klare, unterscheidbare Antworten auf die zentralen Herausforderungen unserer Zeit geben.
30 Aus Sicht der NRW Jusos sind dies vor allem die folgenden beiden, mit denen wir uns schwerpunktmäßig
31 in den nächsten zwei Jahren beschäftigen werden:

32 **a) Für ein jungsozialistisches Verständnis von Staat und Wirtschaft!**

33 Es gibt den bekannten Satz, nach dem sich nur reiche Leute einen schwachen Staat leisten können. Wie
34 wahr dieser Satz allerdings ist, das hat zuletzt noch einmal eindrucksvoll das Deutsche Institut für Wirt-
35 schaftsforschung (DIW) belegt. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzen über
36 zwei Drittel des Gesamtvermögens, während die Hälfte der Bevölkerung nahezu gar kein Vermögen be-
37 sitzt. Damit ist die Ungleichheit in Deutschland noch größer als bisher angenommen und wenn in der
38 Bekämpfung dieser Ungleichheit keine zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie liegt, dann hat sie keine
39 mehr.

40 Tatsächlich muss aus jungsozialistischer Perspektive die Debatte aber noch grundsätzlicher geführt wer-
41 den. Unsere Frage muss sein: Welchen Staat wollen wir eigentlich? In den letzten Jahrzehnten mussten wir
42 erleben, wie die Kapitaleseite rücksichtslos Profite erwirtschaftet, diese privatisiert und in der Krise dann
43 nach dem Staat gerufen hat, der sich vorher immer raushalten sollte. Der Staat trat so zu oft als Retter
44 in der Not auf, der mit massiven öffentlichen Mitteln aller die Verwerfungen von wenigen kompensiert
45 hat. Damit muss Schluss sein! Der starke, selbstbewusste Staat wird gebraucht, das wird in der aktuellen
46 Corona-Zeit nochmal umso deutlicher, aber diesem muss ein jungsozialistisches Verständnis von Staat
47 und Wirtschaft zugrunde liegen. Das bedeutet, dass der Staat eben nicht mehr länger ausschließlich als
48 Feuerwehr auftritt, wenn gerade mal wieder Krise ist, sondern dass er, als demokratische Verfasstheit
49 der Bürger*innen, aktiv vorgibt, welche Art des Wirtschaftens gefördert werden soll, nämlich jene, die
50 dem Gemeinwohl dient. Das schafft Vertrauen und Akzeptanz in den Staat und in die Zukunftsfähigkeit
51 unserer Wirtschaft, sichert gute Beschäftigung und sorgt für eine Demokratisierung in den Betrieben und
52 Unternehmen. Wir wollen diese Diskussion von vorne führen.

53 **b) 12 Jahre Schulfrieden sind genug – lasst uns endlich wieder über Bildung reden!**

54 Die zweite zentrale Herausforderung – auch das hat Corona noch einmal verdeutlicht – liegt in der Bil-
55 dungspolitik. Das sozialdemokratische Versprechen vom Aufstieg durch Bildung braucht dringend ein
56 Update, denn auch bei den Bildungschancen erleben wir eine nicht akzeptable Ungleichheit. Jedes Schul-
57 jahr werden in Nordrhein-Westfalen Biografien verbaut, weil Bildungspolitik nicht den Stellenwert hat,
58 den sie haben sollte, und weil die schwarz-gelbe Landesregierung weder Willens noch kompetent genug
59 ist, an dieser Ungerechtigkeit etwas zu ändern.

60 Die NRWSPD ist hier gefragt der Bildungspolitik wieder oberste Priorität einzuräumen und den Mut aufzu-
61 bringen, das Richtige zu tun: sich für eine Schule für alle einzusetzen. Wir werden als NRW Jusos deshalb
62 die Bildungspolitik als Schwerpunkt in den nächsten zwei Jahren behandeln und den Weg bis zur Landtags-
63 wahl 2022 auch innerparteilich aktiv begleiten. Unsere Devise ist dabei klar: 12 Jahre Schulfrieden in NRW
64 sind genug! Statt Stillstand brauchen wir wieder eine breite öffentliche Diskussion über dieses zentrale
65 landespolitische Thema und deshalb werden wir dazu einen breiten Austausch mit unseren Bündnispart-
66 ner*innen und mit Interessensgruppen suchen und dieses Thema im Vorfeld der Landtagswahl mit einer
67 Kampagne in die Öffentlichkeit tragen. Die Menschen in NRW sollen bei der nächsten Landtagswahl zwi-
68 schen zwei Alternativen entscheiden können: ein Schulsystem, in dem sich bestehende Ungerechtigkeiten
69 reproduzieren und Aufstiegsbiografien verhindert werden oder ein Schulsystem, das allen unabhängig
70 von ihrer Herkunft Aufstiegsbiografien durch Bildung ermöglicht.

71 Bildungspolitik ist für uns aber nicht nur Schulpolitik, sondern muss von der frühkindlichen Bildung bis
72 zum lebenslangen Lernen gedacht werden. Diesem Anspruch entsprechend wollen wir uns ganzheitlich
73 mit dem Thema Bildung beschäftigen und zur Entwicklung des Wahlprogramms der NRWSPD zur Land-
74 tagswahl einen breiten bildungspolitischen Forderungskatalog erarbeiten.

75 **Verbandsarbeit nach dem NRW-Prinzip – Kontrovers in der Sache, geeint im Ergebnis**

76 Mit der Bundestags- und der Landtagswahl liegen vor uns als Verband zwei enorm anstrengende und zwei
77 enorm entscheidende Jahre. Damit wir diese unserem Führungs- und Gestaltungsanspruch entsprechend
78 erfolgreich bestreiten werden, ist es wichtig, dass wir uns auf unsere eigene Stärke verlassen können: das
79 NRW-Prinzip. Als NRW Jusos diskutieren wir auf unseren Landeskonferenzen, Landesausschüssen und
80 Bildungsveranstaltungen kontrovers in der Sache, wir ringen intensiv um die beste Lösung, aber am Ende
81 akzeptieren wir das Ergebnis und vertreten es gemeinsam nach außen, auch wenn es manchmal nicht der
82 eigenen Meinung entspricht. Dabei wissen wir: Die Landesebene ist nur so stark wie die Ebene der Unter-
83 bezirke und Kreisverbände und umgekehrt. Zwischen beiden Ebenen gibt es eine wechselseitige Bring-
84 und Holschuld, eine doppelte Verantwortung. Deshalb wollen wir in den kommenden zwei Jahren noch
85 weiter zusammenwachsen und einen engen Austausch zwischen den Ebenen pflegen. Zu diesem Zweck

86 werden wir zum einen die Betreuungsstruktur von Seiten des Landesvorstands evaluieren und zum an-
87 deren verpflichten wir uns als Unterbezirke und Kreisverbände die bestehenden Kommunikationsstruk-
88 turen zu pflegen und die Informationen aus den überregionalen Strukturen in die Untergliederungen
89 weiterzugeben. Ein weiteres Mittel zum intensiveren Austausch können für uns auch UB/KV-Schalten auf
90 Landesebene sein, um immer mal wieder auch direktes Feedback zwischen den Ebenen zu gewährleisten.
91 Da, wo einzelne Unterbezirke oder Kreisverbände mit schwachen Strukturen oder schwierigen Genera-
92 tionenwechseln zu kämpfen haben, werden wir als Landesverband durch Leitfäden zur Vorstands- und
93 Verbandsarbeit empowernd zur Seite stehen und Starthilfe geben, denn nur gemeinsam und mit starken
94 Strukturen von Minden bis Aachen, von Siegen-Wittgenstein bis Kleve werden wir die kommenden zwei
95 Jahre meistern. Packen wir's an!

96 **Die Wahlkämpfe**

97 Als kampagnenfähigster Teil der Partei blicken wir selbstbewusst auf die beiden Wahlkämpfe, die vor uns
98 liegen. Wir wissen um die Bedeutung dieser Richtungsentscheidungen in Bund und Land und nehmen
99 die Herausforderung offen an. Uns kommt als Jusos dabei eine herausragende Rolle zu. Wir haben eine
100 Scharnierfunktion zwischen der Ungeduld der Straße und der Behäbigkeit der Politik. Das ist eine enorm
101 schwierige Aufgabe, aber wenn es leicht wäre, könnten es ja auch die anderen machen. Für uns leitet sich
102 daraus folgendes ab:

103 **a) Bundestagswahl 2021: #NoGroKo oder No Future**

104 Die Bundestagswahl 2021 wird eine Grundsatzentscheidung darüber sein, ob rechte Hetze, die Vertei-
105 digung des Status quo oder ein echtes progressives Politikangebot eine Mehrheit finden wird. Die SPD
106 darf dabei keinen Zweifel daran lassen: Die Zukunft der Sozialdemokratie wird außerhalb einer Großen
107 Koalition sein oder sie wird nicht sein. Ob dieses außerhalb der GroKo dann Regierung oder Opposition
108 bedeuten wird, das hängt sehr davon ab, inwiefern es uns gelingt, glaubwürdig für jenes progressive Po-
109 litikangebot einzutreten. Programmatisch haben wir aus jungsozialistischer Perspektive auf dem letzten
110 Bundesparteitag viel erreicht. Nun wird es darum gehen, mit glaubwürdigem Personal und einer klaren
111 Kampagne, um Zustimmung für unsere Inhalte zu werben. Wir spielen auf Sieg und nicht auf Platz!

112 Wir werden uns als Jusos intensiv in diesen innerparteilichen Prozess einbringen und den Weg, den
113 wir letztes Jahr begonnen haben, konsequent fortsetzen. Mit einem eigenständigen Jugendwahlkampf
114 lautet unser Ziel, die Nummer Eins in der jungen Zielgruppe zu werden. Für die möglichst vielen Juso-
115 Kandidierenden für den Bundestag lautet unser Ziel, für eine glaubwürdige und standhafte Bundestags-
116 fraktion zu kämpfen. Und für unseren Verband ist klar: Die Bundestagswahl ist nicht einfach ein Testlauf
117 für die Landtagswahl, sondern sie wird ein großer Meilenstein sein für unsere Mission 2022.

118 **b) Mission 2022: NRW in roten Händen**

119 Zu sagen, dass NRW unter Wert regiert wird, wäre noch geprahlt. Tatsächlich herrscht in der mitte-rechts-
120 Regierung von Armin Laschet organisierte Verantwortungslosigkeit. Innenminister Reul ist mehr an seiner
121 Inszenierung als Law- and Order-Sheriff für die TV-Kameras interessiert als an tatsächlicher Regierungs-
122 arbeit. Schulministerin Yvonne Gebauer betreibt nicht weniger Arbeitsverweigerung und delegiert mitten
123 in der Corona-Krise ihre eigene Verantwortung an die überlasteten Kommunen weiter. Und der Minister-
124 präsident des bevölkerungsreichsten Bundeslandes der Republik lässt dieses Amt zum Sprungbrett für
125 seine Ambitionen für den CDU-Vorsitz und für die eigenen Kanzler-Träume verkommen und schreckt da-
126 bei auch nicht davor zurück, zu diesem Zweck die Gesundheit der Menschen in NRW aufs Spiel zu setzen.
127 Kurzum: Die Laschet-Regierung ist eine Blamage für Nordrhein-Westfalen.

128 Wir werden diesem unwürdigen Schauspiel ein Ende setzen. Unsere Mission 2022 ist klar: NRW muss
129 wieder sozialdemokratisch regiert werden! Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir einen eigenständigen
130 Jugendwahlkampf auf die Beine stellen, der sich gewaschen hat. Wir werden mit Wahlkampfschulungen
131 und -handbüchern, mit überzeugenden Flyern und modernen und nachhaltigen Give-Aways sowie mit

132 Aktionen in ganz NRW unseren Verband auf dieses eine Ziel ausrichten und wir werden alles dafür geben,
133 es zu erreichen.

134 Dabei kommt es entscheidend darauf an, dass sich die NRWSPD nicht nur auf die eklatante Schwäche des
135 politischen Gegners verlässt, sondern wieder ihre eigene Stärke in den Vordergrund rückt und ein echtes
136 alternatives Politikangebot für NRW formuliert. Hier werden wir uns als NRW Jusos mit klaren Forderungen
137 für das Landtagswahlprogramm einbringen. Der beste Weg, um unsere Inhalte letztlich bis in den
138 Landtag von NRW zu tragen, sind für uns dabei Juso-Kandidierende und wir sagen es schon hier unmiss-
139 verständlich: Wer unsere Unterstützung als Partei und auch als Spitzenkandidat*in bei der Landtagswahl
140 haben möchte, der*die muss auf uns zugehen und deutlich machen, was man gemeinsam mit uns errei-
141 chen möchte. Juso-Unterstützung gibt es nicht für lau! Wer aber mit uns und auch für unsere Inhalte in
142 NRW kämpft, mit der*dem gehen wir über die volle Distanz.

143 **Die neue Rolle der Jusos: Kritische Solidarität ernst nehmen**

144 Wie schon deutlich geworden ist, hat sich unsere Rolle als Jusos in der Partei gewandelt. Das wofür Juso-
145 Generationen vor uns gekämpft haben, nämlich tatsächlichen Einfluss und Bedeutung zu haben, wird
146 an vielen, wenn auch noch nicht an allen, Stellen in der Partei zunehmend Realität. Der klarste Beweis
147 für diese Entwicklung war die innerparteiliche Auseinandersetzung um den Parteivorsitz, in der es uns
148 gegen jede Wahrscheinlichkeit und gegen das, was man Partei-Establishment nennt, gelungen ist, 'unser
149 Team' bis an die Parteispitze zu tragen. Diese enorme Leistung wäre ohne diesen Verband und ohne
150 unsere Landesvorsitzende nicht möglich gewesen und kann als Erfolg gar nicht hoch genug eingeschätzt
151 werden.

152 Aus dieser neuen Rolle von uns Jusos ergeben sich aber auch neue Herausforderungen. Während wir
153 in der Vergangenheit unser Verhältnis zur Partei immer mit dem Begriff der 'kritischen Solidarität' mit
154 Betonung auf kritisch beschrieben haben, sind wir heute eher in der Situation, dies mit der Betonung
155 auf 'Solidarität' zu tun und das kritische dabei nicht zu vernachlässigen. War es in den letzten Jahren
156 beispielsweise vermeintlich leicht, berechtigte Kritik an bestimmten Gremien zu äußern, so finden wir
157 uns heute in der Situation wieder, dass diese Kritik auch uns selbst als neue Mitglieder dieser Gremien
158 betrifft. Das ist kein Grund, vor Selbstkritik zurückzuschrecken, sondern es ist im Gegenteil ein Appell,
159 Selbstkritik nach wie vor als Lebensluft und Lebenslicht unserer Bewegung zu begreifen. Mit dem dazu-
160 gewonnenen Einfluss geht also eine andere Verantwortung einher und wir sind dazu aufgerufen, auch
161 in der neuen Rolle einem anderen Schlagwort unseres Verbandes, dem der 'Doppelstrategie', gerecht zu
162 werden. Dies bedeutet für uns, an der Vision des demokratischen Sozialismus festzuhalten, diese ernst
163 zu nehmen und uns als Teil der gesamtgesellschaftlichen Linken zu verstehen, die die bestehenden Ver-
164 hältnisse überwinden will. Und es bedeutet, unsere daraus abgeleiteten Inhalte auch ganz konkret in den
165 Gremien und Parlamenten, in denen wir vertreten sind, umzusetzen. Wie das gelingen kann, zeigen un-
166 sere Juso-Mitglieder im Landesvorstand der NRWSPD, mit denen wir uns in Zukunft bei der politischen
167 Arbeit noch enger koordinieren und austauschen werden, indem sie mit klarer Juso-Haltung ganz konkret
168 die Programmatik und das Agieren der Landespartei beeinflussen. Auf dem kommenden Landesparteitag
169 wird es daher auch darum gehen, dies in den nächsten Jahren fortsetzen zu können.

170 Wie man sehen kann, haben wir als NRW Jusos viel vor in den kommenden zwei Jahren. Was das sowohl
171 inhaltlich als auch für die Verbandsarbeit konkret bedeutet, haben wir auf den folgenden Seiten festge-
172 halten:

173 **Für ein jungsozialistisches Verständnis von Staat und Wirtschaft**

174 Die Corona-Pandemie hat viele Probleme in den Fokus der Öffentlichkeit gebracht oder auch verstärkt,
175 die vorher eher von Wenigen diskutiert worden sind. Es ist an vielen Stellen in der Gesellschaft und der
176 Wirtschaft deutlich geworden, dass Schieflagen bestehen, die kurzfristig mindestens nicht akzeptabel und

177 langfristig nicht erträglich sind. Die Auswirkungen der Pandemie haben bei vielen Menschen dafür ge-
178 sorgt, dass sie darüber ins Nachdenken gekommen sind, wie unsere gesellschaftlichen Verhältnisse sind
179 und warum Dinge so organisiert sind, wie sie es sind. Das Fenster für sachliche Kapitalismuskritik hat sich
180 weiter geöffnet und das müssen wir nutzen.

181 Auch wenn die Pandemie noch nicht vorüber ist, so stellt sich doch schon heute die Frage, was wir aus ihr
182 gelernt haben. Der Staat musste an vielen Stellen eingreifen, sei es die Ausweitung des Kurzarbeitsgeldes
183 oder Subventionen für einzelne Unternehmen. Warum haben es die von Neoliberalen hoch gepriesenen
184 Finanzmärkte eigentlich nicht geschafft, Kapital für die Realwirtschaft bereitzustellen? Staatliches Han-
185 deln hat verhindert, dass die Auswirkungen der Krise noch schlimmer geworden sind. Wenn es also nicht
186 der freie Markt ist, der in einer Krise Leben schützt und Existenzen sichert, warum befinden sich dann
187 so viele Bereiche unter dessen Einfluss und sind dessen Regeln und Logiken unterworfen? Es darf nicht
188 Aufgabe des Staates sein, der Wirtschaft zu dienen. Konzerne müssen ihrer gesellschaftlichen Verantwor-
189 tung nachkommen. Die Aufgabe des Staates muss es hierbei auch sein, diese konsequent einzufordern.
190 Wir müssen also diskutieren, wie das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft aussehen soll.

191 Eine Orientierung auf Unternehmensgewinne und Profitmaximierung steht oft im Widerspruch zur Ori-
192 entierung am Allgemeinwohl. Wir müssen darüber sprechen, in welchen Bereichen dies besonders ge-
193 fährlich ist. Wir müssen erörtern, wo der Staat mehr Verantwortung übernehmen soll. Ganz praktisch
194 kann man dies am Beispiel des Wohnungsmarkts verdeutlichen. In der Krise wurden die Hürden dafür,
195 Mieter*innen die Wohnung zu kündigen, sehr viel höher gelegt und das völlig zurecht. Warum soll Woh-
196 nungslosigkeit nur in der Krise verhindert werden? Warum ist das Grundrecht auf Wohnraum nicht auch
197 in normalen Zeiten Konsens? Welche effektiven Mechanismen müssen dafür endlich greifen, damit der
198 Profit durch Eigentum nicht die Prämisse bleibt, die vor allem anderen Vorrang hat? Ein weiteres Beispiel
199 ist die Ökonomisierung des Gesundheitssystems. Bei der Beschreibung dessen fehlen einem manchmal
200 die Worte. Viele Krankenhäuser stehen vor der Situation, dass sie große Fehlbeträge in ihren Jahresbi-
201 lanzen haben werden, weil leere Betten fehlende Einnahmen bedeuten. Die Bereitstellung zusätzlicher
202 Betten war aber dringend notwendig, um angemessen auf die Pandemie reagieren zu können. Kann es
203 also sein, dass die Vorgabe an Krankenhäuser, dass sie Einnahmen erzielen und Gewinne erwirtschaften
204 sollen, nicht dem Allgemeinwohl dient? Es ließen sich viele weitere Beispiele aus dem Bereich der öffent-
205 lichen Daseinsvorsorge nennen, wie der ÖPNV, der während der Krise, wenn er nicht in öffentlicher Hand
206 wäre, wohl zum Erliegen gekommen wäre. Viele Fragen schließen sich an dieses Thema an. Was bedeu-
207 tet für uns Gemeinwohl konkret? Wenn ein Staat ein Unternehmen mit finanziellen Mitteln rettet, hat er
208 dann ein Mitspracherecht bei Entscheidungen? Wie kann verhindert werden, dass Gewinne privatisiert
209 werden und Schulden verallgemeinert und so vieles mehr. Zudem wollen wir an unsere Diskussionen zu
210 einer konkreten Version eines sozialistischen Staates und sozialistischer Wirtschaftspolitik anschließen
211 und diese weiter bearbeiten.

212 Zum Thema Wirtschaft gehört zwangsläufig auch das Thema Ungleichheit. Einkommen sind in Deutsch-
213 land sehr ungleich verteilt. Während der Pandemie wurde oft genannt, dass systemrelevante Jobs meis-
214 tens schlecht bezahlt werden. Das ist kein Geheimnis. War es auch schon vor der Krise nicht. Aber warum
215 sind die Löhne so, wie sie sind? Wenn für das Funktionieren einer Organisation (eines Systems) alle Men-
216 schen benötigt werden, warum werden einige dann so viel besser/schlechter bezahlt als andere? In der
217 Krise ist deutlich geworden, dass kapitalistischer Mehrwert kein geeigneter Maßstab ist, um die Relevanz
218 von Jobs zu bewerten. Die Analyse der Vergütung der systemrelevant genannten Berufe macht etwas
219 deutlich. Grundsätzlich ist es nicht falsch, wenn Aspekte wie Anforderungen und Verantwortung mit in
220 die Entgeltfestlegung einfließen. Aber es können nicht die alles entscheidenden Kriterien sein. Der Blick
221 dafür, was für eine Gesellschaft relevant ist und wie aufgrund dessen Gehälter und Löhne ausgestaltet
222 werden, muss geweitet werden. Wir brauchen viel mehr Kriterien.

223 Was für Einkommen gilt, trifft in noch stärkerem Maße auf Vermögen zu. Diese sind in Deutschland unglei-
224 cher verteilt als in vielen anderen Ländern der Welt und diese Ungleichheit wächst kaum gebremst immer

225 schneller. Ein Zustand, den inzwischen fast alle Ökonom*innen anprangern, da zu starke Ungleichheit
226 auch für die Wirtschaft ein Problem darstellt. Wo einerseits sehr wenige Menschen nicht wissen, wohin
227 mit dem Geld und es sich beinahe wie von selbst vermehrt, wissen viele nicht, wie sie über die Runden
228 kommen sollen. Als Teilaspekt von Armut ist Kinderarmut in vielerlei Hinsicht dramatisch. Denn sie wird
229 oft zum lebenslangen Begleiter, Geburt kann zum Schicksal werden. Das widerspricht sämtlichen Maxi-
230 men einer freiheitlichen Demokratie. Wir bleiben also bei Umverteilung als drängendem und wichtigem
231 Thema. Diskutiert werden sollte, ob ein Lastenausgleich beispielsweise in Form einer Vermögensabga-
232 be nicht gleichzeitig die Lösung für zu starke Ungleichheit und die Kosten der Corona-Krise sein könnte.
233 Ebenso schließen sich Fragen an, die unser Steuersystem betreffen, die Ausgestaltung und das Verhältnis
234 von Einkommens-, Vermögens-, Konsum- und Kapitalsteuern.

235 Wie sieht ein gutes Leben aus, in dem Arbeitszeit und Freizeit in einem guten Verhältnis zueinanderste-
236 hen? Die Diskussion über Arbeitszeitverkürzungen ist nicht neu, aber sie gewinnt stärker an Relevanz, weil
237 die Produktivkraftentwicklung weiter voranschreitet und gesamtwirtschaftlich gesehen Arbeitszeiten und
238 Stundenlöhne einer der Wege sind, wie der Anteil an Wertschöpfung und Wohlstand bestimmt werden.
239 Klar ist, dass es viele unterschiedliche Vorstellungen davon gibt, wie viel Arbeitszeit in der Woche ange-
240 messen ist. Dies drückt sich heute bereits in der hohen Anzahl unterschiedlicher Arbeitszeitmodelle aus.
241 Aber die neben dem Normalarbeitsverhältnis entstandenen Modelle sind noch nicht alle ausreichend ent-
242 wickelt, einige können zu Altersarmut führen. Es besteht also Handlungsbedarf, dieses Feld zu ordnen und
243 weiterzuentwickeln. Außerdem müssen Lösungen entwickelt werden, wie Arbeitszeiten auch wirklich ein-
244 gehalten werden können, gerade bei prekären Beschäftigungen. Gleiches gilt für die Themen Ausbildung
245 und Mitbestimmung. In ersterem gibt es nach wie vor viel zu viele Ausbildungsverhältnisse, in denen Azu-
246 bis nicht angelernt, sondern ausgebeutet werden. Das müssen wir beenden. Und bei der Mitbestimmung
247 ergeben sich Herausforderungen aus den neuen Formen der Arbeit. In der Anfangsphase der Pandemie
248 ist schlagartig der Anteil derer gestiegen, die mobil arbeiten oder im Home Office tätig sind. Bei man-
249 chen Arbeitnehmer*innen hat dies zu dem Wunsch geführt, mehr Zeit für Familie und Privates zu haben
250 bzw. diese flexibler einteilen zu können. Deshalb wollen wir diskutieren, wie Wünschen nach neuen Ar-
251beitszeitmodellen und Flexibilität nachgekommen werden kann, ohne dass arbeitsrechtliche Standards
252 unterwandert werden. Doch neben dem arbeitsrechtlichen Regelungsbedarf, stellen sich dort auch ganz
253 zwangsläufig Fragen, wie eine betriebliche Mitbestimmung organisiert werden kann, wenn sich Arbeit-
254 nehmer*innen nicht mehr begegnen, sondern als Einzelkämpfer*innen zuhause sitzen. Gemeinsam mit
255 den DGB-Gewerkschaften wollen wir dafür streiten, dass die demokratische Organisation von Betrieben
256 und Partizipation gewährleistet und ausgebaut werden - egal, wo der Arbeitsort einzelner Beschäftigter
257 liegt. Bei der Betrachtung von Arbeitsbedingungen sind Schwachstellen bei Selbstständigen zu erkennen.
258 Während der Corona-Pandemie sind viele Selbstständige in Existenzängste geraten und mussten ihr Ge-
259werbe ruhen lassen. Es muss in unserem Interesse liegen, diesen Menschen eine langfristige Perspektive
260 durch staatliche Sicherheit zu geben. Deshalb müssen Modelle zur Absicherung selbstständiger Unter-
261nehmungen, beispielsweise durch Abgaben in die Rentenversicherung oder eine stärkere Einbeziehung
262 von Krankenkassenbeiträgen, diskutiert werden.

263 Mit Auftreten der Corona-Pandemie ist das Thema Klimaschutz und die Umweltbewegung abrupt aus
264 dem medialen Fokus verschwunden. Es hat aber nichts an Relevanz und Dringlichkeit verloren. Als Jusos
265 haben wir dieses Thema in den vergangenen zwei Jahren intensiv bearbeitet. Wir wissen, dass Struktur-
266wandel nur dann gelingen kann, wenn er nicht dem Spiel des freien Marktes überlassen wird, sondern
267 der Staat unterstützt; wo nötig auch lenkt. Umweltschutz kann und muss zusammengebracht werden mit
268 einer Demokratisierung der Wirtschaft und einem Plan für den Strukturwandel. Die Herausforderungen
269 der Bewältigung eines Strukturwandels sind aber nur die eine Seite der Medaille. Dazu gehört auch, dass
270 es für Unternehmen im aktuellen Wirtschaftssystem in vielen Fällen profitabler ist, sich nicht um Folgen
271 des eigenen Handelns für Umwelt und Klima zu kümmern. Diese Fehlanreize gepaart mit der jahrzehn-
272telangen fehlenden Bereitschaft von Unternehmen und Staaten, Verantwortung für die Bekämpfung des
273 Klimawandels zu übernehmen, haben uns in die Situation gebracht, dass das nationale CO2-Budget und

274 damit auch das Zeitfenster für die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens, den Kohleausstieg im
275 Rahmen der Energiewende und die Umstellung auf eine weitgehend emissionsfreie Wirtschaft immer wei-
276 ter schrumpft. Die letzten Monate haben gezeigt, dass radikale Änderungen schnell möglich sind, wenn
277 die Einsicht in ihre Notwendigkeit besteht, und dringend notwendig ist auch ein Klimaschutz, der diesen
278 Namen auch verdient hat, also lasst es uns angehen:

279 Wir wollen die sozialistisch-ökologische Transformation und werden an die Diskussionen der letzten Jahre
280 anknüpfen und sie fortführen.

281 Bei all diesen Themen muss berücksichtigt werden, dass die Welt nicht für alle Leute gleich aussieht. Un-
282 terschiedliche Gruppen innerhalb der Gesellschaft können sehr unterschiedliche Perspektiven und Le-
283 bensrealitäten haben, die unter anderem daraus resultieren, dass sie von Problemen und Chancen, von
284 Krisen und Möglichkeiten unterschiedlich betroffen sind. Sozial- und Identitätspolitik können also Quer-
285 schnittsthemen darstellen. So müssen beispielsweise auch bei der Gemeinwohldiskussion alle Menschen
286 in den Blick genommen werden und nicht nur die Mehrheitsgesellschaft. Menschen mit Behinderungen
287 und/oder chronischen Erkrankungen sind oft von gesellschaftlichem Leben und Teilhabe ausgeschlossen,
288 die Corona-Krise hat das drastisch verschlimmert. Hier müssen Perspektiven und mehr Teilhabe für die
289 Menschen geschaffen werden.

290 Besonders deutlich hat die Corona-Krise auch gezeigt, dass Männer und Frauen unterschiedlich stark von
291 den Auswirkungen betroffen waren und sind, beispielsweise bei der Care-Arbeit. Ebenso haben Themen
292 wie Wirtschaft, Arbeit, Vermögen und vieles mehr Facetten, die wir aus feministischer Perspektive analy-
293 sieren wollen.

294 Gleiches lässt sich über Black and People of Colour (BPoC), also nicht weiß gelesene Personen, und Men-
295 schen mit Migrationsgeschichte sagen, wo beispielsweise Bildungs- und Karrierechancen in der Bevöl-
296 kerung nicht gleich verteilt sind, also manche Menschen von ihrer Geburt an mit Herausforderungen
297 kämpfen müssen, wo andere Privilegien haben.

298 Internationalismus, vor allem die Einbindung der europäischen Ebene und Digitalisierung sind weitere
299 Punkte, die im Verhältnis von Staat und Wirtschaft und den oben genannten Ausführungen eine Rolle
300 spielen und deshalb mitgedacht werden müssen. Wir werden weiterhin darauf achten, dass Themen, die
301 wir bearbeiten, in ihrer Vielschichtigkeit betrachtet und Querschnittsthemen berücksichtigt werden oder
302 anders gesagt, dass wir interdisziplinär arbeiten.

303 **Bildung: von der Geburt bis zum Tod**

304 Bildung ist für uns Jungsozialist*innen nicht nur Kernthema, sondern aus unserer Perspektive das zen-
305 trale Mittel zur Emanzipation in einer Gesellschaft. Bildung hilft dabei, die Persönlichkeit zu entwickeln
306 und sich ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen, ganz konkret eröffnet sie Aufstiegschancen und damit
307 Teilhabe. Dabei verstehen wir Bildung aber nicht als etwas, das ausschließlich durch Institutionen oder in
308 bestimmten Lebensphasen „mit Menschen gemacht wird“. Bildung findet immer statt – von der Geburt
309 bis zum Tod; auf der Krabbeldecke, am Esstisch oder beim Bingo im Senior*innenheim. Politisch kön-
310 nen und wollen wir dafür sorgen, lebenslanges Lernen für alle Menschen jeden Alters zu ermöglichen,
311 Hürden zu senken und Angebote zu schaffen. Natürlich spielt dabei die institutionalisierte Bildung in Ki-
312 tas, Schulen, Hoch- und Berufsschulen eine große Rolle. Hier können wir politisch den größten Einfluss
313 nehmen und sie wird auch für die kommende Landtagswahl und die darauffolgende Regierungszeit in
314 Nordrhein-Westfalen eine große Rolle spielen. Aber auch darüber hinaus gilt es diejenigen in den Blick
315 zu nehmen, die die Institutionen schon lange verlassen haben, sich mitten im Berufsleben befinden und
316 bei denen sich der Wunsch oder die Notwendigkeit nach Weiterbildung ergibt. Wie können Bildungs-
317 übergänge zwischen Ausbildung oder Studium und Beruf besser begleitet werden und wie schaffen wir
318 einen flexibleren Einstieg in einen zweiten Bildungsweg? Und wie gelingt es uns in einer sich wandeln-
319 den Arbeitswelt, dem Bereich der beruflichen Umschulung und Weiterbildung den gleichen Stellenwert

320 einzuräumen wie der sekundären und tertiären Bildung? Außerdem stellt sich die Frage, welche Bildungs-
321 möglichkeiten es außerhalb von Erwerbs- und Lernkontexten gibt; sind Bibliotheken und Volkshochschu-
322 len wirklich ausreichend oder brauchen wir vielmehr ein flexibleres, teilweise digitales und aufsuchendes
323 (Weiter-) Bildungsangebot, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen und Bildungsungleichheit auch im
324 späteren Verlauf des Lebens zu bekämpfen?

325 **Gleiche Bildungschancen und- zugänge für alle!**

326 Noch immer ist der sozio-ökonomische Status der Eltern ein entscheidender Faktor in der Bildungsbio-
327 grafie junger Menschen. Die Pandemie hat uns schmerzhaft aufgezeigt, wie wenig unser Bildungswesen
328 auf Krisen vorbereitet ist. Der Frust vieler Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden kommt auch
329 nicht von ungefähr. Es muss sichergestellt werden, dass in Ausnahmesituationen niemand zurückbleibt.
330 Gerade deshalb gilt es für uns zu hinterfragen, inwiefern das Versprechen vom "Aufstieg durch Bildung"
331 noch zuverlässig eingelöst wird und wie wir einen nachhaltig gerechten Umbau unseres Bildungssystems
332 gestalten können. Aber auch BPoC oder Kinder mit anderer Migrationsgeschichte werden immer noch
333 mit vielen Vorurteilen konfrontiert, was zu schlechterer Bewertung führt und ihnen oft der Zugang zur
334 allgemeinen Hochschulreife verwehrt bleibt.

335 Für uns steht fest: das dreigliedrige Schulsystem wird dem Anspruch eines modernen Bildungsbegriffs
336 nicht gerecht. Es verstärkt die sozio-ökonomischen Effekte auf Bildung sogar erheblich. Das schlägt sich in
337 regionalen und lokalen Unterschieden in den Zugangsmöglichkeiten zu Gesamtschulen oder Gymnasien
338 nieder. Wir stellen die Systemfrage und wollen die "Schule für alle", zu der sich mittlerweile auch unsere
339 Mutterpartei bekennt. Uns ist klar, dass der Systemwechsel nicht von heute auf morgen kommt. Doch mit
340 Blick auf die Landtagswahl wollen wir Konzepte entwickeln, mit denen wir die bestehenden Strukturen
341 sukzessive aufbrechen und den Weg zur Gemeinschaftsschule eröffnen. In diesen Konzepten wollen wir
342 auch prüfen, wie wir die normative Leistungsbeurteilung in Form von Noten überwinden können und ein
343 Bewertungssystem etablieren, das die individuellen Fähigkeiten der Schüler*innen wirklich widerspiegelt.

344 Bildungsteilhabe ist auch eine Frage der Mobilität und zu einem sicheren Schulweg gehört, ob in Ballungs-
345 räumen oder auf dem Land, ein zuverlässiges ÖPNV-Netz vorhanden ist. Wir arbeiten auf ein kostenloses
346 Schüler*innen-Ticket hin, mit dem sie NRW-weit unterwegs sein können. Und auch der Umgang mit der
347 Digitalisierung und der Zugang zu technischen Geräten ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Wir dürfen
348 nicht zulassen, dass der digitale Wandel die bestehenden Ungerechtigkeiten verstärkt.

349 **Digital ist besser!?**

350 So besang es schon Tocotronic, doch wir wollen einschränken: denn gut gedacht ist nicht immer gut ge-
351 macht. Wir halten nicht viel davon, Schüler*innen und Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten in der Hoffnung
352 zu bewerfen, der Unterricht würde sich schon ganz von allein digitalisieren. Und Präsenz- und digitale
353 Lehre ist einfach nicht das gleiche. Dafür braucht es Fortbildungen, damit Lehrer*innen nicht nur den
354 richtigen Umgang vermitteln, sondern auch digitale Lernkonzepte alters- und lernniveaugerecht anwen-
355 den können. Nicht zuletzt gilt es zu klären, wie weit die Digitalisierung im Unterricht überhaupt gehen soll
356 und welche sensiblen Bereiche dafür nicht geeignet sind und dem entsprechend vorenthalten werden
357 sollten.

358 Die regionalen Unterschiede in der Ausstattung der Schulen schlagen sich nicht nur in Digitalisierungsfra-
359 gen nieder. Manche Schulen liegen nur wenige Kilometer auseinander und sind in ihrem Zustand Welten
360 voneinander entfernt. Schuld daran ist eine unzureichende Ausfinanzierung unserer Kommunen, verant-
361 wortlich ist eine Landesregierung, die mit ihnen um jeden Cent ringt. Die Substanz vieler Gebäude läuft
362 auf Verschleiß, die Ausstattung ist vielerorts noch dürftig. Wenn wir Bildung in NRW ins 21. Jahrhundert
363 befördern wollen, braucht es eine Sanierungs- und Investitionsoffensive. Auch die Auswirkungen digitaler
364 Lernformate auf das Klima gilt es zu prüfen.

365 **Bildung auf Augenhöhe**

366 Nicht zuletzt stellt sich die Frage, **wie** unsere Bildung eigentlich aussehen soll und für welche Gesellschaft
367 wir Menschen ausbilden möchten. Für uns ist Schule mehr als nur die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt
368 und kein Ort an dem es nur darum geht zu lernen, wie man am Besten in einem kapitalistischen System
369 überlebt. Das Bildungssystem in NRW mit all seinen pädagogischen Konzepten und Curricula muss sich
370 ändern. Es muss eines werden, das Kinder und Jugendliche von Anfang an als mündige Menschen ansieht,
371 um sie dabei zu unterstützen, kritisch reflektierende Menschen zu werden. Das bedeutet, dass Mitbestim-
372 mungselemente von Anfang an zur Regel werden müssen, denn selbst die kleinsten Bildungspartizipie-
373 renden merken, ob man ihnen auf Augenhöhe begegnet und ihre Bedürfnisse ernst nimmt oder aber von
374 vornerein über ihre Köpfe hinweg entscheidet. Nur wenn Kinder und Jugendlichen merklich mitbestim-
375 men dürfen, können sie Demokratie und die Sinnhaftigkeit politischer Partizipation lernen. Für Schulen
376 muss das zum einen die Stärkung der Mitbestimmungsstrukturen und zum anderen die Stärkung der
377 politischen Bildung bedeuten.

378 **Diversität lernen**

379 Wenn die Bildung, die wir uns vorstellen, daran mitwirken soll, kritisch reflektierende Menschen zu be-
380 gleiten und Persönlichkeit zu stärken, dann hat Bildung auch den Auftrag, Diskriminierung im Keim zu er-
381 sticken und Aufklärung zu leisten. Antirassistische Arbeit in Bildungsinstitutionen ist unerlässlich, sowohl
382 für lernende als auch für lehrende Personen. Das Schild oder die Auszeichnung „Schule ohne Rassismus“
383 reicht dafür nicht aus – dieser Satz muss mit Leben und Arbeit gefüllt werden. Hier geht es darum einen
384 Zugang zur eigenen Reflexion zu schaffen, die dabei hilft Privilegien zu erkennen, Vorurteile abzubauen
385 und ein diskriminierungsfreieres Klima zu schaffen. Gleiches gilt für Lehrende, die durch ihr eigenes Ver-
386 halten strukturellen Rassismus in Bildungsinstitutionen aufrechterhalten. Eine ähnliche Aufklärung muss
387 es für Feminismus und Gleichberechtigung geben. Sexistisches Verhalten und die Reproduktion von Ste-
388 reotypen durch Lehrkräfte gilt es in jeglichen Bildungskontexten zu verhindern. Dazu gehört auch eine
389 progressive und umfassende Aufklärung über Sexualität, sexuelle Identitäten und Orientierungen sowie
390 die Rechte von queeren Personen. Zur Diversität gehört auch die Inklusion von Menschen mit Behin-
391 derungen, chronischen Krankheiten und Problemen im Bereich der psychischen Gesundheit, wo neben
392 Aufklärung auch eine Normalisierung von individuellen Hilfen und Förderung gebraucht wird.

393 **Leitlinie Feminismus**

394 Alltagssexismus, sexualisierte Gewalt, auch im Netz oder das Gender Care-, Pay- und Data- Gap: das Pa-
395 triarchat mit seinen wirksamen Strukturen sorgt nach wie vor für strukturelle Benachteiligung von Frauen
396 und dafür, dass ihre Lebenswirklichkeit nicht nur weniger gesehen wird, sondern auch in politischen De-
397 batten nach wie vor viel zu wenig Berücksichtigung finden. Gleichzeitig sorgt unter anderem eine immer
398 stärkere Verbreitung rechtspopulistischer Ideologien für antifeministische Stimmungen und es bedarf
399 nur wenige Wochen der Corona-Umstände, um minimale gleichstellungspolitische Fortschritte zunichte-
400 zumachen bzw. die immer noch klaffenden Wunden aufzudecken.

401 Feministische Kämpfe sind so notwendig, aktuell und vielfältig wie immer. Feminismus kann also kein Ne-
402 benspielplatz in übergeordneten gesellschaftspolitischen Kontexten sein; es verbietet sich die Bekämpf-
403 ung des Patriarchats in einem kleinen Kapitel und unserem feministischen Grundverständnis abzuhan-
404 deln. Jeder Bereich, den wir politisch betrachten, muss auch durch die feministische Brille betrachtet und
405 es muss bspw. danach gefragt werden, inwiefern Frauen* von globalen Krisen durch Corona und den Kli-
406 mawandel spezifisch betroffen sind und welche Lösungsansätze bereitgestellt werden müssen. Gerade
407 in Bezug auf die Corona-Krise stellen sich dann Fragen nach einem feministischen Gesundheitssystem,
408 das die Beschäftigungsverhältnisse von überwiegend weiblichem Pflegepersonal auf der einen und spe-
409 zifische Versorgungsfragen von Frauen* auf der anderen Seite, in den Blick nimmt. Genauso müssen
410 feministische Themen und explizit feministische Bildung Platz in unserer politischen Agenda finden – wie
411 können wir Mädchen* von Anfang an stärken, wie wird strukturelle Diskriminierung von Anfang an ver-
412 hindert und wie lernen alle Kinder, Feminist*innen zu sein?

413 Für die gesamte Arbeit in unserem Verband wollen wir also den lila Faden beibehalten und feministi-
414 sche Themen in jedem zu politisch bearbeiten Bereich platzieren, sie auf jeder Veranstaltung sichtbar
415 machen und ebenso regelmäßig sollen sie Teil der Öffentlichkeitsarbeit sein. Dabei wollen wir darauf
416 achten, dass feministische Diskussionen unvermeidbarer Bestandteil unserer Arbeit sind. Nicht nur ein-
417 zeln Workshops zu dezidiert feministischen Fragestellungen, sondern feministische Perspektiven in all
418 unseren Formaten sind unser Ziel. Für uns Jusos reicht schließlich nicht das Lippenbekenntnis zum Fe-
419 minismus; wir wollen alle sprachfähige Feminist*innen sein! Für die nächsten zwei Jahre bedeutet das
420 auch, eine feministische Perspektive auf Wahlkampf zu haben, Kandidaturen von jungen, linken Frauen
421 besonders im Blick zu haben und sie und ihre Vernetzungsmöglichkeiten besonders zu unterstützen.

422 Immer wieder kommt es auch innerhalb von linken Strukturen zu sexualisierten Übergriffen und Gewalt.
423 Dass dies ein wichtiges Thema für uns ist, sollte schon lange klar sein. Doch auch uns fehlt es, wie vielen
424 andere linken Strukturen auch, an einem klaren Handlungskonzept im Umgang mit sexualisierter Gewalt.
425 Hier besteht Verbesserungsbedarf, dem mit der Erarbeitung eines solchen Konzepts nachgekommen wer-
426 den soll. Dies soll auch beinhalten, wie mit Diskriminierung innerhalb des Verbands umgegangen wird.
427 Ein wesentlicher Baustein eines Handlungskonzeptes soll ein Awareness-Konzept sein, welches dauer-
428 hafte Ansprechpartner*innen für Übergriffe zur Verfügung stellt und Betroffene unterstützt. Außerdem
429 stellen Genderplena für uns eine wichtige Ergänzung dar, um sexistisches Verhalten zu reflektieren. Auch
430 darüber hinaus ist eine dauerhaft angelegte Reflektion von Männlichkeit unabdingbar. Für uns ist klar:
431 Den Untergang des Patriarchats können wir nur einläuten, wenn auch Männer ihren Anteil am feministi-
432 schen Kampf tragen. Sensibilisierung für den privaten Aspekt sexualisierter Gewalt (Übergriffe passieren
433 am Häufigsten im vertrauten Rahmen/ in Beziehungen/ auf Partys) muss für unseren Verband auch hei-
434 ßen, Überlegungen für safer spaces auf unseren Verbandspartys u.ä. anzustellen. Ziel dieser Ausein-
435 andersetzung muss sein, dass sich alle wohl fühlen in unserem Verband, ob BPoC, Frau oder nicht-binär.
436 Sexistischem oder anderen diskriminierenden Verhalten wollen wir uns mit einer Null-Toleranz-Linie
437 entgegenstellen. Doch nicht nur die kritische Auseinandersetzung mit der stereotypen Vorstellung von
438 Männlichkeit soll Teil unseres feministischen Kampfes der nächsten zwei Jahre sein. Weiterhin soll unse-
439 re Frauenvernetzung ein wichtiger Bestandteil unserer Verbandsarbeit bleiben. Wir wollen das bisherige
440 Format kritisch hinterfragen und gemeinsam Lösungen und Veranstaltungsformate finden, die Frauen*
441 empowern ohne eine nicht tragbare zusätzliche zeitliche Mehrbelastung für die Adressat*innen zu sein.
442 Neben dieser Empowermentstruktur auf Landesebene, setzen wir auf den Austausch mit den UB und
443 KV. Empowerment ist harte Arbeit und braucht nachhaltige Strategien wie Erfahrung und Wissen weiter-
444 gegeben werden kann. Diese Strategien wollen wir für alle UB zugänglich machen und zum Austausch
445 anregen.

446 Die steigende Awareness für Rassismus, Ableismus und dem Spektrum an nicht-binären Geschlechts-
447 identifikationen muss auch in unseren Debatten widerspiegelt werden. Auch ein breitgefächertes fe-
448 ministisches Grundverständnis muss regelmäßig reflektiert werden, um die aktuellen gesellschaftlichen
449 Entwicklungen zu integrieren. Das bestehende Spannungsfeld zwischen dem Materialismus, Queerfemi-
450 nismus und der Intersektionalität bleibt für uns als Chance bestehen. Wir wollen unsere Debatten auch
451 mit externen Fachmenschen dazu nutzen, um Streitpunkte zu filtern und einen gemeinsamen Umgang
452 zu ermöglichen. Wir müssen FINT-Personen in unseren Feminismus zusammenbekommen und weiter
453 den Frauenkampf gegen das Patriarchat führen. Damit einher geht auch der Anspruch, ein Konzept für
454 gendergerechte und intersektionale Sprache zu finden, welches diese Positionierung abbildet.

455 **Sozialismus**

456 Die NRW Jusos verstehen sich als sozialistischer Richtungsverband. Das bedeutet, dass für uns der de-
457 mokratische Sozialismus weder historische Folklore noch hohle Phrase, sondern konkretes Ziel unserer
458 politischen Arbeit ist. Wir kämpfen für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der mensch das ei-
459 gene Leben ohne Ausbeutung, Gewalt und Unterdrückung so gestalten kann, wie mensch möchte. Damit

460 ist unser Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus auch ein Bekenntnis zur Überwindung der kapi-
461 talistischen Verhältnisse, in denen wir leben. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es eine stets aktuelle
462 Analyse dieser Verhältnisse und die Beschäftigung mit sozialistischen Theorien sowie eine kontinuierli-
463 che Bildungsarbeit im Verband. Der demokratische Sozialismus ist für uns deshalb nicht auch ein Thema
464 unserer Verbandsarbeit, sondern er ist eines der zentralen Querschnittsthemen, die wir stets mitdenken
465 müssen. Diesem Anspruch wollen wir auch in den kommenden Jahren gerecht werden.

466 **Antifaschismus und Antirassismus**

467 Der antifaschistische Kampf ist für uns unabdingbar, um eine freiheitliche Welt zu erkämpfen und sie vor
468 allem gegen antidemokratische und rechte, faschistische Kräfte zu verteidigen. Dazu gehört für uns, dass
469 wir in Bündnissen aktiv sind, uns an Gegenprotest zu rechten Demonstrationen beteiligen, die Entwick-
470 lungen von rechten Gruppierungen im Blick behalten, darauf reagieren und darüber informieren sowie
471 dass wir Wahlkampf gegen Rechts, der sich auch klar gegen Rassismus positioniert, führen, damit Nazis
472 keinen Einzug in unsere Parlamente schaffen.

473 In unserer Netzwerkstelle Antifaschismus haben wir Unterbezirke & Kreisverbände zusammengebracht,
474 um uns gegenseitig zu empowern und zu solidarisieren. Gute antifaschistische Arbeit läuft vor allem vor
475 Ort, wir wollen als Landesebene deswegen unterstützend wirken. Diese Netzwerkstelle wollen wir weiter
476 ausbauen und anstreben, dass alle Unterbezirke & Kreisverbände vertreten sind. Es soll ein Ort sein, wo
477 Wissen weitergegeben wird und Unterstützung da ist, wenn es um konkrete Fragen und Probleme geht.
478 Wir wollen dafür auch Externe für Vorträge und Austausch einbinden sowie ein Demotraining anbieten.

479 Der Kampf gegen Faschismus ist jedoch leider nur ein Teil im Kampf gegen Rassismus. Viel zu lange ha-
480 ben wir den anderen Teil nicht facettenreich genug betrachtet, daher wollen wir uns in den nächsten zwei
481 Jahren auch dem Thema Antirassismus verstärkt widmen, thematisch und innerverbandlich. Als Jugend-
482 verband, der sich gegen jegliche Art von Rassismus stellt, müssen wir uns auch gegen den "verborgenen",
483 strukturellen Rassismus stellen, der sich in allen Bereichen der Gesellschaft, in unserem Alltag, wie auch
484 in staatlichen Institutionen wiederfindet. Wir stehen weiterhin ganz klar an der Seite der Geflüchteten, po-
485 sitionieren uns gegen eine rassistische Außenpolitik und behalten den kritischen Blick auf unsere eigene
486 Partei bei.

487 Wir wollen uns auch thematisch (Anti-)Rassismus verstärkt widmen. Dazu gehört für uns eine kritische
488 Auseinandersetzung mit deutscher Kolonialgeschichte, die Frage, wie wir dem Begriff Integration gegen-
489 überstehen und was für Konzepte wir dem Entgegensetzen sowie, dass wir Deutschland als Einwande-
490 rungsland verstehen und wie das konkret gestaltet werden kann. Für diese Fragen wollen wir unsere
491 ausgefallene Veranstaltung zum Thema Migration nachholen. Dies soll unter anderem ein Ort werden,
492 um BPoC zuzuhören, ihre Perspektiven in unsere Arbeit einzubinden und uns mit Expert*innen und Mit-
493 streiter*innen auszutauschen. Dies wollen wir aber kontinuierlich tun. Wir möchten uns außerdem mit
494 den verschiedenen Facetten von Rassismus, wie beispielsweise antischwarzer und antimuslimischer Ras-
495 sismus, sowie weiterhin mit Antisemitismus auseinandersetzen.

496 Doch der strukturelle Rassismus macht auch keinen Halt vor unserem Verband als gesellschaftlichen
497 Raum. Wir wollen das Bewusstsein stärken, dass der strukturelle Rassismus überall auffindbar ist.

498 Wir wollen daher einen Safer-Space für BPoC schaffen. Dazu gehören einmal BPoC-
499 Vernetzungsstrukturen, die wir etablieren wollen, wo BPoC sich empowern, aber auch insgesamt
500 im Verband brauchen wir mehr Awareness, um antirassistische Strukturen zu etablieren. Wir wollen zu-
501 dem die Auseinandersetzung mit dem kritischem Weißsein anstoßen, um rassistische Verhaltensweisen
502 abzubauen.

503 **Internationalismus**

504 Unser Solidaritätsbegriff ist internationalistisch. Die Globalisierung und der mit ihr einhergehende techni-
505 sche Fortschritt und digitale Wandel verändert unsere Welt beständig. Gerade wenn wir in den globalen
506 Süden schauen, der überdies schon jetzt die ersten Folgen des Klimawandels spürt, dann können wir
507 erkennen, dass das vermeintliche Wohlstandsversprechen des Kapitalismus nur für einige Wenige gilt.
508 Wir brauchen einen Gegenentwurf zu nationalem Egoismus und Kleinstaaterei und kämpfen an der Seite
509 unserer internationalen Partner*innen für globale Verteilungsgerechtigkeit. Innerhalb der Bundesjusos
510 werden wir uns deshalb für eine weitere Stärkung der Zusammenarbeit in unseren Dachverbänden Young
511 European Socialists (YES) und International Union of Socialist Youth (IUSY) einsetzen. Außerdem streben
512 wir eine engere Zusammenarbeit mit den sozialistischen Jugendverbänden in Belgien und den Niederlan-
513 den an.

514 Von bewaffneten Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen sind Frauen* viel stärker betrof-
515 fen. Und doch ist Außenpolitik noch immer eine einzige Männerdomäne. Diese Machtstrukturen gilt es
516 aufzubrechen. Nicht nur die Einhaltung von Menschenrechten, auch Geschlechtergerechtigkeit muss die
517 Maxime der Außenpolitik unserer Partei sein. Frauen müssen in bewaffneten Konflikten besser geschützt
518 und gleichberechtigt an Friedensprozessen beteiligt werden.

519 In Europa brauchen wir nach der Pandemie einen solidarischen Neuanfang. Diese Chance dürfen die pro-
520 gressiven Kräfte in der EU nicht vergeben. Das bedeutet vor allem eine finanzielle Entlastung der Länder
521 im Süden, die nach Jahren der Austeritätspolitik und des Kahlschlags in der öffentlichen Daseinsvorsorge
522 von der Krise am härtesten getroffen wurden. Dem Sterben im Mittelmeer muss durch ein europäisches
523 ziviles Seenotrettungsprogramm ein Ende gesetzt werden und eine solidarische Verteilung der bei uns an-
524 kommenden Menschen gewährleistet werden. Dass Europa sich im vergangenen Jahrzehnt immer mehr
525 abgeschottet hat, ist eine Schande und steht im grundlegenden Widerspruch zu unseren politischen Wer-
526 ten. Wir kämpfen weiterhin für ein Europa, das mehr als eine Wirtschaftsunion ist. Dichte Grenzen und
527 kein gemeinsames Konzept zum Umgang mit Corona haben deutlich gemacht, dass wir in Krisenzeiten
528 und darüber hinaus ein Europa brauchen, das zusammenhält und füreinander einsteht.

529 **Bündnisarbeit und Doppelstrategie: Weiterführen und intensivieren**

530 Wir NRW Jusos verstehen uns sowohl als Jugendorganisation der NRW SPD als auch als eigenständiger
531 Jugendverband. Die Doppelstrategie, also das Hineinwirken in die Partei und der Kampf um gesellschaft-
532 liche Fortschritte mit der Hilfe von Bündnispartner*innen spielt eine wichtige Rolle in unserer alltäglichen
533 Arbeit. Wir verstehen uns als Teil der gesellschaftlichen Linken und wissen, dass wir ohne die Hilfe von
534 Bündnispartner*innen unsere Ziele nicht erreichen werden.

535 Dazu gehört für uns als Jugendverband unter anderem die Arbeit in Bündnissen, in denen wir weiterhin
536 vertreten sein wollen. Neben den Bündnissen gibt es für uns konkrete Partner*innen, zu denen wir bereits
537 gute Beziehungen pflegen und dies beibehalten und weiter ausbauen möchten.

538 Als sozialistischer Jugendverband fühlen wir uns besonders mit den Arbeiter*innenjugendverbänden ver-
539 bunden. Die DGB-Gewerkschaftsjugend sind für uns dabei ein ganz wichtiger Bestandteil, um gemein-
540 sam für bessere Arbeitsbedingungen für alle und junge Menschen im Speziellen zu kämpfen. Um diese
541 Arbeit weiter zu intensivieren, wollen wir einen Gewerkschaftsrat bei uns etablieren, um uns regelmäßig
542 auszutauschen und über gemeinsame Projekte zu sprechen und unsere gemeinsame Arbeit weiterhin zu
543 verfestigen.

544 Zusätzlich zählt dazu aber auch der rege Austausch mit der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die
545 Falken, wie auch mit der AWO-Jugend. Wir wollen mehr Kontakt zu den Falken suchen und eine gemein-
546 same Veranstaltung planen, um unsere beiden Verbände in NRW wieder näher zusammenzubringen. Die
547 Falken sind für uns wichtige Verbündete bei dem Streben nach einer sozialistischen Welt und daher ist
548 es unabdingbar, dass wir wieder häufiger zusammenarbeiten. Wir wollen aber nicht nur in bekannten
549 Bündnisstrukturen arbeiten, sondern auch auf neu aufkommende Bewegungen wie Fridays for Future

550 oder Black Lives Matter reagieren. Vor Ort haben wir viele Jusos, die sich auch außerhalb unseres Ver-
551 bands politisch engagieren, das sollten wir nutzen. Bestehende inhaltliche Differenzen hindern uns nicht
552 daran, den Dialog und die Diskussion zu suchen, sondern regen zur Hinterfragung und Weiterentwicklung
553 von Positionen an.

554 Zuletzt wollen wir unsere Mitstreiter*innen in den verschiedensten politischen selbstorganisierten Grup-
555 pen an unserer Seite in unserem Kampf für eine fortschrittliche Gesellschaft nicht missen und auch un-
556 seren Austausch weiterhin ausbauen und gemeinsam für unsere Interessen kämpfen.

557 **Bildungsarbeit**

558 Unsere Bildungsveranstaltungen sind Grundlage der politischen Arbeit des Verbandes. Unser Anspruch
559 ist das inhaltliche und methodische Empowerment der ganzen Breite der Mitglieder. Die Vielfalt unseres
560 Verbandes soll sich auch in unserer Bildungsarbeit widerspiegeln. Wie in der Vergangenheit setzen wir in
561 unserer Bildungsarbeit auf eine breite Beteiligung und binden Expert*innen unseres Verbandes ein. Hinzu
562 kommen externe Referent*innen und die verschiedenen Bündnispartner*innen, die nicht nur inhaltlich
563 neue Impulse geben können, sondern uns hin und wieder auch den Spiegel vorhalten.

564 Wir begreifen unsere Bildungsveranstaltungen als Safer Space, in den sich für verbandsinterne Diskus-
565 sionen zurückgezogen werden kann. Zudem wollen wir ein Konzept für Genderplena erarbeiten, die bei
566 mehrtägigen Bildungsveranstaltungen obligatorisch werden und an den Frauenrhetorikschulungen fest-
567 halten. In der Konzeption der Veranstaltungen werden wir dafür sorgen, dass unser Querschnittsthema
568 Feminismus einen festen Platz in jedem Format hat und nicht von einigen Teilnehmer*innen gemieden
569 werden kann.

570 Mit barrierearmen und gut erreichbaren Veranstaltungsorten sowie arbeitnehmer*innenfreundlichen -
571 zeiten stellen wir sicher, dass alle Mitglieder gleichermaßen an der Bildungsarbeit partizipieren können.
572 Bei Bedarf sollen Mitfahrgelegenheiten koordiniert werden, damit sich die Wege mit dem Auto geteilt
573 werden können.

574 Die NRW Jusos unterstützen auch die Bildungsarbeit vor Ort. Unterbezirke und Kreisverbände haben wei-
575 terhin die Möglichkeit, Kooperationsseminare zu beantragen. Darüber hinaus wollen wir die bessere Ver-
576 netzung der Bildungsangebote untereinander unterstützen. Es soll ein "Juso-Einmaleins" sowie Leitfäden
577 für Bildungsarbeit und Wahlkampf erarbeitet werden und den Unterbezirken und Kreisverbänden als
578 Handreife zur Verfügung gestellt werden.

579 Das Bildungsprogramm der NRW Jusos wird jeweils für ein Jahr beschlossen. Für die Ausgestaltung die-
580 ses Programms ist es umso wichtiger, unsere Veranstaltungen bei den Teilnehmer*innen im Nachgang
581 zu evaluieren. Die Ergebnissicherung zu den Veranstaltungen soll transparenter gemacht und für die Teil-
582 nehmer*innen leichter zugänglich werden.

583 Die klassischen Formate der Verbandswochenenden und Foren haben wir in diesem Jahr aufgebrochen.
584 Den Eventcharakter werden wir weiter ausbauen, ohne dabei den Bildungscharakter der Veranstaltungen
585 zu vernachlässigen. Die Präsenzveranstaltungen sind dabei die Basis unserer Bildungsarbeit und können
586 bei Bedarf durch die erprobten digitalen Formate ergänzt werden. Die bewährten Neumitglieder- und
587 Grundlagenseminare sollen als niedrigschwelliger Einstieg in den Verband weiterhin angeboten werden.
588 Auch die Funktionär*innenschulung soll wieder stattfinden. Wir wollen außerdem die Möglichkeit einer
589 Gedenkstättenfahrt prüfen.

590 **Medienarbeit**

591 Damit unsere Ideen und Forderungen nicht im luftleeren Raum verpuffen, bleibt für uns eine kluge und
592 strategische politische Kommunikation von enormer Bedeutung. Als Jugendverband der SPD ist für uns

593 wichtig, Medienarbeit in zwei Richtungen zu verstehen - zum einen in die Öffentlichkeit und unsere Mut-
594 terpartei, um Themen zu setzen und uns zu positionieren, und zum anderen für die verbandsinterne
595 Kommunikation, um unsere Mitglieder zu informieren und einzubinden.

596 Für die interne Kommunikation setzen wir auf altbewährtes wie unser Verbandsmagazin, um beispielswei-
597 se über aktuelle Debatten/Themen und von vergangenen Veranstaltungen zu berichten sowie die Mail-
598 verteiler, um alle Mitglieder und Vorstände in den Unterbezirken & Kreisverbänden auf dem Laufenden
599 zu halten und über Angebote von Landesseite zu informieren. Um unsere Mitglieder außerdem inhaltlich
600 zu empowern, können zu einzelnen aktuellen Themen kurze Erklärungen veröffentlicht werden, die als
601 Argumentationsstütze dienen.

602 Unsere Social-Media-Kanäle wollen wir noch gezielter auf die Plattformen abstimmen und nutzen. Es
603 muss dabei geprüft werden, welche konkreten Funktionen die einzelnen Plattformen für unsere Kommu-
604 nikationsarbeit - sowohl für den internen als auch externen Gebrauch - übernehmen können. Es sollen da-
605 bei Konzepte erarbeitet bzw. Bestehende überarbeitet werden, die passend sind für den jeweiligen Kanal.
606 Dabei sind wir offen für neue Formate und Plattformen und prüfen deren Praktikabilität für uns. Prämisse
607 ist dabei, dass Qualität über Quantität geht und der Auftritt professionell wirkt. Ein einheitlicheres Auf-
608 treten bspw. auf Instagram ist unser Ziel sowie die Einbindung von Mitgliedern durch Mitmach-Formate
609 oder beispielsweise Take-Over-Formate, um Unterbezirke & Kreisverbände zu beteiligen.

610 Wir sind ein diverser sowie offener Verband, dies wollen wir auch online zeigen. Unsere Verbandskultur,
611 die sich nicht nur über starke inhaltliche Arbeit definiert, sondern auch über einen Verband, der Freund-
612 schaften möglich macht und Spaß an der politischen Arbeit bedeutet, soll nach außen sichtbar gemacht
613 werden. Wir wollen dadurch aktive Mitglieder sichtbar machen, aber auch attraktiv für potenzielle Neu-
614 mitglieder sein. Außerdem wollen wir niedrigschwellig Inhalte verständlich machen. Somit sollen auch
615 Nicht-Mitglieder angesprochen werden und unsere Politik mit Hilfe von erklärenden Postings vermittelt
616 werden.

617 In den vergangenen Jahren waren wir in den klassischen Medien regelmäßig vertreten und konnten unse-
618 re Anliegen in zahlreiche Verlags- & Rundfunkhäusern kundtun. Deshalb bleibt die gute alte Pressearbeit
619 für unsere öffentliche Kommunikation von entscheidender Bedeutung. Außerdem wollen wir auch wei-
620 terhin den Blog bespielen, um Meinungsbeiträgen eine Bühne zu bieten.

621 **Wie wir leben wollen**

622 Mit diesem Arbeitsprogramm geben wir uns die inhaltliche wie organisatorische Grundlage der NRW Jusos
623 für die kommenden zwei Jahre. Die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind groß, aber noch größer
624 ist unsere Bereitschaft, aus purer Liebe alles zu geben. Dafür braucht es den gesamten Verband, denn
625 nur gemeinsam können wir dafür sorgen, dass die besten Zeiten noch vor uns liegen. Dafür wollen wir in
626 den beiden anstehenden Wahlkämpfen um nicht weniger als um die Frage diskutieren, wie wir eigentlich
627 leben wollen, weil wir überzeugt sind, dass es uns nur dann gelingt, die CDU in die Opposition zu schicken,
628 wenn wir mutige, progressive Alternativen bieten. Wer, wenn nicht wir sollte dafür sorgen und zwar im
629 Bund genauso wie in NRW?!

630 Packen wir's an, NRW Jusos. Glück auf!

B Bildung, Hochschule und Wissenschaft

B Bildung, Hochschule und Wissenschaft

B1	UB Bielefeld, UB Dortmund	Neuer Informatikunterricht: Von der Black Box zur White Box	20
B3	Juso-Hochschulgruppen NRW	Echte finanzielle Hilfe für Studierende in der Krise: Jetzt!	22
B6	UB Bielefeld	„Reißt das Jungfernhäutchen beim Sex?“ – Aufklärung von Mythen und Stärkung der Sexualerziehung in NRW	24

B1

Neuer Informatikunterricht: Von der Black Box zur White Box

1 Da unsere Gesellschaft zunehmend digitaler wird, stellen sich Individuen vermehrt digi-talen Herausfor-
2 derungen in allen Lebensbereichen. Smartphones und das Internet sind neuerdings per Sprache bedien-
3 bar, Arbeitsabläufe in der Industrie funktionieren voll-, teilautomatisch oder sogar mit der Unterstützung
4 einer künstlichen Intelligenz und auch aus der Wissenschaft ist IT nicht wegzudenken. Die Entwicklung
5 neuer Technologien und Produkte passiert rasend schnell; was auf der Strecke bleibt, sind die Kenntnisse
6 über diese Technologien bei uns allen. Aus diesem Grund fordern wir unabhängig von Klas-senstufe und
7 Schulform einen neuen Informatikunterricht, der innovativ und über Fächergrenzen hinaus gestaltet ist.
8 Damit die Black-Box für uns alle zur White-Box wird!

9 Der neue Informatikunterricht soll durch folgende Aspekte gekennzeichnet sein:

- 10 • Digitalisierungsspezifische Themen soll es in allen Fächern und in allen Klassen-stufen geben.
- 11 • Der Informatikunterricht soll in der Sekundarstufe 1 als Pflichtfach angeboten werden. [1]
- 12 • Für die Vermittlung von Informatik ist die Verwendung von „high-end“-Hardware nicht unbedingt
13 notwendig. Sie ist als ein weiteres Kriterium nach der flächendeckenden Ver-sorgung mit schnell-
14 lem Internet zu sehen. Hierbei erfordert es die aktuellen Standards der Endgeräte zu berücksich-
15 tigen und diese für alle Schüler*innen finanziell gewährleisten zu können. Mit dem Ziel, dass allen
16 Schüler*innen des Informatikunterrichts diese Endgeräte für die komplette Bearbeitungszeit der
17 Aufgaben zu Verfügung stehen.
- 18 • Das problemlösend orientierte und forschende Lernen ist der beste Weg, sich ab-strakten und
19 komplexen Konzepten zu nähern, deshalb sollte der neue Informatik-unterricht verstärkt auf diese
20 Konzepte setzen.

21 Die Informatik darf nicht länger ein Nischenfach bleiben. Wir halten es für notwendig, dass der Informa-
22 tikunterricht schon in der Sekundarstufe I stattfindet. Dafür ist es not-wendig, dass ein Lehrplan für die
23 gesamte Sekundarstufe I erstellt wird. Die Bildungs-standards der *Gesellschaft für Informatik* könnten hier
24 als Grundlage dienen.

25 Zur Vermittlung der notwendigen Kompetenzen sind Lehrkräfte während ihrer Ausbildung und in Aus-
26 übung ihrer Tätigkeit in verpflichtend durchzuführenden Lehrgängen auszubilden. und der Kapazität
27 an Lehrkräften. Im Jahr 2018 waren 3097 Informatiklehrer*innen in NRW beschäftigt, davon unterrich-
28 ten zwei Drittel an Gymnasien und Berufskollegs. Es wurden 243.000 Stunden Unterricht erteilt; andere
29 Ne-benfächer wie Physik oder Geschichte haben drei Mal so viele erteilte Stunden. Somit müsste die
30 aktuelle Anzahl an Lehrkräften mindestens verdoppelt werden, um das Fach als Nebenfach zu führen.
31 Es kommt hinzu, dass etwa die Hälfte der Informatiklehrer*in-nen über 50 sind. Im Jahr 2017 haben
32 deutschlandweit nur 184 neue Informatiklehrer*innen die Prüfung abgelegt. Wenn diese Tendenz für
33 die nächsten 15 Jahre erhalten bleibt, werden allein in NRW alle deutschlandweit ausgebildeten In-for-
34 matiklehrer*innen benötigt. Um mehr ausgebildete Informatiklehrkräfte zu bekommen, muss das Fach
35 Informatik fürs Lehramt an mehr Hochschulen angeboten werden.

36 Themen der digitalen Gesellschaft haben Einfluss auf alle Lebensbereiche. Aus diesem Grund haben diese
37 auch einen Einfluss auf Schulfächer wie Mathematik, Naturwissen-schaften, Philosophie/Ethik sowie Po-
38 litik/Sozialwissenschaften und sollten deshalb in ebendiesen Lehrplänen Beachtung finden. In der Kunst

39 findet die Digitalisierung durch Film, Fotografie und Mixed-Media Einzug, in Fach Deutsch verändert sie
40 die Informationsdarbietung in Medien und in Erdkunde ist bereits ein ganzes Themenfeld der Globalisie-
41 rung und Digitalisierung gewidmet. Diese Entwicklungen sollten weiter vorangetrieben werden und sich
42 auch auf die oben genannten Fächer erweitern. In jedem Unterrichtsfach müssen Schüler*innen die digi-
43 talen Skills beigebracht bekommen, die sie zu einer zeitgemäßen Anwendung der Lerninhalte brauchen.
44 Dazu gehört der grundlegende Umgang mit Office-Programmen genauso wie Fragen des Datenschutzes
45 oder der ethischen Herausforderungen von Digitalisierung und Internet, die für die heutige Generation
46 bereits allgegenwärtig sind. Um guten Unterricht in diesem Sinne zu ermöglichen, fordern wir zudem eine
47 kontinuierliche Weiterbildung im Bereich der digitalen Gesellschaft. Wir wünschen uns mehr zielgerich-
48 te und aktuelle Forschung zu diesen Themen in der Didaktik. Um die Medienkompetenz der Schülerin-
49 nen und Schüler zu stärken müssen alle Fachlehrkräfte weitergebildet werden. Zudem muss das Thema
50 Medienkompetenz in der Lehrkräfteausbildung etabliert werden. Das Land NRW hat entsprechende ver-
51 pflichtende Angebote für Lehrkräfte zu schaffen.

52 [1] Pflichtfach bedeutet in diesem Zusammenhang nur, dass das Fach irgendwann in der Sekundarstufe
53 1 unterrichtet werden muss; Musik ist damit genauso ein Pflichtfach wie Deutsch.

B3

Echte finanzielle Hilfe für Studierende in der Krise: Jetzt!

1 Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat unter der Leitung von Anja Karliczek (CDU) in den
2 letzten Wochen und Monaten auf die prekäre Situation von Studierenden in der Corona- Krise bundes-
3 weit dilettantisch reagiert. Karliczek's Lösung bisher: angeblich zinslose KfW-Studienkredite, die sich im
4 Nachhinein als Mogelpackung und Schuldenfalle entpuppten und eine Soforthilfe für die Monate Juni, Juli
5 und August, die weder sofort kam, noch half in tausenden von Fällen. Selbst diese völlig unzureichen-
6 den Maßnahmen kamen erst auf Druck des Bündnisses für ein Solidarsemester zustande. Wir kritisieren
7 aufs Schärfste, dass obwohl mehrfach Lösungen präsentiert wurden, wie Studierenden schnell geholfen
8 hätte werden können, z.B. durch die Öffnung des BAföGs, die Studierenden über Monate hinweg vollkom-
9 men alleine gelassen wurden. Die Soforthilfe ist ihren Namen nicht wert, da bei so hohen bürokratischen
10 Hürden, Wartezeiten und so wenig Geld, weder von echter Hilfe und schon gar nicht von einem Sofort ge-
11 sprochen werden kann. Es ist lächerlich, dass Studierende erst in absolute Existenznot geraten müssen,
12 um dann teilweise Anspruch auf lediglich 100€ zu bekommen. Sie bildet weder die Realitäten von vielen
13 Studierenden ab, deren Existenzniveau wesentlich höher liegt als 500€ noch gibt sie Antworten, wenn Stu-
14 dierende nicht ihren Job verloren haben, aber dennoch unverschuldet in finanzielle Notlage geraten sind
15 durch die Pandemie, bspw. weil die Eltern nicht mehr zahlen können oder ihr Studium nun verlängern
16 müssen. Während Karliczek sich nun den Schulöffnungen und der verschlafenen Digitalisierung widmet,
17 drohen die akuten Probleme der Studierenden in Zeiten der Corona-Pandemie wieder aus dem Fokus zu
18 geraten. Mit der Folge, dass es laut dem jetzigen Stand keine Angebote für die Zeit ab September gibt,
19 obwohl nicht alle Studierende ihren Nebenjob normal wieder nachgehen können.

20 **Existenzängste ernst nehmen!**

21 Laut einer nicht repräsentativen Studie der Juso-Hochschulgruppen haben bundesweit 750.000 Studie-
22 rende seit April 2020 ihren Job verloren – zum Vergleich: dies entspricht ungefähr der Zahl aller immatriku-
23 lierten Studierenden in Nordrhein-Westfalen (Stand: 2018/2019). Die 21. Sozialerhebung des Deutschen
24 Studentenwerks hat gezeigt, dass 68 % aller Studierenden im Jahr 2016 einem Nebenjob nachgegangen
25 sind und dabei im Durchschnitt 385 € im Monat zusätzlich verdient haben. Viele Studierende werden auch
26 noch von ihren Eltern durchschnittlich mit 541 € im Monat unterstützt. Studierende verfügen insgesamt
27 also durchschnittlich über 918 € – es ist also nicht von der Hand zu weisen, dass viele Studierende auf ihre
28 Nebenjobs angewiesen sind und durch die Corona-Krise nun um ihren Lebensunterhalt bangen müssen.

29 Auf Landesebene bemühen sich die Studierendenwerke nun die Anträge auf Soforthilfe so schnell wie
30 möglich zu bearbeiten. Dennoch wurden bundesweit schon mehr als 20.000 Soforthilfeanträge wegen
31 der unnötig hohen bürokratischen Hürden des Bundesministeriums abgelehnt. Darüber hinaus haben
32 viele Studierende erst gar nicht einen Antrag auf Soforthilfe gestellt, da der als zinsfreie beworbene KfW-
33 Studienkredit früher zur Verfügung stand. Dadurch wurden viele Studierende unnötigerweise in eine
34 staatlich beworbene Schuldenfalle gedrängt. Wir stellen fest: die Soforthilfen haben ihren Namen kaum
35 verdient. Es ist aber davon auszugehen, dass die Bildungsministerin daran festhalten wird. Deshalb muss
36 die unzumutbare Bedarfsprüfung, bei der Studierende ihre Finanzen bis auf den letzten Posten offenlegen
37 müssen, entfallen. Stattdessen wird ein vereinfachtes, an die BAföG-Beantragung angelehntes Verfahren
38 angewendet, bei dem eine einfache Einkommens- und Vermögensauskunft genügt. Die Situation der El-
39 tern, die ihre Kinder aufgrund von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit nicht mehr wie bisher unterstützen
40 können, wird dabei ebenfalls berücksichtigt. Eine kurzfristige Auszahlung unter Vorbehalt muss möglich

- 41 sein, damit die Soforthilfen in bei Studierenden in einer finanziellen Notlage schnellstmöglich ankomen und auch darüber hinaus gezahlt werden, wenn ihnen durch verspätete Auszahlung ein finanzieller Schaden entstanden ist.
- 44 Die finanziellen Nöte der Studierenden führen zu Existenzängsten und in extremen Fällen sogar zum Studienabbruch. Laut der o.g. Studie der Juso-Hochschulgruppen gaben 29% der befragten Studierenden an, unter Existenzängsten zu leiden. Betrachtet man nur Studierende, die nicht aus Akademiker*innenhaushalten kommen, gaben sogar 41% an, zumindest teilweise unter Existenzängsten zu leiden.
- 48 Es kann und darf nicht sein, dass die Sorgen und Existenzängste der Studierenden nicht ernst genommen werden!
- 50 Der Staat hat seit Jahrzehnten die Studienfinanzierung vernachlässigt und die Studierenden dürfen es nun in der Krise ausbaden. Dabei ist die Krise nur ein Symptom dafür, dass nur wenige Studierende BAföG empfangen. Privileg der finanziell abgesicherten (und) Akademiker*innenkinder wird, während Arbeiter*innenkinder das Nachsehen haben.
- 54 Damit kehren wir knapp 50 Jahre nach Inkrafttreten des BAföG wieder zu den elitären Zuständen zurück, die seine Einführung durch die Regierung Brandt erst erforderlich machten. Es bleibt festzuhalten, dass ein über die Jahre immer weiter ausgebaut BAföG, welches allen Studierenden ein auskömmliches Leben ermöglicht hätte, der beste Schutz für finanzschwache Studierende in der Corona-Krise gewesen wäre. Doch stattdessen wurde es seit seiner Einführung von einem Vollzuschuss auf ein Darlehensmodell umgestellt, der Empfänger*innenkreis durch immer neue Hürden weiter eingeschränkt und die Höhe der Förderung nicht an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten der Studierenden angepasst.
- 61 Wir sind davon überzeugt, dass eine Öffnung des BAföGs für alle Studierenden in der Krise ihren aktuellen finanziellen Herausforderungen besser gerecht wird als Karliczek's bisherige Soforthilfen und Studienkredite. Eine solche Ausweitung des Empfänger*innenkreis kann dabei nur der Anfang einer umfassenden Reform sein, die das BAföG (wieder) zu einer solidarisch-gerechten Studienfinanzierung für alle macht.
- 65 Wir sind uns alle einig: Bildung darf keine Frage des Geldbeutels der Eltern sein!

B6

„Reißt das Jungfernhäutchen beim Sex?“ – Aufklärung von Mythen und Stärkung der Sexualerziehung in NRW

1 Sexualerziehung ist ein unverzichtbarer Teil der Bildung an Schulen. Sie „soll Schülerinnen und Schülern
2 helfen, ihr Leben bewusst und in freier Entscheidung sowie in Verantwortung sich und den anderen ge-
3 genüber zu gestalten“. So ist es in den „Richtlinien für die Sexualerziehung in NRW“ niedergeschrieben,
4 die seit 1999 den verbindlichen Leitfaden für den Sexualunterricht in Nordrhein-Westfalen darstellen.
5 Trotz des betont vielseitigen und inklusiven Ansatzes der Richtlinien und ihrer Verbindlichkeit erleben
6 viele Schüler*innen in NRW leider häufig immer noch eine einseitige Sexualerziehung, die auf den Biolo-
7 gieunterricht begrenzt wird und sich zwar extensiv mit Anatomie und Schwangerschaft auseinandersetzt,
8 jedoch andere wichtige Fragestellungen (z.B. rund um LGBTIQ*- Rechte, sexuellen Missbrauch, Stigmata
9 und Geschlechterrollen) vernachlässigt. So trägt die Sexualerziehung nur bedingt zur Normalisierung an-
10 derer Lebensformen und Entstigmatisierung des weiblichen Körpers bei und vermittelt stattdessen häufig
11 eher ein heteronormatives Bild und lässt viele Fragen offen. Das liegt zum Teil daran, dass die Lehrkräfte
12 für sexuelle Bildung nicht ausreichend ausgebildet sind. Deshalb fordern wir eine stellenweise Überarbei-
13 tung der bestehenden Richtlinien und eine stärkere Berücksichtigung dieser im Unterricht. Dazu sollen
14 neben HIV auch andere sexuell übertragbare Krankheiten stärker in den Fokus gerückt werden. Zudem
15 sollen sich Lehrkräfte in ihrer Aus- und Fortbildung stärker mit religiös-kulturellen Fragestellungen und
16 Problemen in Bezug auf Sexualität auseinandersetzen, um ihren Unterricht diversitätssensibel gestalten
17 zu können.

18 **Sexualunterricht muss fächerübergreifend sein**

19 Sexualität ist mehr als reine Biologie; mit Sexualität gehen auch ethische, soziale und kulturelle Fragen
20 einher. Daher darf sexuelle Bildung nicht auf den Biologieunterricht begrenzt bleiben, sondern erfordert
21 ebenfalls eine Thematisierung in Fächern wie Sozialwissenschaften und Pädagogik. Die Bedeutung einer
22 fächerübergreifenden sexuellen Bildung wird in den Richtlinien zur Sexualaufklärung bereits betont. Die
23 Schulen sollen nun verpflichtet werden, ein Konzept zur Sexualaufklärung auf Grundlage der Richtlinien
24 zu erstellen. Damit Thematiken wie sexuellem Missbrauch, LGBTIQ*-Rechten und der kritischen Betrach-
25 tung von Geschlechterrollen fächerübergreifend genug Raum gegeben wird, sollen diese und weitere
26 Aspekte der Sexualerziehung neben der expliziten Thematisierung in einzelnen Unterrichtsstunden dar-
27 über hinaus auch immer wieder implizit in unterschiedlichen Fächern aufgegriffen werden. Dies kann
28 beispielsweise eine Geschichte im Deutschunterricht sein, in der eine Trans*Person vorkommt oder eine
29 Matheaufgabe, in der es um eine Regenbogenfamilie geht.

30 **Sexuelle Bildung für Lehrkräfte**

31 Um eine gute, fächerübergreifende Sexualerziehung gewährleisten zu können, müssen alle Lehrkräfte
32 entsprechend ausgebildet werden. Studien lassen jedoch erkennen, dass die sexuelle Bildung an unse-
33 ren lehrerausbildenden Universitäten unzureichend ist. Tatsächlich besuchen viele Lehramtsstudierende
34 aufgrund des mangelnden Seminarangebots während ihrer gesamten Ausbildung keine einzige Veran-
35 staltung, die sexuelle Bildung an Schulen thematisiert. Wir sollten den Bedürfnissen von Lehrer*innen
36 entsprechen und fordern daher, ein verpflichtendes Seminarangebot im Bereich der sexuellen Bildung
37 für Lehramtsstudierenden aller Lehrämter an Universitäten in Nordrhein-Westfalen einzuführen. Vorbild

38 soll die Einführung des DaZ-Moduls im Lehramtsstudium sein. Darüber hinaus befürworten wir ein um-
39 fangreicheres Fortbildungsprogramm für bereits ausgebildete Lehrkräfte. Für eine professionelle Sexu-
40 alaufklärung ist aber auch der kontinuierliche Einsatz von u.a. Sexualpädagog*innen wichtig. Sie sind Ex-
41 pert*innen und dazu ausgebildet das Wissen pädagogisch und didaktisch der Zielgruppe entsprechend
42 zu vermitteln. Außerdem ist das Thema Sexualität für viele immer noch ein sensibles Thema. Es kann
43 daher angenehmer sein, wenn Schüler*innen die Möglichkeit haben mit einer Person darüber zu spre-
44 chen, der sie nicht immer wieder im Alltag begegnen und die sie nicht benotet. Es ist wichtig, dass der
45 Einsatz von Sexualpädagog*innen an allen Schulen verpflichtend und damit für jede Schule leistbar ist,
46 damit alle Schüler*innen auch in ihrer Schullaufbahn durch Sexualpädagog*innen aufgeklärt werden.
47 Dies muss auch ab Grundschule in unterschiedlichen Lebensphasen der Schüler*innen geschehen. Se-
48 xualpädagog*innen lernen auch einen kritischen Umgang mit (sexuellen) Klischees und sind deswegen
49 besonders wichtig für eine emanzipatorische Sexualerziehung.

50 **Inhaltliche Verbesserungen der Richtlinien: Consent, sexueller Missbrauch im Internet und Ent-** 51 **stigmatisierung des weiblichen Körpers**

52 Die „Richtlinien für die Sexualerziehung in NRW“ stellen grundsätzlich eine gute Basis für eine angemesse-
53 ne sexuelle Bildung dar, in einigen Punkten besteht jedoch Verbesserungsbedarf. Das ist einerseits beim
54 Thema sexueller Missbrauch der Fall. Die WHO geht davon aus, dass pro Schulklasse ein bis zwei Kinder
55 von sexuellem Missbrauch betroffen sind. Den Richtlinien für die Sexualerziehung in NRW ist dazu zu
56 entnehmen: „Ein wichtiges Ziel schulischer Sexualerziehung ist es, bei jungen Menschen ein Verantwor-
57 tungsgefühl und eine Haltung zu entwickeln, die die Herabsetzung und Missachtung von Partnerinnen
58 und Partnern sowie die körperliche und seelische Schädigung durch sexuellen Missbrauch und sexuelle
59 Ausbeutung ausschließen“. Um dieses Ziel angemessen umsetzen zu können, fordern wir neben der be-
60 reits erfolgenden Aufklärung über die Fragen, was sexueller Missbrauch ist und welche Handlungs- bzw.
61 Abwehrmöglichkeiten Betroffene haben, gleichzeitig eine explizite Thematisierung von Fragestellungen
62 rund um das Thema „Consent/Einverständnis“. Außerdem gilt es, die zunehmende Gefahr der sexuellen
63 Gewalt in digitalen Medien (z.B. in Form von Cybergrooming, missbräuchlicher Verbreitung von Sexting
64 oder Missbrauchsdarstellungen) in den Themenkatalog der Sexualerziehung aufzunehmen und Verhal-
65 ten im Internet sowie Hilfsangebote bei Betroffenheit mit den Schüler*innen zu besprechen.

66 Andererseits herrscht bis heute eine große Stigmatisierung des weiblich gelesenen Körpers. Themen wie
67 Menstruation, Hymen und weibliche* Genitalien sind entweder mythenbehaftet oder stigmatisiert. Die
68 Folgen davon sind sexistische Bilder und Stereotypen, die sich schon während der Jugend reproduzieren.
69 Insbesondere Mädchen* sind die Leidtragenden dieser Stigmatisierungen. Um Klischees und Vorurteile
70 abzuwenden, wie es die Richtlinien grundsätzlich fordern, besteht eine Dringlichkeit, dass die Entstig-
71 matisierung weiblicher* Körper inhaltlich explizit in die Richtlinien aufgenommen wird und Schulen die
72 Stigmatisierung aufgreifen und bildungspraktisch behandeln.

C Arbeit und Ausbildung

C Arbeit und Ausbildung

C2	UB Aachen-Stadt, „Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen“ UB in der Städteregion Aachen, KV Euskirchen, KV Düren/Jülich, KV Heinsberg	27
C8	UB Bielefeld Alle Lehrer*innen, Inklusionshelfer*innen und Schulsozialarbeiter*innen gerecht bezahlen, keine weitere Benachteiligung angestellter Lehrer*innen	31

C2

„Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen“

1 Schon seit ihrer Gründung ist die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland! Seit den 50er
2 Jahren begann die Bundesrepublik mit dem Anwerben von sogenannten Gastarbeiter*innen, ohne die
3 der wirtschaftliche Aufschwung nach dem zweiten Weltkrieg nicht möglich gewesen wäre. Auch heute
4 sind wir auf Arbeitsmigration angewiesen. Der Grund ist vor allem der demographische Wandel, der da-
5 zu führt, dass es in vielen Branchen an Nachwuchsfachkräften fehlt. Doch nicht nur Fachkräfte werden
6 gesucht, gerade im Niedriglohnbereich (z.B. Baugewerbe, Gebäudereinigung, Landwirtschaft, Logistik-
7 branche, Pflegebereich) werden massiv Arbeitnehmer*innen vor allem aus osteuropäischen EU-Staaten
8 rekrutiert. Arbeitgeber*innen nutzen die relative Armut, v.a. in süd- und osteuropäischen Ländern aus,
9 um Arbeitskräfte für den Niedriglohnbereich zu gewinnen. Um Produktionskosten weiter zu senken wird
10 das Arbeitsrecht umgangen und Arbeitsmigrant*innen in Deutschland ausgebeutet. Aktuelle Beispiele
11 wie der Skandal beim Fleischkonzern Tönnies zeigen, dass die momentane Gesetzeslage und/oder ihre
12 Durchsetzung nicht ausreicht, um die angeworbenen Arbeitnehmer*innen wirksam vor Ausbeutung zu
13 schützen.

14 Die Probleme betreffen vor allem die folgenden Bereiche:

15 **Unternehmensmodelle (Werkverträge, Subunternehmen, Scheinselbstständigkeit):**

16 Unternehmen können ein Werk, also die Ausführung einer Leistung, an Subunternehmen vergeben. Die
17 Bezahlung erfolgt alleine für das geleistete Werk, Arbeitnehmer*innen werden direkt durch das Subun-
18 ternehmen angestellt. Dieses Modell kann genutzt werden, wenn z.B. eine Versicherung den Betrieb einer
19 Kantine an ein anderes Unternehmen vergibt. Es wird heutzutage aber auch genutzt, um eigentlich bran-
20 cheneigene Produktionsschritte auszulagern. Ein Beispiel ist die Schlachtung und die Zerlegung in einem
21 Schlachtbetrieb. Hier dienen die Werkverträge nur dem Zweck, sich der Verantwortung als Arbeitgeber*in
22 zu entziehen. Die Werkverträge bringen für die Arbeitnehmer*innen viele Nachteile mit sich, z.B. ist je-
23 des Subunternehmens einzeln für die Arbeitssicherheit und Hygiene in seinem Bereich zuständig, was bei
24 einer hohen Anzahl an Subunternehmen zu Lasten der Arbeiter*innen nicht funktionieren kann. Für die
25 Belange der Arbeitnehmer*innen interessieren sich die Subunternehmen meist nicht. Außerdem kennen
26 die aus dem Ausland angeworbenen Arbeiter*innen oft das deutsche Recht nicht und sprechen auch kein
27 Deutsch. Das führt zu Abhängigkeit von den Subunternehmen und Folgen wie unbezahlten Überstunden,
28 verspätete Lohnzahlungen, Druck bei Krankheit, etc.

29 **Entlohnung und Arbeitszeiterfassung:**

30 Für alle in Deutschland ausgeführten Arbeiten gilt der Mindestlohn. Das gilt auch für Arbeitnehmer*in-
31 nen, die bei ausländischen Firmen angestellt sind. Einige Unternehmer*innen schaffen es aber durch
32 unter Druck setzen, ausnutzen von rechtlichen Grauzonen und Betrug bei der Arbeitszeiterfassung Ar-
33 beitnehmer*innen um den Mindestlohn zu prellen.

34 Ein besonders drastisches Beispiel hierfür ist die sogenannte Live-in-Pflege. Eine Mehrzahl der Deutschen
35 wünscht sich eine Pflege zuhause. Dies ist aber durch ambulante Pflegedienste für viele Familien nicht
36 bezahlbar. Der allgemeine Pflegemangel verschärft das Problem zusätzlich. Daher vermitteln Unterneh-
37 men vor allem osteuropäische Pflegekräfte, die dauerhaft mit den pflegebedürftigen Personen zusam-
38 men wohnen. Beahlt werden diese für eine errechnete Arbeitszeit von 40h/Woche, die in der Realität
39 aber nicht eingehalten werden kann, da Live-in-Pfleger*innen ständig in Bereitschaft sind. Doch auch Be-
40 reitschaftsdienst ist Arbeitszeit. Sowohl Unterbringung, häufig ohne ausreichende Privatsphäre, als auch

41 die Erwartung, rund um die Uhr ohne Pausen für die Pflege einer Person zuständig zu sein, sind nicht hin-
42 nehmbar, stellen aber die Realität dieses Pflegemodells dar. Gerade Frauen* sind hier betroffen. Neben
43 den nicht hinnehmbaren Arbeitsverhältnissen entsteht hier auch ein Problem in den Herkunftsländern.
44 Durch die Arbeitsmigration nach Deutschland verstärkt sich der Pflegenotstand vor Ort. Ein Teufelskreis.
45 Auch in anderen Branchen werden Arbeitszeiten falsch erfasst um einen niedrigeren Stundenlohn zu
46 zahlen. So werden beispielsweise in der Logistikbranche Ladearbeiten nicht als Arbeitszeit erfasst oder
47 Arbeitnehmer*innen unter Druck gesetzt, unbezahlte Überstunden zu leisten. Zukünftig müssen alle Ar-
48 beitgeber*innen die tägliche Arbeitszeit ihrer Angestellten nachweisen können. Eine Änderung des deut-
49 schen Arbeitszeitgesetzes ist daher dringend notwendig, auch um dem entsprechenden Urteil des EuGH
50 vom Mai 2019 zu entsprechen.

51 **Unterkunft:**

52 In vielen Fällen wird den Arbeitnehmer*innen über den*die Arbeitgeber*in eine Unterkunft vermittelt.
53 Dabei ist der "Mietvertrag" meist entweder direkt als "Zusatzvereinbarung" an den Arbeitsvertrag ange-
54 hängt, oder die Vermietung erfolgt offiziell privatrechtlich, gern auch über Dritte. Das Problem: Nach
55 Artikel 13 GG - Unverletzlichkeit der Wohnung haben zuständige Behörden, außer bei Vorhandensein
56 eines Wohnungsaufsichtsgesetzes (z.Zt. in 6 Bundesländern), keine Möglichkeit, die Wohnräume auf Zu-
57 mutbarkeit zu kontrollieren. Verschärfend kommt hinzu, dass oft nicht einmal die Lage der Unterkünfte
58 den zuständigen Behörden bekannt ist. Das ermöglicht unter anderem die Vermietung von herunterge-
59 kommenen Unterkünften sowie Überbelegungen. Ein weiteres Problem sind überbelegte Mieten von bis
60 zu 400€/Monat für ein Bett in einer Gemeinschaftsunterkunft. Hier fehlt eine gesetzliche Beschränkung
61 der Mieten. Zuletzt findet häufig eine zeitliche Kopplung von Arbeitsvertrag und Mietvertrag statt, d.h.
62 der Mietvertrag endet wenn der Arbeitsvertrag endet, obwohl dies rechtlich eigentlich nicht zulässig ist.
63 Hier fehlen offensichtlich wirksame Mechanismen, um diesen Gesetzesverstoß zu unterbinden. Die oben
64 genannten Probleme hängen auch mit der Intransparenz des Arbeits- und Mietvertrags für die Arbeit-
65 nehmer*innen zusammen. Die Verträge liegen oft nur auf Deutsch vor, sodass der genaue Inhalt für die
66 Arbeitnehmer*innen häufig unbekannt bleibt. Die Miete wird meistens direkt vom Lohn abgezogen. Auch
67 andere Zahlungen, wie z.B. für Verpflegung oder den Transport zur Arbeitsstelle werden pauschalisiert
68 überhöht abgezogen, um die Lohnkosten zu drücken ohne offiziell unter Mindestlohn zu bezahlen.

69 **Beratung und Absicherung der Arbeitsmigrant*innen:**

70 Das Anwerben von Arbeitskräften im Ausland wird für Unternehmen auch dadurch attraktiv, dass sie feh-
71 lende Rechts- und Sprachkenntnisse erwarten. Vor dem Hintergrund, dass die meisten Arbeitsverträge in
72 deutsch ausgehändigt werden und nicht übersetzt sind, verstehen Arbeitsmigrant*innen den Inhalt nicht,
73 wenn sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Somit gehen sie rechtswidrige Arbeitsverträge ein
74 ohne vorher ausreichend beraten zu werden. Die meisten Sub- und Werkvertragsunternehmen haben
75 keine Betriebsräte und Tarifverträge. Diese Strukturen wurden im Gegenteil u.A. geschaffen um Tarifver-
76 träge umgehen zu können. Dadurch wird eine umfassende gewerkschaftliche Vertretung und Beratung
77 quasi unmöglich gemacht. Betroffene berichten immer wieder, durch Arbeitgeber*innen unter Druck ge-
78 setzt worden zu sein. Ihnen würde z.B. ihr letzter Lohn nicht ausgezahlt, wenn sie sich beschwerten oder
79 kündigen wollen.

80 **Schlaglicht auf die Missachtung der Rechte von Arbeitnehmer*innen und Tieren – die Causa Tön-** 81 **nies:**

82 Alle diese Probleme und ihre Folgen für die Rechte von Arbeitnehmer*innen ließen sich im Sommer 2020
83 exemplarisch am Gütersloher Tönniesstandort begutachten. Obwohl die unhaltbaren Umstände bereits
84 lange bekannt waren, fehlte jahrelang das öffentliche Interesse, der dementsprechende Druck und der
85 politische Wille der dort regierenden CDU, die Probleme im Sinne der dort arbeitenden Menschen an-
86 zugehen. Erst die Sorge vor einem Übergreifen des Coronaausbruchs unter den überwiegend osteuro-
87 päischen Arbeiternehmer*innen in die restliche Bevölkerung ermöglichte Maßnahmen zum Schutz der

88 Arbeitskräfte oder das Verbot der zweckentfremdeten Werkverträge. Dieser Skandal zeigt erneut, dass
89 ausländische Arbeitnehmer*innen in vielen Branchen aus wirtschaftlicher Not Arbeit übernehmen, die
90 viele Deutschen unter diesen Bedingungen nicht ausüben würden und gleichzeitig, dass es von einzelnen
91 Initiativen abgesehen keine Lobby für die Betroffenen dieser Situation gibt.

92 Für uns folgt daraus, dass Änderungen an diesem System dringend notwendig sind!

93 **Daher fordern wir:**

94 **Unternehmensmodelle**

- 95 • Werkverträge nur in branchenfremden Tätigkeitsbereichen von Unternehmen
- 96 • Nur "echte" Werkverträge, d.h. das ausführende Unternehmen handelt eigenständig mit eigenen
- 97 Mitteln, Personal und Bestimmung von Abläufen und Durchführung

98 **Entlohnung und Arbeitszeiterfassung**

- 99 • Anpassung des Arbeitszeitgesetzes: Erfassungspflicht der täglichen Arbeitszeiten der Angestellten
- 100 (inkl. alle Reisezeiten, die nicht die An- und Abfahrt zur eigentlichen Dienststelle betreffen)
- 101 • Verlässliche Systeme zur Arbeitszeiterfassung
- 102 • Ausbauen der Kontrolle der Korrektheit der Arbeitszeiterfassung und der Arbeitsbedingungen
- 103 – Unangekündigte oder sehr kurzfristige Kontrollen

104 **Unterkunft**

- 105 • Wohnungsaufsichtsgesetze in allen Bundesländern
- 106 • Schärfere Kontrollen um die gegebene Gesetzeslage umzusetzen (Wohnungsaufsichtsgesetz NRW
- 107 und Arbeitsstättenverordnung)
- 108 – Ressourcen ausbauen
- 109 • Schärfere Konsequenzen bei Gesetzesverstößen (Erhöhung von Geldstrafen)
- 110 • Ergänzung der Arbeitsstättenverordnung
- 111 – Erweiterung der Kontrollzuständigkeit der Arbeitsschutzbehörden für Unterkünfte und Kon-
- 112 kretisierung im Arbeitsstättenrecht, wann es sich um eine Unterkunft nach Arbeitsstätten-
- 113 verordnung handelt. Es muss dabei egal sein, ob die Unterkunft direkt von dem*der Arbeit-
- 114 geber*in gestellt wird oder der Mietvertrag über Dritte läuft.
- 115 – Anhebung der Mindeststandards in Bezug auf Platz und sanitäre Anlagen
- 116 – Deckelung der Kosten: Die Regel sollte unentgeltlicher Wohnraum sein, aber maximal darf
- 117 die Miete dem Wert der Unterkunft nach Sozialversicherungsentgeltverordnung (SvEV) ent-
- 118 sprechen. Es dürfen keine Vermittlungsgebühren verlangt werden.
- 119 • Meldepflicht für Wohnungen nach Arbeitsstättenverordnung an die zuständigen Behörden der
- 120 Länder

121 **Beratung und Absicherung der Arbeitsmigrant*innen**

- 122 • Vorlage der Verträge in für Arbeitnehmer*innen verständlicher Sprache
- 123 • Gleichstellung aller Arbeitnehmer*innen in Betrieben
- 124 – Anstellung beim Betrieb (s. Abschaffung Werksverträge)

- 125 – Mitbestimmungsmöglichkeiten: Betriebsräte, Mitarbeiter*innenbefragungen, etc.
- 126 • Gewerkschaftliche Vertretung der Arbeitsmigrant*innen und verbindlicher Rechtsschutz
- 127 • Vereinfachung von Verbandsklagemöglichkeiten im Fall von Ausbeutung und Arbeitsrechtverstößen
- 128 Ben
- 129 • Politische Mitbestimmung und Interessenvertretung in Kommunen (insbesondere Integrationsräte/-beauftragte)
- 130 te/-beauftragte)

131 **Quellen**

- 132 DGB. *Ein Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit in der Fleischwirtschaft ist gut begründbar - gleichzeitig die*
133 *Wohnsituation verbessern.* (Fassung 01.07.20)
- 134 DGB, AG Unterbringung. *Werkverträge, Arbeitsstätte und Unterkunft.* Vortrag 23.06.2020
- 135 DGB. *Fleischindustrie "Die Arbeitsbedingungen sind unterirdisch" Was sich in der Fleischindustrie ändern muss.*
136 (29.07.20) <https://www.dgb.de/themen/++co++53ca173c-d17b-11ea-b6e9-001a4a160123>
- 137 Claudia Walther. "Tönnies und (k)ein Ende - Corona als Chance." (09.07.20)
138 [https://blog.wegweiser-kommune.de/diverses/toennies-und-kein-ende-corona-als-](https://blog.wegweiser-kommune.de/diverses/toennies-und-kein-ende-corona-als-chance?fbclid=IwAR2ptBqsFU4MUyE1kZgl4gs95vnTLtSC3oxU5z0nNVfOXHcANNxeD43QDns)
139 [chance?fbclid=IwAR2ptBqsFU4MUyE1kZgl4gs95vnTLtSC3oxU5z0nNVfOXHcANNxeD43QDns](https://blog.wegweiser-kommune.de/diverses/toennies-und-kein-ende-corona-als-chance?fbclid=IwAR2ptBqsFU4MUyE1kZgl4gs95vnTLtSC3oxU5z0nNVfOXHcANNxeD43QDns)

C8

Alle Lehrer*innen, Inklusionshelfer*innen und Schulsozialarbeiter*innen gerecht bezahlen, keine weitere Benachteiligung angestellter Lehrer*innen

1 Nach wie vor sind Lehrkräfte, die sich bei der Ausübung ihres Berufes in einem Angestelltenverhält-
2 nis befinden, ihren verbeamteten Kolleg*innen gegenüber strukturell deutlich schlechter gestellt. Alle
3 Lehrer*innen begegnen täglich neuen Herausforderungen und werden mit immer vielseitigeren und an-
4 spruchsvolleren Aufgaben konfrontiert. Gleichzeitig geht mit der unmittelbaren Gestaltung des Bildungs-
5 weges und des Einflusses auf die Persönlichkeitsentwicklung so vieler Schüler*innen eine große Verant-
6 wortung einher. Gerade deshalb, aber auch unter Berufung auf das sozialdemokratische Kernansinnen
7 „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“, ist die Fortführung des Zweiklassensystems zwischen den Lehrkräften
8 absolut inakzeptabel und bedarf dringend einer Anpassung. Bei gleicher Arbeitszeit und gleicher Arbeits-
9 belastung liegt die Bezahlung angestellte Lehrer*innen teilweise mehrere hundert Euro pro Monat unter
10 dem der verbeamteten Kolleg*innen. Dazu kommen weitere gravierende Unterschiede was die Kranken-
11 versicherung und die Altersabsicherung angeht. Außerdem ist es in vielen Bundesländern immer noch
12 Usus, angestellte Lehrer*innen vor den Sommerferien zu entlassen, nur um sie im Anschluss an die Fe-
13 rien wieder anzustellen. Hierdurch entfällt für die Betroffenen in den meisten Fällen jede Form des Frei-
14 zeitausgleiches, da sie sich während dieser Zeit arbeitslos zu melden haben und dem Arbeitsmarkt trotz
15 eines gesicherten zukünftigen Arbeitsvertrages zur Verfügung stehen müssen. Diese Entlassungen tre-
16 ten ebenfalls bei Inklusionshelfer*innen und Schulsozialarbeiter*innen vor den Sommerferien auf und
17 stellen eine nicht zufriedenstellende Situation für uns Jusos dar. Auf Dauer muss eine kongruente Vor-
18 gehensweise bezüglich der Bekämpfung der Unterschiede zwischen diesen Beschäftigungsverhältnissen
19 erfolgen. Daher fordern wir:

- 20 1. Angleichung der Bezahlung angestellter Lehrer*innen an die Stufen der Beamtenbesoldung, min-
21 destens auf das Level A13 an allen Schulformen. Hiermit geht auch die Anhebung der Bezüge für
22 verbeamtete Lehrer*innen an Grundschulen auf die Stufe A13 einher (bereits Beschlusslage).
- 23 2. Die Abschaffung der Praxis von Entlassungen zu den Sommerferien, von Lehrer*innen, Inklusions-
24 helfer*innen und Schulsozialarbeiter*innen und der anschließenden Wiedereinstellung nach den
25 Sommerferien.
- 26 3. Mittel- und Langfristiges Konzept zur Beseitigung qualitativer Unterschiede zwischen den Beschäf-
27 tigungsverhältnissen, sowie das Bekenntnis, Angleichungen immer unter dem Gesichtspunkt der
28 Verbesserung für alle Lehrer*innen vorzunehmen.
- 29 4. Alle ehemals und aktuell betroffenen Lehrer*innen bekommen die Zeit in den Ferien, zwischen
30 zwei Arbeitsverträgen, auf ihre Rente zu den Konditionen angerechnet, als wären sie dauerhaft
31 angestellt gewesen.

D Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

D Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

D3	UB Münster	Rassismus gehört nicht auf die Straße! Im wahrsten Sinne des Wortes	33
D4	UB Mönchengladbach	Den 9. Mai zum Europatag erklären	35

D3

Rassismus gehört nicht auf die Straße! Im wahrsten Sinne des Wortes

1 Nach dem grausamen und rassistisch motivierten Mord mehrerer Polizisten an dem US-Amerikaner George
2 Floyd wurden weltweit antirassistische Proteste laut. Im Zentrum steht dabei die Black-Lives-Matter-
3 Bewegung, welche die Stimmen der von Rassismus betroffenen Menschen sichtbar macht und sich stark
4 gegen Rassismus engagiert. Im Rahmen dieser Proteste kam es auch dazu, dass Statuen, welche mit Ras-
5 sismus in Zusammenhang gebracht werden, gestürzt wurden. So zum Beispiel die Statue eines Sklaven-
6 händlers in Bristol, welche im Hafenbecken landete. Aber auch hier in Deutschland finden antirassistische
7 Proteste statt und besonders um Straßennamen wurde die Diskussion wieder neu belebt. Wir Jusos sind
8 ein antirassistischer Verband, darum solidarisieren wir uns mit der Black-lives-matter-Bewegung!

9 Auch Deutschland hat eine Kolonialgeschichte. Das Deutsche Kaiserreich hat sich ab 1884 Kolonien in
10 Ostafrika, Ozeanien und Ostasien angeeignet. Diese Kolonialzeit war geprägt von Menschenrechtsverlet-
11 zungen und Ausbeutung. Der durch das deutsche Kaiserreich verbrochene Genozid an den Herero und
12 Nama stellt heute wie damals eine Zäsur dar. Weiterhin wurden viele grausame Kriege gegen die indige-
13 ne Bevölkerung der Kolonien geführt. Diese grausame Kolonialgeschichte ist den meisten Menschen in
14 Deutschland nur vage bekannt. Allein deshalb muss eine ausführliche und breite Aufarbeitung der Ko-
15 lonialgeschichte Deutschlands stattfinden. Diese Aufarbeitung muss sich maßgeblich mit den deutschen
16 Verbrechen und Grausamkeiten und den bis heute währenden Folgen wie der Ausbeutung ehemaliger
17 Kolonialgebiete und Rassismus auseinandersetzen und unsere historische Verantwortung deutlich ma-
18 chen.

19 Das Problem an rassistischen Straßennamen ist die Reproduktion vom kolonialistischen Denken und von
20 Rassismus durch Straßennamen und anderen Benennungen. Viele Straßen sind nach Menschen, die maß-
21 geblich an den Kolonialverbrechen beteiligt oder federführend waren, benannt und lassen ihnen dadurch
22 eine unreflektierte Ehrung zukommen. Damit werden die Verbrechen der Kolonialzeit in Deutschland wei-
23 terhin geehrt. In Münster z.B. der Lüderitzweg. Aber auch explizit rassistische Begriffe finden ihren Platz.
24 Da Rassismus ein omnipräsentes Problem ist, muss eine kritische Auseinandersetzung mit dem Problem
25 stattfinden. Dazu gehört auch die Umbenennung aller Straßen, Plätze, Geschäfte etc., die nach Kolonial-
26 verbrecher*innen, NS-Verbrecher*innen oder explizit rassistischen Begriffen benannt sind.

27 Besonders wichtig ist hierbei die Berücksichtigung und Anerkennung der Perspektiven Betroffener. In
28 der Diskussion werden Stimmen von BPoC laut, welche sich klar für eine Umbenennung aussprechen.
29 Wenn von Rassismus betroffene Menschen sich durch Begriffe und Straßennamen diskriminiert und ver-
30 letzt fühlen, dann obliegt der weißen Mehrheitsgesellschaft nicht die Deutungshoheit über diese Wörter.
31 Stattdessen muss eine Auseinandersetzung mit Ursprung, Hintergrund und Verwendung dieser Wörter
32 stattfinden. Dazu gehört ggf. auch diese Wörter nicht mehr zu verwenden. Dies hat nichts damit zu tun,
33 dass die Geschichte unsichtbar gemacht werden soll. Im Gegenteil: die Geschichte soll durch die Anerken-
34 nung der Betroffenenperspektiven und der Diskussion um Umbenennungen endlich sichtbar gemacht
35 werden. Dabei müssen Betroffene in der Diskussion besonders gehört und supportet werden. Es gibt
36 zahlreiche Verbände und Organisationen für von Rassismus betroffene Menschen, wie z.B. die Initiati-
37 ve Schwarzer Menschen in Deutschland. Wenn diese sich zur Debatte äußern, dürfen sie nicht ignoriert
38 werden. Einhergehend mit der Umbenennung sollen auch Gedenk- und Informationstafeln aufgestellt
39 werden, welche die Umbenennung erläutern. So wird die Geschichte nicht versteckt, aber auch der Ras-
40 sismus nicht weiter reproduziert. Die Umbenennung soll entweder in neutrale Straßennamen erfolgen

41 oder die Namen von Opfern und Betroffenen von Rassismus tragen oder von bekannten BPoC wie z.B.
42 Anton Wilhelm Amo, der erste deutsche Gelehrte mit afrikanischer Herkunft. In Münster wird deshalb
43 die Umbenennung der "Danziger Freiheit" in "May-Ayim-Platz" gefordert. Dadurch sollen die empowert
44 werden, die jahrhundertlang diskriminiert wurden und leider immer noch werden.

45 Sowohl die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte, als auch die Auseinandersetzung mit Rassismus wird
46 nicht leicht. Dazu gehört unabdinglich auch die Reflexion und Auseinandersetzung von weiß gelesenen
47 Personen mit ihren eigenen Privilegien. Das wird wehtun und ein harter Prozess, dennoch gibt es dazu
48 keine Alternative. Der antirassistische Kampf ist ein Kernanliegen von uns als Jusos, deshalb werden wir
49 immer für eine diskriminierungsfreie Welt und gegen Rassismus kämpfen!

50 Darum fordern wir:

- 51 • eine kritische Auseinandersetzung und Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Deutschlands.
- 52 • die Umbenennung aller Straßen, Plätze, Geschäfte und Orte, welche explizit rassistische Begrif-
53 fe beinhalten oder nach Menschen benannt sind, die an den deutschen Kolonialverbrechen, NS-
54 Verbrechen und anderen Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren.
- 55 • die Benennung dieser Straßen, Plätze, Geschäfte und Orte nach Opfern und Betroffenen von Ras-
56 sismus und rechter Gewalt.
- 57 • die Entfernung von Denkmälern von Menschen, die an den deutschen Kolonialverbrechen, NS- Ver-
58 brechen und anderen Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren, aus dem öffentlichen Raum.
- 59 • Gedenktafeln, welche die Umbenennungen erläutern und das Problem des Rassismus und den
60 historischen Hintergründen aufarbeiten.
- 61 • die Beteiligung anti-rassistischer Akteur*innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft bei der Um-
62 setzung dieser Maßnahmen
- 63 • innerhalb der Umbenennungsdebatte eine klare Positionierung auf Seite der von Rassismus be-
64 troffenen Menschen.
- 65 • unbedingte Solidarität mit allen von Rassismus betroffenen Menschen.

D4

Den 9. Mai zum Europatag erklären

- 1 Europa ist ein großer – aber vor allem außerhalb der Europawahlen – leider zu unbeachteter Teil unseres
- 2 Lebens. Die Privilegien, die wir durch die Europäische Union erhalten haben, aber auch die Probleme, die
- 3 es innerhalb und um die EU gibt, werden viel zu oft entweder einfach so hingenommen oder aufgrund
- 4 zu geringen Wissens nicht beachtet. Deswegen fordern wir, am 9. Mai einen Europatag, im Sinne eines
- 5 dezentral organisierten Aktionstages, in ganz NRW zu veranstalten, um damit der “Schuman-Erklärung”,
- 6 eine Rede des ehemaligen französischen Außenministers Robert Schuman (am 9. Mai 1950 in Paris), aus
- 7 der die sogenannte Montanunion hervorging, zu achten.
- 8 In vielen Städten NRWs werden jetzt schon am 9. Mai Stadtfeste und Aktionstage zum Thema Europa ver-
- 9 anstaltet. Dort soll nicht nur der Europäische Gedanke gelebt werden, sondern auch kritisch auf die aktu-
- 10 elle politische Situation innerhalb einzelner EU-Staaten, aber auch die Situation an den EU-Außengrenzen
- 11 betrachtet werden. Daher sollen auch Menschenrechts-Organisationen sowie Organisationen der See-
- 12 notrettung Raum bekommen.
- 13 Durch die Einführung eines Europatages soll daran erinnert und das Gefühl gestärkt werden, dass wir
- 14 alle auch Europäer*Innen sind, und damit entschieden für eine humanistische Wertvorstellung und den
- 15 europäischen Zusammenhalt eintreten. So können wir auch ein Signal gegen populistische und nationa-
- 16 listische Bewegungen setzen, die zu heutigen Zeiten leider immer häufiger auftreten.

E Europa und Internationales

E Europa und Internationales

E1	UB Münster	China, die Uigur*innen, Hongkong und Taiwan – progressive Außenpolitik gegen Unterdrückung und Zensur!	37
----	------------	--	----

E1

China, die Uigur*innen, Hongkong und Taiwan – progressive Außenpolitik gegen Unterdrückung und Zensur!

1 Die Bedeutung Chinas in der internationalen Politik und im Welthandel nimmt immer weiter zu. Oft ange-
2 kündigt, aber bis heute wohl noch immer nicht Realität geworden, heißt es, dass die Volksrepublik sogar
3 den USA in Zukunft den Rang als dominierende Weltmacht ablaufen könnte. Wo die USA allerdings auch
4 unter einem rechtspopulistischen Präsidenten weiter eine funktionierende Demokratie darstellen, han-
5 delt es sich bei China um ein autoritäres Regime unter der Dominanz der kommunistischen Partei. Seit
6 2019 wird deren autoritärer Charakter gerade am Umgang mit den Uigur*innen in der Provinz Xinjiang
7 und der Politik gegen die Demokratie-Bewegung in Hongkong deutlich. Diese Ereignisse bedürfen einer
8 Einordnung durch uns Jungsozialist*innen, um auf dieser Grundlage auch eine progressive außenpoliti-
9 sche Reaktion gerade von sozialdemokratischen Politiker*innen einzufordern!

10 **Repression und Zensur – eine kurze Einordnung**

11 Die Volksrepublik China entsprach noch nie den marxistischen Idealen, denen sie sich auf dem Papier
12 bis heute verschrieben hat. Beispielhaft hierfür sind die im „Westen“ weithin bekannte jahrzehntelange
13 Unterdrückung der Tibeter*innen und die Niederschlagung der zunächst studentischen Proteste rund
14 um den Tian´anmen-Platz in Peking im Jahr 1989. Gerade jene auf die demokratischen Proteste folgen-
15 den Repressionsmaßnahmen gegen Dissident*innen zeigen dabei die Totalität mit der die chinesische
16 Regierung seit Jahrzehnten versucht die Zivilgesellschaft unter Kontrolle zu halten. So wurde die Revolte
17 auf dem Tian´anmen-Platz erst mit militärischer Gewalt niedergeschlagen, dann mit Gefängnis- und To-
18 desstrafen gegen Beteiligte vorgegangen und auch heute noch wird jede Diskussion über die Ereignisse,
19 gerade auch in den sozialen Netzwerken, aufs Schärfste zensiert.

20 Diese Formen von Zensur und Repression haben unter Staatspräsident Xi Jinping kein Ende gefunden,
21 sondern sich vielmehr den Konflikten und technischen Möglichkeiten der Gegenwart angepasst. Das chi-
22 nesisches Internet gleicht nun mehr und mehr einem Intranet aus dem unliebsame Informationen entfernt
23 oder durch Narrative der chinesischen Regierung ersetzt werden. Der Zugriff auf internationale Plattfor-
24 men wie Google, Twitter oder Wikipedia ist nicht oder nur stark eingeschränkt möglich. Viele Bürger*innen
25 machen einen Screenshot von allem, was auch nur annähernd systemkritisch sein könnte, aus Angst es
26 Minuten später bereits nicht mehr aufrufen zu können. Diese pedantische Informationskontrolle trägt
27 dabei manchmal sogar nahezu komödiantische Blüten, wenn z.B. Winnie Pooh aus dem chinesischen In-
28 ternet verschwinden muss, da die Ähnlichkeit zu Staatspräsident Xi einfach zu groß sei. Allerdings mögen
29 wir zwar über eine solche Reaktion schmunzeln, für Chines*innen ist es leider täglich bittere Realität.

30 **Die Unterdrückung und Internierung der Uigur*innen**

31 Im Gegensatz zum Umgang der chinesischen Regierung mit den Autonomiebestrebungen in Tibet ist die
32 Politik gegen die ethnische Minderheit der Uigur*innen erst 2019 so richtig in den Fokus der Weltöffent-
33 lichkeit gerückt. Dabei hat die Unterdrückung des kulturellen und religiösen Lebens dieses mehrheitlich
34 muslimischen Turk-Volkes nicht erst im Jahre 2019 begonnen. Denn in der Provinz Xinjiang betreibt die
35 kommunistische Partei seit längerem, wie in anderen Landesteilen auch, eine Homogenisierung der Be-
36 völkerung nach Vorbild der Han-Chines*innen, die in der Gänze Chinas die klare Bevölkerungsmehrheit
37 stellen. Diese Politik führte immer wieder zu Unruhen in denen Uigur*innen zum Teil mit Gewalt gegen in
38 die Provinz migrierte Han-Chines*innen vorgingen. Auch eine Radikalisierung und Fundamentalisierung
39 von einigen Uigur*innen hat in der Vergangenheit zu terroristischen Angriffen unter anderem in Peking

40 geführt. Diese Anschläge nutzte die chinesische Regierung daraufhin immer wieder um ihr Vorgehen in
41 der Provinz Xinjiang zu rechtfertigen.

42 Dass die chinesische Regierung allerdings mehr tut, als nur gegen fundamentalistische Terrorist*innen
43 vorzugehen, ist spätestens seit dem Leak der „Xinjiang-Papers“ durch die New York Times offenbar. Diese
44 internen Dokumente des chinesischen Regimes lassen Schlüsse auf die Motivation der Staatsführung und
45 das Ausmaß der Repression in der Provinz zu.

46 Denn das Handeln richtet sich eindeutig gegen weite Teile der Zivilbevölkerung, die freie Ausübung der
47 muslimischen Religion und das Leben nach kulturellen Traditionen der Uigur*innen, aber auch anderer
48 Minderheiten in dieser Region des eurasischen Kontinentes. Dieses Vorgehen kulminiert dabei in der In-
49 ternierung von wohl mindestens 100.000 bis zu höchsten Schätzungen von einer Millionen Zivilist*innen in
50 Lagern. Letztendlich dienen auch die dazu das Han-Chines*innentum und die Herrschaft der kommunistischen
51 Partei in dieser Außenprovinz der Volksrepublik zu stärken. Eine solche autoritäre Umerziehungspolitik
52 müssen wir Jungsozialist*innen aufs Schärfste verurteilen und den Narrativen widersprechen, die
53 die Lager in ein freiwilliges Angebot oder in ein Vorgehen gegen organisierten Terrorismus umdeuten
54 wollen.

55 **Die Belagerung der Demokrat*innen in Hongkong**

56 Die Uigur*innen spielten auch bereits bei den Protesten in der chinesischen Sonderverwaltungszone
57 Hongkong eine Rolle. Dort hatten Aktivist*innen die größeren Freiheiten in der ehemaligen britischen
58 Kolonie genutzt, um sich auf einer Protestveranstaltung mit der unterdrückten Minderheit zu solidarisie-
59 ren.

60 Dass im Gegensatz zum Rest der Volksrepublik überhaupt gewisse demokratische Freiheiten in Hongkong
61 existieren, liegt in der Geschichte der Metropolregion begründet. Diese wurde erst 1997 Teil Chinas und
62 die Übergabevereinbarung mit den Brit*innen garantiert den Bürger*innen Hongkongs die Beibehaltung
63 von demokratischer Selbstverwaltung und freier Marktwirtschaft auf 50 Jahre. Der bestehende Autono-
64 miestatus ist der autoritären chinesischen Staatsregierung dabei zunehmend ein Dorn im Auge, wird aber
65 auch von progressiven Kräften aufgrund eines in Teilen antiquierten Wahlrechtes und fehlenden sozialen
66 Rechten kritisiert.

67 Die Ablehnung durch die kommunistische Partei manifestierte sich in der jüngeren Vergangenheit in im-
68 mer stärkeren Einmischungsversuchen aus Peking. Diese wiederum riefen vermehrt Gegenproteste aus
69 der demokratisch gesinnten Zivilbevölkerung hervor.

70 Im Jahr 2019 bildeten die Proteste gegen die KP-treue Administration von Carrie Lam und ihr Vorhaben
71 eines Auslieferungsabkommens mit der Regierung des chinesischen Festlandes einen ersten Höhepunkt
72 des demokratischen Widerstandes. Für viele Aktivist*innen stellte ein solches Abkommen die juristische
73 Unabhängigkeit Hongkongs in Frage und ein Einfallstor für das illiberale Strafsystem des chinesischen
74 Regimes dar.

75 Auf die zunächst friedlichen Proteste, die weite Teile der Zivilbevölkerung mobilisieren konnten, und ihre
76 Forderung nach freien, allgemeinen und gleichen Wahlen in Hongkong reagierte die china-treue Verwal-
77 tung im vergangenen Jahr mit außerordentlicher Härte und Offizielle aus Peking drohten mehr oder we-
78 niger direkt mit einer militärischen Intervention. Erste weitreichende Interventionsmöglichkeiten hat sich
79 die chinesische Zentralregierung, trotz des haushohen Sieges des pro-demokratischen Lagers bei den
80 Hongkonger Kommunalwahlen Ende vergangenen Jahres, nun selbst durch ein neues Sicherheitsgesetz
81 eingeräumt. Dieses wurde als Zusatz zur Hongkonger Verfassung und ohne Behandlung im Parlament
82 der Sonderverwaltungszone vom ständigen Ausschuss des nationalen Volkskongresses am 30 Juni be-
83 schlossen, nachdem der Kongress dieses Gremium dazu im Mai befähigt hatte.

84 Die Zeit zwischen Ankündigung und Beschluss des Sicherheitsgesetzes war geprägt von neuen Protesten
 85 der Opposition in Hongkong und der Verurteilung der Gesetzesinitiative durch Teile der internationalen
 86 Politik. Es verletze den Grundsatz „ein Land, zwei Systeme“ und beende über die nun mögliche Interven-
 87 tion durch Sicherheitskräfte des chinesischen Regimes de facto die Autonomie Hongkongs. Das Gesetz,
 88 welches sich vorgeblich gegen Terrorist*innen, Separatist*innen und subversive Aktivitäten wenden soll,
 89 ist bewusst wage gehalten und zielt, wie auch die Praxis seit seinem Beschluss zeigt, vor allem auf die
 90 demokratischen Aktivist*innen in Hongkong.

91 Viele Hongkonger*innen reagieren auf das geltende Gesetz mit Selbstzensur, da sie sich nicht sicher sein
 92 können, welche Aussagen und Handlungen schon als Verletzungen des neuen Gesetzes betrachtet wer-
 93 den und demokratische Aktivist*innen erklärten ihren Rücktritt oder verließen die Region, da sie politi-
 94 sche Verfolgung befürchteten. Oppositionellen Politiker*innen und Aktivist*innen wurde mit Verweis auf
 95 die geänderte Verfassung auch die Teilnahme an den eigentlich für September geplanten Parlaments-
 96 wahlen untersagt und erst in der vergangenen Woche, am 24. September, wurde der weltweit bekannte
 97 Aktivist Joshua Wong wegen der Teilnahme an demokratischen Protesten im vergangenen Jahr kurzzeitig
 98 festgenommen.

99 Wir Jungsozialist*innen verurteilen diese autoritäre Repression aufs Schärfste und solidarisieren uns mit
 100 den Forderungen der demokratischen Aktivist*innen. Die Angriffe gegen die Autonomie Hongkongs müs-
 101 sen enden und die vorerst verschobenen Parlamentswahlen zeitnah und als freie, gleiche und allgemeine
 102 Wahlen stattfinden.

103 **Chinas repressive Außenpolitik gegenüber Taiwan**

104 Nach dem Ende des chinesischen Bürgerkrieges 1949 floh die Regierung der Republik China auf die Insel
 105 Taiwan und ließ dort die Republik China weiter bestehen. Seitdem droht die Volksrepublik China regelmä-
 106 ßig mit einer Wiedereingliederung Taiwans – im Zweifel sogar mit militärischen Mitteln, wie das kürzliche
 107 absichtliche Eindringen von 37 Kampfflugzeugen der chinesischen Luftwaffe in den Luftraum der Repu-
 108 blik China verdeutlicht. Internationale Solidarität erfährt Taiwan jedoch nicht. Taiwan wird von keinem
 109 Staat mit außenpolitischem Gewicht anerkannt und wurde zudem 1971 als UNO-Mitglied und Mitglied im
 110 UN-Sicherheitsrat durch die Volksrepublik China ersetzt. Seither haben sich viele Staaten der „Ein-China-
 111 Politik“ verschrieben, also der Anerkennung der Volksrepublik China als alleiniger chinesischer Staat. Dies
 112 hat die Konsequenz, dass Taiwan als eigenständiger Staat nicht anerkannt und damit von der Staatenge-
 113 meinschaft lediglich als „abtrünnige“ Provinz gesehen wird. Die aktuellen Ereignisse in Hongkong rund um
 114 das kürzlich verabschiedete Sicherheitsgesetz, durch das de facto die Autonomie von Hongkong endete
 115 und auch das Rechtssystem von Hongkong massiv untergraben wurde, zeigen, dass die Volksrepublik
 116 China willens ist, ihren Machtbereich mit allen Mitteln zu erweitern. Dies zeigt sehr eindringlich, dass end-
 117 lich mehr politischer Druck auf China ausgeübt werden muss, um Taiwan und seinen Bewohner*Innen
 118 effektiv zur Seite zu stehen!

119 **Wie wir unsere Solidarität leben und was wir von progressiver Außenpolitik erwarten**

120 Auf Grundlage dieser Analyse der autoritären Politik der chinesischen Volksrepublik nach innen sowie
 121 der Machtprojektion gegen die Republik China (Taiwan) nach außen stellen sich gewisse Anforderungen
 122 an uns als Verband, eine progressive deutsche und europäische Außenpolitik sowie sozialdemokratische
 123 Funktionär*innen:

- 124 • Jungsozialist*innen müssen im Verband über die lebensbedrohliche Situation der Uigur*innen, der
 125 Bürger*innen Hongkongs, aber auch der chinesischen Zivilbevölkerung im allgemeinen aufklären
 126 und sich solidarisch an die Seite der Unterdrückten stellen.
- 127 • Dies bedeutet für uns gerade angesichts des bisherigen Desinteresses gegenüber vielen internen
 128 Konflikten der Volksrepublik unsere Solidarität auch nach außen zu kommunizieren und in der öf-
 129 fentlichen Debatte für das Überleben der Uigur*innen und die Sache der Aktivist*innen zu werben.

- 130 • Auch unsere Solidarität mit der Republik China müssen wir nach außen kommunizieren. Es darf
131 nicht länger hingenommen werden, dass die Volksrepublik China autonomen Staaten mit militäri-
132 scher Eingliederung droht und deren Eigenständigkeit leugnet. Eine solidarische Haltung zur Repu-
133 blik China muss fester Bestandteil sozialdemokratischer Außenpolitik werden. Kurzfristig müssen
134 die Tätigkeiten der Taipeh Wirtschafts- und Kulturbüros ausgebaut werden.
 - 135 • Eine deutsche und europäische Außenpolitik nach jungsozialistischen Idealen muss über die ei-
136 genen Handelsinteressen hinwegsehen können, um die Menschenrechtsverletzungen durch die
137 chinesische Regierung klar zu verurteilen.
 - 138 • Daraus folgt auch, dass es nicht beim Anmahnen der Einhaltung von demokratischen Grundrech-
139 ten bleiben darf, sondern auch gegenüber China härtere diplomatische Maßnahmen wie die Ein-
140 richtung von Sanktionen nicht von vorneherein ausgeschlossen sein dürfen.
 - 141 • Schlussendlich ist es gerade an sozialdemokratischen (Außen-) Politiker*innen für ihre Grundwerte
142 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität weltweit laut einzustehen. Dies muss uneingeschränkt auch
143 für Ereignisse in der chinesischen Volksrepublik gelten.
- 144 Lasst uns Jungsozialist*innen mit diesem Antrag ein Zeichen der Solidarität mit den Unterdrückten des
145 Regimes der kommunistischen Partei in China setzen und uns an die Seite der Demokratisierungs- und
146 Pluralisierungsbewegungen in der chinesischen Gesellschaft stellen. Denn unser marxistisches Ideal einer
147 Gesellschaft der Freien und Gleichen lebt von Pluralität und Mitbestimmung!
- 148 Ein Hoch auf die internationale Solidarität!

F Feminismus, Gleichstellung und Diversität

F Feminismus, Gleichstellung und Diversität

F1	UB Bochum, UB Essen, UB Hamm	Sexismus von Links - Schlussfolgerungen aus den Übergriffen auf dem Monis Rache und Fusion Festival	42
F5	UB Bielefeld	Anlaufstellen für Frauen* und Mädchen* mit Gewalterfahrungen barrierefrei gestalten!	45
F6	UB Leverkusen	Kostenlose Periodenprodukte	47

F1

Sexismus von Links - Schlussfolgerungen aus den Übergriffen auf dem Monis Rache und Fusion Festival

1 *Triggerwarnung: Der folgende Text beinhaltet Beschreibungen von sexualisierter Gewalt.*

2 **Spannervideos auf linken Festivals**

3 Im Januar 2020 wurde durch die Doku des Funk Formates STRG_F (NDR) „Spannervideos: Wer filmt Frauen auf Toiletten?“ eine Art Netzwerk aufgedeckt, innerhalb dessen Männer meist weiblich-gelesene Menschen [1] auf Toiletten filmen und diese Videos auf Pornowebseiten hochladen, damit Handeln und Geld verdienen.

7 Durch die Recherche der Journalistin Patrizia Schlosser, welche, um tiefer in das Netzwerk des Handels und Tausches von Voyeur-Toiletten-Videos einzusteigen, sich selbst ein Fake Profil angelegt und mit Videos gehandelt hat, wurde aufgedeckt, dass in den Jahren 2016 und 2018 auf dem sich als links und feministisch begreifenden Festivals „Monis Rache“ weiblich-gelesene Personen auf DixiToiletten gefilmt und die Videos anschließend auf der Pornowebseite „xHamster“ hochgeladen wurden. Patrizia Schlosser hat sich an die Festivalorganisator*innen gewendet und gemeinsam konnte der Täter identifiziert werden. Die Menschen des Monis Rache Festivals, die zu dem Zeitpunkt (Oktober 2019) davon wussten, werden im Folgenden EKG (Erstkontaktgruppe) genannt. Der Täter wurde von der EKG konfrontiert und es wurde versucht mit dem Täter zu arbeiten um Selbstreflexion anzuregen. Der Rest der Festivalorganisator*innen sowie alle potentiell Betroffenen erfuhren erst im Januar 2020, knapp 4 Monate später, durch die Veröffentlichung der Doku von den Vorfällen. Darauf folgte eine Welle der Empörung, des Schocks und der Wut. Vor allem nachdem bekannt wurde, dass ebenfalls das Fusion Festival im Jahr 2019 davon betroffen ist. Es wurden vereinzelt in Leipzig und Berlin mit mehreren tausend Menschen unter dem Slogan „My Body is not your Porn“ auf die Straße gegangen und überall in Deutschland haben sich Betroffene organisiert, um sich nicht in eine Opferrolle drängen zu lassen und dem Gefühl der Machtlosigkeit etwas entgegenzusetzen. Betroffenenperspektive, statt Täterfokus muss Bestandteil jeder Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt sein. Genau dieser Grundpfeiler wurde im Umgang der EKG mit dem Täter missachtet und so eine weitere Schädigung hervorgerufen.

25 Zu dem Umgang mit dem Täter und der Anwendung des Konzeptes „transformative justice“ als Alternative zum klassischen „Strafrechtsfeminismus“ lässt sich einiges diskutieren. Die Vorfälle haben einen deutschlandweiten Diskurs innerhalb linker Kontexte um Prävention und Umgang mit sexualisierter Gewalt ausgelöst, welcher unter anderem in einer wertvollen Artikelreihe der Jungle World angestoßen wurde. Vor allem im Zuge der Black Lives Matter-Bewegung und der Auseinandersetzung mit institutionalisiertem Rassismus steht uns Jusos diese Debatte noch bevor. Der Antrag soll aber vielmehr den Blick darauf schärfen, wieso es keine Überraschung ist, dass auch innerhalb von Räumen, die sich als „Safe Spaces“/„Schutzräume“ begreifen, sexistische und gewaltvolle Übergriffe keine Ausnahme darstellen. Diskriminierungsfreie Räume sind ein Mythos und „Safe Spaces“ ein irreführender Begriff, welcher verschweigt dass alle Räume, egal ob physisch oder konzeptionell, von struktureller Gewalt und Diskriminierung geprägt sind. Der Begriff „Safer Spaces“ erkennt hingegen dies an.

36 **Neues Phänomen mit alten Ursachen?!**

37 Die Spannervideos haben zuletzt eine große Unsicherheit im Umgang damit für weiblich-gelesene Personen ausgelöst. Nicht nur auf den Festivals wurden Fälle bekannt, auch auf öffentlichen Toiletten und

39 bei Leuten zu Hause, wie beispielsweise bei einem Täter in Bielefeld, wurden die voyeuristischen Videos
40 gedreht. Bei dem Täter aus Bielefeld läuft ein Verfahren, die Videos befinden sich trotzdem weiterhin im
41 Netz. Weder Polizei noch Staatsanwaltschaft fühlen sich für die Löschung verantwortlich. Wie bei diesem
42 Fall ist es auch mit Videos vom Deichbrand- oder Hurricane-Festival. Ein zweiter Teil der STRG_F Doku
43 lässt immer mehr Festivals bekannt werden und es wird sehr deutlich: das ist kein Einzelfall.

44 Frauen werden schonungslos in vermeintlich geschützten Räumen wie der Toilette oder Duschkabine
45 ausgenutzt und als Sexobjekt missbraucht, es geht hierbei um das Demonstrieren von Macht, um Hand-
46 lungen gegen den Willen von Betroffenen.

47 Vorschläge, wie das Abkleben von potentiell versteckten Kameras können für uns keine Lösung sein. Um
48 konsequent gegen diese versteckte Form der Übergriffe vorgehen zu können, bieten sich neue Sicher-
49 heitskonzepte für DixiToiletten und öffentliche Toiletten an, sowie Maßnahmen im Kontext von sexua-
50 lisierter Gewalt im Netz. Die Rechtslage reicht nicht annähernd aus, um Spanner rechtlich zu belangen
51 (siehe Antrag „My Body is not your Porn“). Doch auch die Änderung der Rechtslage stellt keine Lösung dar
52 und packt das Problem nicht bei der Wurzel.

53 Die Wurzel ist eine Gesamtgesellschaft, in der (sexualisierte) Gewalt gegen weiblich-gelesene Menschen
54 hingenommen und legitimiert wird. Sexualisierte Gewalt nimmt dabei viele Formen an und ist für Betrof-
55 fene Alltag. Sie ist eng geknüpft an Rollenbilder von dominant-männlichem Verhalten und einer Kultur, die
56 übergriffiges Verhalten legitimiert. Zuletzt durch Debatten um #MeToo und #Männerwelten thematisiert,
57 stellt sich weiterhin die Frage: Wie können wir übergriffiges Verhalten verhindern und wie gehen wir mit
58 Tätern und Betroffenen um, nachdem es zu Vorfällen gekommen ist? Denn wir können nicht garantieren,
59 dass es zu keinen Übergriffen kommen wird. Weder in der Gesamtgesellschaft, noch in linken Kontexten
60 oder unserem Verband.

61 **Umgang in linken Kontexten - #Me-Too-Moment der deutschen Linken?**

62 Wieso ist es so wichtig „linke Kontexte“ von einer Perspektive auf die Gesamtgesellschaft abzugrenzen?
63 In linken Kontexten wird davon ausgegangen, dass die Menschen für ein emanzipiertes Zusammenle-
64 ben ohne Diskriminierung jeglicher Art eintreten. Sexismus und sexualisierte Gewalt werden (von linken
65 Männern) als Problem anerkannt und sich davon abgegrenzt. Doch genau dieser Abgrenzungsversuch,
66 eine Art „Moralhygienekultur“ welche „die Guten“ von „den Bösen“ abzugrenzen versucht, ist das erste
67 Problem auf dem Weg zur Prävention.

68 Sexismus als Problem der Anderen zu verstehen und von sich zu weisen, steht einer Selbstreflexion und
69 einem proaktiven Umgang im Hinblick auf Sexismus (von linken Männern) im Weg.

70 Auch andere Gruppenmitglieder tun sich schwer damit, sich einzugestehen, dass sexuelle Gewalt in ihrer
71 Gruppe passiert und reagieren oft defensiv.

72 Gleichzeitig lässt sich beobachten, dass der Diskurs oder das Wissen über die Vorfälle nicht weit über
73 einen kleinen Kreis in Deutschland hinausgeht und zu einem Großteil von Frauen getrieben wurde, nicht
74 zuletzt auch durch die eigene Betroffenheit. Die Verantwortung Sexismus und Übergriffe im eigenen po-
75 litischen Umfeld zu thematisieren liegt aktuell weiterhin bei Frauen*, die sich um die Aufarbeitung und
76 um den Aufbau von den wesentlichen Betroffenenstrukturen gekümmert haben. Dass der Grundpfeiler
77 „Betroffenenperspektive statt Täterfokus“ vom Monis-Rache-Team und der EKG missachtet wurde, ver-
78 deutlicht die große Unsicherheit und Ignoranz beim Umgang mit Übergriffen in den eigenen Reihen.

79 Ein proaktiver Umgang geht nicht davon aus, dass alle selbstreflektiert genug sind und Aufklärungs- und
80 Bildungsarbeit reicht, um Übergriffe zu verhindern.

81 Es lässt sich selbst bei „Feministen“ beobachten, dass ein Bewusstsein über Sexismus, ein Bewusst-
82 sein über das strukturelle Problem sexualisierter Gewalt und die Verbindung zu eigenem dominant-
83 männlichen Verhalten, noch lange nicht als Prävention ausreichen, um Übergriffe zu verhindern und ei-
84 genes Verhalten zu ändern. Es existiert eine Diskrepanz zwischen dem Selbstverständnis und gelebter
85 Praxis profeministischer Männer.

86 Auch in unserem Verband und in unserer Partei haben die bisherigen Strategien zu wenig gebracht. Im-
87 mer wieder werden Vorfälle von sexualisierter Gewalt und übergriffigem Verhalten bekannt (siehe Antrag
88 LaKo 2019 „Solidarität mit allen Opfern sexualisierter Gewalt und sexistischem Verhalten“, Antrag UBK Es-
89 sen 2020 „Sexualisierte Gewalt“). Dieses ist auf den ersten Blick nicht immer für alle als solches erkennbar
90 und leistet seinen Beitrag zu den genderspezifischen Lücken in unserem Verband, welche von Beteiligun-
91 gen an Diskussionen, vom Wohlfühlen auf Verbandspartys bis zur langfristigen Teilhabe und Mitwirkung
92 in Machtpositionen reichen.

93 Ein Awarenesskonzept, welches im LAP zur Bearbeitung aussteht, trägt zur Sensibilisierung bei. Es
94 darf aber nicht sein, dass Verantwortung auf einzelne Menschen abgeschoben wird, in dem Fall dem
95 „Awareness-Team“.

96 Die Verantwortung für sexistisches Verhalten wird nicht nur gerne an der Tür zur Verbandsparty, sondern
97 meist im vermeintlich privaten Raum abgegeben. In vertrauten zwischenmenschlichen Beziehungen, in
98 denen Übergriffe und Grenzüberschreitungen am Häufigsten stattfinden, ist es umso schwieriger diese
99 zu registrieren und zu kommunizieren. Insbesondere wenn das Machtverhältnis durch die Etabliertheit
100 einer Person unausgeglichen ist und ein großes Risiko für Betroffene besteht, nicht ernst genommen zu
101 werden.

102 **Wirksame Prävention**

103 Zu einer wirksamen Prävention schreibt die Gruppe e*space aus Dresden folgendes:

104 *„Deshalb braucht es eine dauerhafte Beschäftigung mit diesen Phänomenen. Diese sollte auf vier Ebenen statt-
105 finden: eine generelle Sensibilisierung für verinnerlichte Ideologien der Ungleichheit und Förderung von Selbstre-
106 flexion; Aufbau von Strukturen zur Unterstützung von Betroffenen; Weiterentwicklung von Konzepten zur trans-
107 formativen Arbeit mit Ausübenden von Gewalt und Diskriminierung; und nicht zuletzt Kämpfe um gesamtge-
108 sellschaftliche Veränderungen, damit Menschen in Zukunft hoffentlich weniger zu gewalttätigen »misogynen
109 Archslöchern« (Jungle World 24/2020) werden.“ [2]*

110 Wir Jusos brauchen ein Handlungskonzept, wie wir in Zukunft mit sexualisierter Gewalt umgehen. Darin
111 enthalten sein müssen langfristige, institutionalisierte „Werkzeuge“, wie die bereits angedachten Maßnah-
112 men eines Awarenesskonzepts und Genderplena. Statt vereinzelt auf Partys und Veranstaltungen muss
113 eine langfristige Awarenessstruktur gegeben sein, an die sich Betroffene wenden können und die Wieder-
114 erlangung der Selbstbestimmung im Fokus steht. Wir brauchen Raum zum Austausch, zum Diskurs inner-
115 halb des Verbandes. Was den Umgang mit gewaltausübenden Personen betrifft, ist es wichtig, dass Kon-
116 sequenzen nachhaltig und umfassend sind. Personen lediglich aus dem Verband auszuschließen, birgt
117 die Gefahr, dass Probleme nur verschoben werden. Stattdessen muss das gesamte Entstehungsumfeld
118 in den Blick genommen werden. Wir müssen einen Umgang finden, der das Ganze in den großen Kontext
119 bringt, in welchem Gewalt entsteht.

120 [1] Statt „Frauen“ wird von „weiblich-gelesenen Menschen“ gesprochen, da sich nicht alle Menschen die
121 als weiblich gelesen werden, sich auch als „weiblich“ oder „Frau“ identifizieren, trotzdem aber sexistischer
122 Diskriminierung ausgesetzt sind.

123 [2] <https://jungle.world/artikel/2020/26/unterschiedliche-beduerfnisse-anerkennen>

F5

Anlaufstellen für Frauen* und Mädchen* mit Gewalterfahrungen barrierefrei gestalten!

1 **Triggerwarnung:** Im Folgenden geht es um Gewalterfahrungen und sexuelle Übergriffe an Frauen* und
2 Mädchen* mit Behinderungen.

3 In Nordrhein-Westfalen leben über eine Million Frauen* mit einer Behinderung oder chronischen Erkrank-
4 ung.

5 Die repräsentative Studie „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Be-
6 hinderungen in Deutschland“ hat erstmals belegt, dass Frauen und Mädchen mit Behinderungen in be-
7 sonderem Maße gefährdet sind, Opfer von Gewalt im Geschlechterverhältnis zu werden, unter anderem
8 weil ihr Leben in hohem Maße fremdbestimmt ist.

9 In der Studie berichten zwischen 58 und 75 Prozent der befragten Frauen* mit Beeinträchtigungen davon,
10 dass sie als Erwachsene mindestens eine Situation körperlicher Gewalt durchlebt haben. Dies sind fast
11 doppelt so hohe Anteile wie bei Frauen* in der Mehrheitsgesellschaft. Zugleich erleben Frauen* mit Be-
12 einträchtigungen auch häufiger und schwerer körperliche Angriffe. Wie bei der Gesamtheit der Frauen*
13 gehen die Übergriffe vorrangig vom nahen sozialen Umfeld, also vom Partner oder von Familienmitglie-
14 dern aus. Frauen*, die in Einrichtungen leben, berichten zudem von körperlicher Gewalt durch andere
15 Bewohner*innen sowie – seltener – durch das dort arbeitende Personal.

16 Frauen* mit Behinderungen erfahren zudem zwei- bis dreimal häufiger als Frauen* in der deutschen
17 Mehrheitsgesellschaft sexuelle Übergriffe in Kindheit und/oder Erwachsenenalter. Bis zu 43 Prozent der
18 Befragten berichten zudem von erzwungenen sexuellen Handlungen.

19 Leider gibt es für Mädchen* und Frauen* mit Behinderungen besondere Hürden beim Schutz vor aku-
20 ter Gewalt und beim Verarbeiten von Gewalterfahrungen. Dies wird auch im „Bericht der Bundesregie-
21 rung zur Situation der Frauenhäuser, der Fachberatungsstellen und anderer Unterstützungsangebote für
22 gewaltbetroffene Frauen und deren Kindern“ (2013) festgestellt. Neben einem erhöhten Betreuungsbe-
23 darf besteht die Schwierigkeit schon darin, dass sich die Behinderungen in viele unterschiedliche Formen
24 ausdifferenziert. Zum Beispiel stoßen Frauen*/ Mädchen* mit körperlichen Behinderungen auf andere
25 Barrieren, um Angebote in Anspruch zu nehmen (z.B. Treppenstufen oder enge Gänge/Räume) als Frau-
26 en*/Mädchen* mit Lernschwierigkeiten (z.B. Informationsmaterial).

27 Das Problem ist also bekannt und findet in einigen Landes- und Bundesplänen und geförderten Projekten,
28 wie zum Beispiel im „Nationalen Aktionsplan (NAP) zur Umsetzung von Wirtschaft und Menschenrechten“
29 oder dem „Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, Beachtung. Den-
30 noch gibt es in ganz Deutschland nur eine komplett barrierefreie Anlaufstelle für Frauen* und Mädchen*
31 mit Behinderungen. Die barrierefreie Fachstelle „Mädchen siCHer inklusiv“ befindet sich in Bielefeld und
32 kann als Vorbild für einen weiteren Ausbau des Hilfsangebots dienen. Vielerorts ist die Inanspruchnahme
33 von Hilfsangeboten für Frauen*/ Mädchen* mit Beeinträchtigung, die Gewalt erfahren haben, voller Bar-
34 rieren. Sei es der bauliche Zugang, das Vorhandensein von Dolmetscher*innen z.B. für Gebärdensprache
35 oder die Transparenz über Angebote.

36 Netzwerkstellen, die politische Interessen von Frauen* mit Behinderung vertreten wie, z.B. „Weibernetz
37 e.V.“ sind durch Projekte vom Bund zeitlich begrenzt finanziert und können nur durch zusätzliche Spenden
38 angemessene Angebote schaffen.

39 Das Frauen*/ Mädchen*, die einem besonderem Risiko für Gewalterfahrungen ausgesetzt sind, weil sie
40 zusätzlich zu ihrem weiblichen Geschlecht auch eine Behinderung haben, weniger Möglichkeiten der In-
41 anspruchnahme von Hilfsangeboten vor Ort haben, ist nicht gerecht. Intersektionale Diskriminierung ist
42 hier strukturell vorhanden.

43 Es sollen alle Frauen* und Mädchen* Hilfe und Unterstützung bekommen, die diese benötigen.

44 Deshalb fordern wir:

- 45 • Mehr barrierefreie Anlaufstellen (Mädchen*/- Frauen*häuser und unabhängige Beratungsstellen)
46 für Frauen* und Mädchen* mit Behinderungen
- 47 • Ausbau von Peer-to-Peer- Beratungsstellen von und für Frauen*/Mädchen* mit Behinderungen
- 48 • Dauerhafte staatliche Finanzierung von Netzwerkstellen wie „Weibernetz e.V. politische Interes-
49 sensvertretung behinderter Frauen“
- 50 • Kostenfreie Bildungsangebote für Menschen, die mit Mädchen*/ Frauen* mit Behinderungen zu-
51 sammenarbeiten, um die besonderen Bedarfe und Bedürfnisse zu erkennen und an professionelle
52 Hilfsangebote vermitteln zu können
- 53 • Erhebung und Veröffentlichung von systematischen Daten über die Situation von Frauen* und
54 Mädchen* mit Behinderungen (mit Indikatoren zur Bemessung intersektionaler Diskriminierung)
- 55 • wir fordern eine verpflichtende Fortbildung zur sexuellen Gewalt und Trauma, für alle, die mit
56 Menschen mit Behinderung arbeiten.

F6

Kostenlose Periodenprodukte

1 Periodenprodukte sind Teil der alltäglichen Ausgaben für Frauen* und menstruierende Personen. Dass
2 sie hohe finanzielle Lasten tragen müssen, nur um sich Binden, Tampons oder Menstruationstassen leis-
3 ten zu können, kann nicht unserem feministischen Anspruch genügen. Besonders für finanziell Benachtei-
4 ligte ergibt sich ein Problem: Auf Periodenprodukte zu verzichten ist keine Option und so stehen Frauen*
5 und Menstruierende vor der Aufgabe das Geld, das ihnen durch den Kauf dieser notwendigen Produkte
6 fehlt, anderswo einzusparen. Besonders obdachlose Frauen* haben immer wieder Schwierigkeiten an
7 Periodenprodukte zu gelangen. Hier ist der Sozialstaat, in der Pflicht zu handeln. Wir verstehen kosten-
8 lose Binden, Tampons und Menstruationstassen nicht als Dankeschön für im Patriarchat unterdrückte
9 Frauen*, sondern als unverhandelbarer Bestandteil der medizinischen Grundversorgung.

10 Deshalb fordern wir:

- 11 • Die kostenlose Bereitstellung von Tampons, Binden und Menstruationstassen durch die öffent-
12 liche Hand an Orten wie gynäkologischen Praxen, Beratungsstellen, Schulen, Hochschulen und
13 Apotheken.
- 14 • Die Kostenübernahme durch die öffentliche Hand. Das bedeutet, dass Frauen* und menstruieren-
15 den Personen ohne Antrag oder Ausweispflicht Periodenprodukte in den Geschäften und Praxen
16 abholen können.
- 17 • Dabei soll keine Angabe über eine haushaltsübliche Menge als Limit für die kostenlosen Produkte
18 festgelegt werden: Jede Menstruation ist anders.

I Innenpolitik und Justiz

I Innenpolitik und Justiz

13	UB Düsseldorf	Radikalisierung durch Dark Social ernstnehmen und angehen	49
14	UB Bochum, UB Essen, UB Hamm, UB Märkischer Kreis, UB Münster	Polizei besser machen: Beschwerdestelle und Antidiskriminierungsge- setz	51
17	UB Köln	Eine menschliche und rationale Drogenpolitik!	55

I3

Radikalisierung durch Dark Social ernstnehmen und angehen

1 Corona hat auf viele Probleme, die wir in der Gesellschaft und Deutschland haben, das Brennglas gewor-
2 fen. Mittlerweile sind die Namen von besonders lauten Verschwörungserzählern (nein, hier muss nicht
3 gegendert werden) deutschlandweit bekannt und sie scheinen gerade im Netz immer mehr Menschen
4 von ihren kruden Ideen und ihrer rechten sowie menschenverachtenden Ideologie zu begeistern. Doch
5 dies ist natürlich kein neues Problem, so war das Internet sehr schnell ein Ort, der rechte Menschen aus
6 ganz Deutschland mühelos zusammenbringt – und vor allem eben radikalisiert. Unsere Aufgabe als anti-
7 faschistischer Verband ist es, diese Entwicklungen im Blick zu haben und politisch darauf zu reagieren.

8 *Was ist Dark Social?*

9 Eine besondere Rolle bekommt immer mehr das „Dark Social“. Dabei handelt es sich um den Teil vom
10 Internet, den wir alle täglich nutzen – Messengerdienste, Mails, bspw. geschlossene Facebook-Gruppen.
11 Jene Teile, die nicht öffentlich oder nur teilöffentlich sind. Gerade Telegram hat in den letzten beiden
12 Jahren eine enorme Bedeutung für die rechte Szene bekommen. Hier können ungefiltert und unmoder-
13 iert rechte Gedanken ausgetauscht werden. Durch die fehlende Einordnung, wie es etwa bei Facebook,
14 Instagram oder YouTube allein durch die Anwesenheit von anderen Nutzer*innen teilweise geschieht,
15 befeuern Telegram-Gruppe eine schnelle Radikalisierung. Ein hohes Identitätsgefühl durch die Gruppe,
16 eine schnelle gefühlte persönliche Bindung zu den Hauptakteur*innen sowie den Anschein von Privat-
17 heit, stoßen Menschen immer mehr in ein rechtes Denken, wo rechte Behauptungen, Erzählungen etc.
18 nicht mehr hinterfragt werden. Zudem kommt es zu Aufrufen, die verbale Gewalt im digitalen Bereich
19 auch zu realer Gewalt auf der Straße umschlagen lassen. Dies alles gilt es dringend zu verhindern und zu
20 bekämpfen.

21 *Verantwortung von Sicherheitsbehörden*

22 Um diese Entwicklungen im Blick zu haben, müssen die Sicherheitsbehörden diese auch endlich ernst-
23 nehmen. Rechte Strukturen ändern sich permanent und diese Veränderungen müssen auch von Sicher-
24 heitsbehörden begleitet werden, wenn Deutschland es ernstmeint mit dem Kampf gegen Rassismus und
25 rechtes Gedankengut. Unser Bekenntnis als Jusos ist dabei ganz klar, dass dies aber niemals mit einer Ein-
26 schränkung der allgemeinen Freiheitsrechte einhergehen darf. Sicherheitsbehörden dürfen nicht noch
27 mehr und eigentlich keine Befugnisse auf Privatnachrichten erhalten, indem sie zum Beispiele Ende-zu-
28 Ende-Verschlüsselungen problemlos übergehen und knacken dürfen. Dies ist unter anderem auch gerade
29 bei Telegram nicht notwendig, da die meisten Kanäle öffentlich zugänglich sind. Allerdings sind trotzdem
30 Schritte von Seiten der Sicherheitsbehörden dringend notwendig. Zuerst muss das Problem erkannt und
31 ernstgenommen werden. Es braucht mehr Investitionen in Ausbildung und Personal, um solche Entwick-
32 lungen im Blick zu haben und um eine Überwachung dieser Gruppen personell stemmen zu können. Zu-
33 sätzlich braucht es auch mehr finanzielle Mittel für Forschung, um eine wissenschaftlich fundierte Arbeit
34 zu ermöglichen. Und nicht zuletzt müssen Bedrohungen, die von Rechten aus dem Netz an Privatpersonen
35 und für die Allgemeinheit ausgehen, von der Polizei konsequent verfolgt und nicht von jenen bagatelli-
36 siert werden. Nur wenn die Polizei ihre Verantwortung wahrnimmt, können die Täter*innen endlich auch
37 Konsequenzen spüren für ihr menschenverachtendes und bedrohendes Verhalten online.

38 *Verantwortung von Social-Media-Konzernen und Messengerdiensten*

39 Doch die Verantwortung geht nicht allein von Sicherheitsbehörden aus. Auch die Social-Media-Konzerne
40 und Messengerdienste müssen sich ihrem Beitrag bewusstwerden und sich zuallererst vor allem an gel-
41 tende Gesetze halten. Dafür ist es von wichtiger Bedeutung, dass es auf europäischer Ebene endlich ein-
42 heitliche Regelungen gibt, die Konzerne, vor allem aus Nicht-EU-Ländern, in die Schranken weisen. Vor
43 allem Telegram, ein russischer Anbieter, steht stark in der Kritik, da es hier kaum Schritte zur Bekämpfung
44 von den beschriebenen Problemen gibt. Dass die Anbieter nicht machtlos sind, zeigen die ersten Maßnah-
45 men von beispielsweise WhatsApp, YouTube und Instagram. So beschränkt beispielsweise WhatsApp die
46 Weiterleitungsfunktion und markiert diese Nachrichten auch, um Falschmeldungen zu bändigen, außer-
47 dem wurden Gruppengrößen beschränkt. Für viele Rechte ist Telegram eine Ausweichplattform gewor-
48 den, wenn sie von anderen Kanälen gelöscht wurden, zum Beispiel im Fall der Identitären Bewegung. Es
49 braucht allerdings bei allen Plattformbetreiber*innen mehr Transparenz und Konsequenz, wenn es um
50 die Sperrung von Accounts geht, die gegen die Richtlinien verstoßen, um rechte Accounts auch langfristig
51 zu bekämpfen. Denkbare wäre ebenfalls Falschinformationen zu markieren, z.B. durch eine Einblendung
52 bei YouTube und die Richtlinien zu erweitern, so dass bspw. auch Videos mit antisemitischen Inhalten
53 oder Verschwörungserzählungen gelöscht werden können. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre ebenfalls
54 die Möglichkeit, Ersteller*innen von Videos mit den angesprochenen Inhalten von der Ausschüttung von
55 Werbeeinnahmen auszuschließen, damit solche Inhalte nicht sogar Geld für ihre Falschinformationen be-
56 kommen. Dies ist nur ein Teil von möglichen Maßnahmen. Es bedarf jedoch dringend eines Handelns, vor
57 allem von staatlicher Seite, um die Konzerne zu Maßnahmen zu bewegen.

58 Weitere Informationen und Quellennachweis: [https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/podcast-11dark-](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/podcast-11dark-social-59757/)
59 [social-59757/](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/podcast-11dark-social-59757/)

I4

Polizei besser machen: Beschwerdestelle und Antidiskriminierungsgesetz

1 Immer wieder kommt die Debatte über die Rolle der Polizei in unserer Gesellschaft auf. Der Mord an
2 George Floyd durch Polizisten in Minneapolis, USA hat diese erneut in die breite Öffentlichkeit getragen.
3 Und auch in Deutschland wurden zuletzt zahlreiche rechte Strukturen und Chatgruppen mit rechtsex-
4 tremistischen Inhalten bei deutschen Behörden, wie der Polizei Essen, Mülheim und Berlin sowie beim
5 Verfassungsschutz NRW aufgedeckt. Die Liste der Opfer von rassistisch motivierter Polizeigewalt ist auch
6 in Deutschland zu lang. Wir denken dabei an Christy Schwundek, die 2011 von der Polizei im Jobcenter
7 erschossen wurde. Wir denken an William Tonou-Mbobda, der 2019 den Verletzungen von „Zwangsmaß-
8 nahmen“ der Security der Hamburger Klink erlag. Sein Mord wurde nie polizeilich aufgeklärt. Wir denken
9 an Rooble Warsame, der 2019 zwei Stunden nach seiner Verhaftung tot in seiner Polizeizelle gefunden
10 wurde. Auch sein Mord ist bis heute nicht aufgeklärt. Die Liste könnte lange weitergeführt werden. Es ist
11 daher unumgänglich zu dem Schluss zu kommen, dass wir ein strukturelles Rassismusproblem bei der
12 deutschen Polizei haben. Schon lange fordern wir deshalb eine bessere Kontrolle unserer Polizei und da-
13 mit eine Möglichkeit für Betroffene Gerechtigkeit zu erfahren. Dazu möchten wir den Betroffenen zum
14 einen eine unabhängige Beschwerdestelle und zum anderen ein Landesantidiskriminierungsgesetz an
15 die Hand geben.

16 **Alle Polizist*innen sind beobachtungswert**

17 Die Diskussion über eine externe Kontrolle der Polizei führen wir Jusos schon lange. Migrantisch gelesene
18 Menschen werden besonders oft Opfer von rassistisch motivierter Polizeigewalt. Dies ist längst kein Ge-
19 heimnis mehr: Der strukturelle Rassismus, der unsere Gesellschaft durchdringt, findet sich offensichtlich
20 auch in der Polizei wieder. Der Beruf der*des Polizeibeamt*in wird allgemein mit Autorität und Macht-
21 ausübung verknüpft. Diese Strukturen und das daraus resultierende polizeiliche Umfeld können daher
22 rechtswidrige und rassistische Polizeigewalt in besonderem Maße befördern. Dieses Problem muss end-
23 lich klar angesprochen und darf nicht verleugnet werden! Die Polizei sollte eine staatliche Institution sein,
24 die Menschenrechte bewahrt und schützt. Stattdessen haben wir oftmals eine Institution, die durch ihr
25 diskriminierendes und willkürliches Vorgehen genau das Gegenteil tut. Die Problemfelder sind leicht zu
26 benennen: willkürliche Polizeigewalt, racial profiling und ungehemmte rechte Strukturen innerhalb der
27 Polizei. Dies ist nicht – wie oft behauptet – eine unbegründete Kritik der politischen Linken, sondern
28 ein wissenschaftlich erforschtes reales Problem. Dieses muss endlich gelöst werden. Symbolpolitik und
29 ein unkritischer Schulterschluss mit der Polizei, verstärken dieses Problem noch. Die Polizei als Teil der
30 Exekutive muss stetig kontrolliert und evaluiert werden, um die Rechtsstaatlichkeit zu bewahren und ei-
31 ne solidarische Gesellschaft zu ermöglichen. Nach dem aufgedeckten Netzwerk im Polizeipräsidium in
32 Essen bewegte sich der CDU-Innenminister auch mal dazu, davon zu sprechen, dass es sich nicht um
33 Einzelfälle handle. Für viele Menschen, die sich schon länger dieses Thema verfolgen keine überraschen-
34 de Erkenntnis, dennoch ist ein Sonderbeauftragter für rechtsextremistische Tendenzen ein erster Schritt
35 in die richtige Richtung, wenn auch längst überfällig und lange gefordert. Wir werden diese Arbeit kri-
36 tisch begleiten und erwarten eine umfassende Aufarbeitung der Vorfälle und der rechten Netzwerke. Wir
37 bestärken zudem weiterhin unsere Forderung einer internen Studie zu Rassismus, die durch Seehofer
38 weiterhin blockiert wird.

39 **Who watches the Watchmen?**

40 Aktuell kann in Fällen von rechtswidriger Polizeigewalt lediglich der*die einzelne*r Polizist*in angezeigt
 41 werden. Hinzu kommt: Durch die Abschaffung der Kennzeichnungspflicht wurde dies weiter erschwert.
 42 Faktoren wie zum Beispiel Viktimisierungserfahrungen und Einschüchterungen durch Gegenanzeigen von
 43 Polizist*innen sind weitere Hemmnisse. Wird doch mal eine Anzeige gestellt, wird in den seltensten Fällen
 44 Anklage erhoben. Dies zeigt auch eine Studie der Ruhr-Universität Bochum: In Verfahren wegen körper-
 45 licher Gewaltanwendung durch Polizeibeamt*innen wird lediglich in 6 % aller Fälle eine Anklage erhoben
 46 oder ein Strafbefehl beantragt. Davon werden wiederum 86 % der Fälle eingestellt.

47 Auch der Korpsgeist innerhalb der Polizei sorgt dafür, dass von Anzeigen abgeraten wird, Betroffene ein-
 48 geschüchtert werden und Kolleg*innen nicht gegeneinander aussagen. Der*die Betroffene müssen allei-
 49 ne in die Konfrontation mit dem gesamten Polizeiapparat gehen. Zudem werden die von Polizist*innen
 50 im Amt begangenen Straftaten durch Polizist*innen aufgenommen und aufgeklärt. Dies ist eine paradoxe
 51 Situation und behindert eine neutrale Aufklärung.

52 Wir brauchen eine unabhängige und externe Beschwerdestelle, damit die Rechtsstaatlichkeit bewahrt
 53 werden kann. Eine solche Beschwerdestelle soll als Anlaufstelle für Betroffene von rechtswidriger Polizei-
 54 gewalt und als effektive Kontrollinstanz dienen. Die in der Polizei vorherrschenden Dynamiken können
 55 so aufgebrochen werden. Ein vergleichbares Modell gibt es bereits in Rheinland-Pfalz. Angelehnt daran
 56 fordern wir eine Beschwerdestelle in NRW und in allen weiteren Bundesländern sowie für die Bundes-
 57 polizei. Nur so können wir das Vertrauen der Menschen in die Polizei stärken. Wir stellen die Polizei da-
 58 mit ausdrücklich nicht unter Generalverdacht, sondern wollen sie der nötigen rechtsstaatlichen Kontrolle
 59 unterziehen. So werden auch die Polizist*innen gestärkt, die sich polizeiintern gegen rassistische und
 60 rechtswidrige Strukturen einsetzen.

61 **Umfang der Beschwerdestelle in Rheinland-Pfalz**

62 In Rheinland-Pfalz ist die unabhängige Beschwerdestelle historisch gewachsen und hat ihren Ursprung
 63 in der*des Bürgerbeauftragte*n. Diese*r hat inzwischen erweiterte Kompetenzen: Dazu zählt als Lan-
 64 despolizeibeauftragte*r die Aufklärung rechtswidriger Polizeigewalt. Der*die Beauftragte ist gesetzlich
 65 zur Verschwiegenheit verpflichtet und wird vom Landtag für eine Amtszeit von acht Jahren gewählt. Die
 66 zuständige Person darf nicht der Regierung angehören oder in einer staatlichen Stelle beschäftigt sein.
 67 Auch andere berufliche Tätigkeit oder ein Sitz in einem Aufsichtsrat können während der Amtszeit nicht
 68 ausgeübt werden. Dies soll eine gewisse Unabhängigkeit garantieren. Zudem ist es in Rheinland-Pfalz so
 69 geregelt, dass der*die Beauftragte nicht in andere Verfahren wie z. B. laufende Gerichtsverfahren ein-
 70 greift.

71 Im Falle einer möglichen Rechtsverletzung prüft der*die Beauftragte den Fall und kann zur Aufklärung u.
 72 a. Auskunft von fachlich zuständigen Minister*innen verlangen. Ziel ist grundsätzlich auf eine einvernehm-
 73 liche Lösung hinzuwirken und bei rechtswidrigem polizeilichen Verhalten das Innenministerium zu infor-
 74 mieren. Der*die Beschwerdeführer*in hat nach §23 BürgBG RP zudem die Möglichkeit ein Disziplinar-
 75 /Strafverfahren einzuleiten. Eine weitere Aufgabe der*s Landespolizeibeauftragten ist es dem Landtag
 76 jährlich Bericht zu erstatten und bei besonderen Fällen unverzüglich den Innenausschuss zu informieren,
 77 § 24 BürgBG RP.

78 **Unser Konzept für eine unabhängige Beschwerdestelle**

79 Auch in Nordrhein-Westfalen möchten wir eine unabhängige Beschwerdestelle einrichten. Anders als in
 80 Rheinland-Pfalz fordern wir eine*n Landespolizeibeauftragte*n, die*der abgekoppelt von anderen Tätig-
 81 keiten ausschließlich für die Aufklärung von rechtswidriger Polizeigewalt zuständig ist und als Anlaufstel-
 82 le für Betroffene sowie für Polizist*innen, die bei ihren Kolleg*innen rechtswidriges Handeln bemerken,
 83 dient. Wir unterstützen ausdrücklich, dass der*die Landespolizeibeauftragte gesetzlich zur Verschwiegen-
 84 heit verpflichtet ist und vom Landtag für eine Amtszeit von 8 Jahren gewählt wird. Es ist entscheidend,
 85 dass der*die Landespolizeibeauftragte keiner Regierung, staatlichen Stelle oder dem Aufsichtsrat eines

86 Unternehmens angehört oder einen anderen Beruf ausübt, um Unabhängigkeit zu gewährleisten. Für
 87 die schnelle Aufklärung verlangen wir, dass der*die Landesbeauftragte*r das notwendige Personal be-
 88 kommt, auf dessen Unabhängigkeit auch zu achten ist. Im Gegensatz zur Regelung in Rheinland-Pfalz for-
 89 dern wir eine zwingende Ermittlungspflicht bei abgeschlossenen Verfahren und eine Verlängerung der
 90 Dreimonatsfrist auf eine Jahresfrist. Zudem wollen wir die Befugnisse im Vergleich zu Rheinland-Pfalz
 91 deutlich ausweiten – das umfasst z. B. Akteneinsicht, Zutritt zu öffentlichen Einrichtungen und das Recht
 92 auf mündliche und schriftliche Auskunft von Personen und Institutionen des öffentlichen Rechts. So ge-
 93 ben wir der*dem Landespolizeibeauftragten das notwendige Werkzeug an die Hand. Zusätzlich erachten
 94 wir die Möglichkeit ein Disziplinar-/Strafverfahren einzuleiten, als ein wichtiges Instrument, um Opfer zu
 95 entlasten. Der*die Landespolizeibeauftragte soll auch Vertrauensperson für die vielen Polizist*innen sein,
 96 die sich gegen Korpsgeist und ungerechtfertigte Polizeiaktionen wenden wollen. Ohne Disziplinarverfah-
 97 ren fürchten zu müssen, sollen diese sich an den*die Polizeibeauftragte*n wenden können. Abschließend
 98 fordern wir, dass über die jährlichen Berichterstattungen hinaus eine Anbindung an den Landtag und
 99 dessen Gremien, durch ein Anwesenheits- und Rederecht des*der Landespolizeibeauftragten, sicherge-
 100 stellt wird. Zudem soll der*die Landespolizeibeauftragte ein weitreichendes Rederecht bekommen, um
 101 die Mitwirkung und Rückkopplung zu gewährleisten. All diese Forderungen sehen wir als ersten Aufschlag
 102 für eine effektive unabhängige Beschwerdestelle in Nordrhein-Westfalen.

103 **Zusammenfassend fordern wir:**

- 104 • ein grundsätzliches Eingeständnis, dass es Probleme innerhalb der Polizei gibt und ein kritisch-
 105 solidarisches Verhältnis zur Polizei als staatliche Institution,
- 106 • die Wiedereinführung der Kennzeichnungspflicht,
- 107 • die Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle in Form einer*eines Landespolizeibeauftrag-
 108 ten mit weitreichenden Rechten und Befugnissen.

109 **Wenn der Staat diskriminiert**

110 Ob in Jugendämtern, im Jobcenter oder im Umgang mit der Polizei: Gewalt und Diskriminierung in staat-
 111 lichen Einrichtungen gehören für viele Menschen zum Alltag. Die in diesem Zusammenhang gemach-
 112 ten Diskriminierungserfahrungen reichen von Ungleichbehandlungen bei Behördengängen, der erhöh-
 113 ten Wahrscheinlichkeit von der Polizei unter Generalverdacht gestellt und kontrolliert zu werden oder
 114 gar Gewalterfahrungen auf Demonstrationen.

115 Die Entrüstungen und die Trauer über den Tod von George Floyd im Frühjahr 2020 haben die Menschen
 116 weltweit auf die Straßen gebracht, nun müssen Taten und Veränderungen folgen. Denn es geht bei Poli-
 117 zeigewalt oder Diskriminierung bei Behördengängen nicht um persönliche Meinungen und Ausnahmen,
 118 Rassismus ist ein strukturelles Problem, dies hat nicht zuletzt die Stuttgarter Polizei bewiesen, indem sie
 119 sogenannte Stammbaumforschung betrieben. Der Wunsch von Menschen nach Schutz vor Diskriminie-
 120 rung muss ernst genommen werden.

121 Das Land Berlin hat sich diesem Problem angenommen und im Juni 2020 ein Landesantidiskriminierungs-
 122 gesetz (LADG) erlassen. Es soll vor Willkür schützen und hat vor allem die Änderung der Beweisführung
 123 zugunsten diskriminierter Menschen zum Ziel. Das ist auch bitter nötig, sehen doch zurzeit die Erfolgs-
 124 quoten bei gerichtlichem Vorgehen von Betroffenen sehr gering aus. Wir wollen das NRW dem Berliner
 125 Vorbild folgt und ein Antidiskriminierungsgesetz (ADG) erlässt. Unser Anspruch ist, dass dieses Gesetz
 126 jegliche Form der Diskriminierung abdeckt und dazu beiträgt Fehlverhalten in staatlichen Institutionen
 127 und Behörden konsequent zu ahnden. Wir wollen, dass die Betroffenen Gerechtigkeit bekommen!

128 **Ein Antidiskriminierungsgesetz für NRW!**

129 Diskriminierung bezeichnet die Herabwürdigung, Belästigung oder Benachteiligung einzelner Personen
130 oder Gruppen aufgrund von Zuschreibungen, Wertvorstellungen, Einstellungen, Vorurteilen oder emotio-
131 nalen Assoziationen. Darunter fallen die Merkmale oder Zuschreibungen wie das Geschlecht, die sexuelle
132 Identität, die geschlechtliche Identität, ethnische Herkunft, rassistische Zuschreibungen, antisemitische
133 Zuschreibungen, Sprache, Religion, die Weltanschauung, eine Behinderung, eine chronische Krankheit,
134 das Lebensalter, soziale Herkunft oder auch der ökonomische Status und jede sich daraus ergebende
135 intersektionale Diskriminierung. Als diskriminierende Handlungen können etwa Beleidigungen, Belästi-
136 gungen oder Gewaltausübung gelten.

137 Der Fokus eines Antidiskriminierungsgesetzes nach dem Berliner Vorbild liegt auf diskriminierenden
138 Handlungen und Äußerungen, die von öffentlicher Stelle ausgehen. Mit einem solchen Gesetz werden
139 nicht nur eindeutige Merkmale und Zuschreibungen definiert, auf die eine diskriminierende Handlung
140 abzielen kann. Vielmehr werden den Betroffenen Mittel an die Hand gegeben, um sich nach solchen Er-
141 fahrungen juristisch zur Wehr zu setzen. Ein solches Antidiskriminierungsgesetz zielt explizit auch auf
142 diskriminierende Handlungen durch die Polizei. Dabei kann es etwa um Gewalterfahrungen auf Demons-
143 trationen oder Ungleichbehandlungen in Kontrollsituationen gehen. Denn bisher fehlt ein gesetzlicher
144 Diskriminierungsschutz gegenüber dem öffentlich-rechtlichem Handeln, was vor allem in dem Zusam-
145 menhang problematisch ist, dass eine Anzeige gegen die Polizei in den meisten Fällen zu einer Gegenan-
146 zeige führt, um das widerrechtliche Handeln im Nachhinein rechtfertigen zu wollen.

147 Wir fordern ein Antidiskriminierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen! Wer von staatlichen Insti-
148 tutionen, öffentlichen Stellen oder Behörden des Landes NRW sowie den kommunalen Behörden diskri-
149 miniert wird, soll sich auf das ADG berufen und auf Entschädigung klagen können. Diese Entschädigung
150 soll auf 300 bis 1000 Euro beziffert werden. In besonders schweren Fällen soll auch eine höhere Entschä-
151 digung möglich sein. Bei wiederholten Fällen einer*ines Täter*in muss eine Entfernung aus dem Dienst
152 folgen. Die Entschädigungen werden vom Land NRW bezahlt. Das trifft auch zu, wenn etwa Polizist*innen
153 aus einem anderen Bundesland bei einer Demonstration Amtshilfe leisten und straffällig im Sinne des
154 ADGs werden. Sowohl Einzelpersonen als auch Betroffenenverbände und -organisationen sollen gemäß
155 des ADG klagen können.

156 Als wesentlichen Bestandteil des Antidiskriminierungsgesetzes in NRW begreifen wir das Konzept der Be-
157 weiserleichterung. Die von der Diskriminierung betroffene Person muss im Prozess Tatsachen glaubhaft
158 machen, die einen Verstoß gegen das Antidiskriminierungsgesetz überwiegend wahrscheinlich machen.
159 Nach richterlicher Überzeugung muss das Vorliegen einer Diskriminierung wahrscheinlicher sein als das
160 Nichtvorliegen. Es muss also mehr für die Diskriminierung sprechen als dagegen. Wenn diese Glaubhaft-
161 machung gelingt, folgt eine Umkehrung der Beweislast, sodass die öffentliche Stelle das Nichtvorliegen
162 einer Diskriminierung beweisen muss. Durch eine solche Vermutungsreglung lässt sich das asymmetri-
163 sche Verhältnis zwischen staatlichen Stellen und den Betroffenen von Diskriminierung ansatzweise aus-
164 gleichen.

165 **Zusammenfassend fordern wir:**

- 166 • Ein Antidiskriminierungsgesetz für NRW nach Berliner Vorbild
- 167 • Dieses Gesetz soll eindeutige Merkmale und Zuschreibungen definieren, die einer diskriminieren-
168 den Handlung zu Grunde liegen
- 169 • Das Gesetz muss das Prinzip der Beweiserleichterung beinhalten, um dem asymmetrischen Ver-
170 hältnis zwischen staatlichen Stellen und den Betroffenen von Diskriminierung entgegen zu wirken

Eine menschliche und rationale Drogenpolitik!

1 Eine menschliche und rationale Drogenpolitik!

2 Die Jusos stehen für ein grundsätzliches Umdenken in der Drogenpolitik und Suchtprävention ein – weg
3 von Kriminalisierung und Prohibition, hin zu einer regulierten Abgabe, die mündigen Konsum ermöglicht,
4 die gesellschaftliche Teilhabe konsumierender Menschen sicherstellt und zum Ziel hat gesundheitliche
5 Risiken zu reduzieren. Wir wollen eine Drogenpolitik, die sich wie die portugiesische Drogenpolitik an
6 dem Satz orientiert: Wer Drogen nimmt, ist nicht kriminell! Und wer nicht kriminell ist, sollte auch nicht
7 wie ein*e Kriminelle*r behandelt werden. Dieses Umdenken betrifft verschiedene politische Bereiche und
8 die konkrete Umsetzung besteht aus mehreren Bausteinen:

9 Ausgehend vom portugiesischen Modell: Konsum entkriminalisieren

10 Wir fordern, Drogenbesitz in Eigenbedarfshöhe nicht länger mit Gefängnisstrafen zu belegen. Die Maß-
11 nahmen, die Portugal bei Drogenbesitz oder – konsum durchsetzt, reichen von einer Verwarnung über
12 Sozialstunden bis hin zu Bußgeldern. Sanktionen können ausgesetzt werden, wenn keine Abhängigkeit
13 besteht oder der*die Konsument*in im Falle einer Abhängigkeit in eine Therapie einwilligt. Lediglich der
14 Drogenhandel ist in Portugal weiterhin strafbar. Dies zeigt Wirkung: Das portugiesische Modell zeigt, dass
15 die Zahl der Drogengebraucher*innen – insbesondere der jüngeren – abgenommen hat und es weniger
16 Drogentote gibt. Während in Portugal 2015 drei Drogentote auf eine Million Einwohner*innen kamen,
17 waren es in Deutschland 17.

18 Für Deutschland wünschen wir uns ein rationaleres Modell: Es ergibt für uns keinen Sinn, eine Zwangs-
19 therapie durchzuführen, um einem Gefängnisaufenthalt zu entgehen. Eine Therapie kann nur durch Frei-
20 willigkeit zum Erfolg führen. Auch Geldstrafen sind nicht sinnvoll, da viele Betroffene nicht über die not-
21 wendigen Summen verfügen und so noch stärker in Richtung Kriminalität gedrängt werden. Wir wollen
22 stattdessen ein System, in dem der Besitz geringer Mengen Drogen zum Eigengebrauch nicht nur – wie in
23 Portugal – für Personen mit dem notwendigen Kleingeld straffrei bleibt, sondern ein System, das Drogen-
24 konsument*innen Entzugsmöglichkeiten anbietet, ohne sie unter Zugzwang zu setzen. Als Konsequenz
25 lehnen wir die juristische Verfolgung von Drogenbesitz – nicht von Drogenhandel – ab.

26 Mehr Prävention, Aufklärung und besserer Zugang zu Substitution

27 Flächendeckend muss besser über Suchtgefahren – stoffgebundene wie auch stoffungebundene – aufge-
28 klärt werden. Wir fordern einen Ausbau von und eine Personalaufstockung für Beratungsstellen, die sich
29 an Drogengebraucher*innen bzw. – abhängige und ihre Angehörigen richten. Insbesondere im ländlichen
30 Bereich haben Drogengebraucher*innen und Substituierte keine Anlaufstellen. Dies muss sich ändern.
31 Auch Angebote wie Spritzentausch, Drug Checking und Konsumräume sind grundsätzlich zu verstärken
32 – im ländlichen Raum wie in den Städten! In ihrem Grundsatz müssen die Angebote konsumakzeptieren-
33 den Charakter haben, also keine Abstinenz der Besucher*innen einfordern. Nur unter diesen Umständen
34 haben die Maßnahmen das Potenzial, alle Drogengebrauchenden zu erreichen.

35 Auch über Ausstiegsmöglichkeiten und Substitutionsmöglichkeiten muss allerdings niedrigschwellig in-
36 formiert werden können: Heroin kann beispielsweise mit anderen Opioiden wie Methadon, Diamorphin

37 oder Codein substituiert, also ersetzt, werden und während eines Entzugs die Entzugsserscheinungen min-
38 dern, ohne einen Rausch hervorzurufen. Pharmakonzerne besitzen das Wissen und die Befugnis, für eini-
39 ge Drogen Substitute herzustellen, und nutzen diese bereits zur Produktion – Substitute sind also poten-
40 ziell verfügbar. Über diese und weitere Möglichkeiten gilt es, verstärkt aufzuklären. Die Entscheidung zur
41 Substitution und zur Therapie muss jedoch weiterhin von den Konsument*innen selbst getroffen werden.

42 **Mündigen Konsum ermöglichen, Erwerbsmöglichkeiten regulieren, Beschaffungskriminalität ver-** 43 **hindern**

44 Solange Substanzen nur illegal zu erwerben sind, ergeben sich für Konsument*innen gleich mehrere ne-
45 gative Folgen. Erstens werden sie durch die Kriminalisierung ihrer Sucht stigmatisiert und gesellschaftlich
46 ausgegrenzt, nicht zuletzt durch Inhaftierungen aufgrund des Besitzes. Gefängnisaufenthalte sind oft die
47 Folge: Etwa die Hälfte aller Inhaftierten sitzen im Zusammenhang mit Drogenkriminalität ein. Zweitens
48 führt die Illegalisierung der Stoffe dazu, dass Substanzen nur auf dem Schwarzmarkt erworben werden
49 können. Das geht mit gesundheitlichen Risiken einher, denn durch gestreckte Substanzen und unhygie-
50 nische Konsumbedingungen kommt es leicht zu gesundheitlichen Schädigungen. Diese wären mit einer
51 Wende in der Drogenpolitik absolut vermeidbar.

52 Wir fordern daher einen regulierten Verkauf bisher illegaler Substanzen. Jugend- und Verbraucherschutz
53 sind hierbei selbstverständlich zu beachten, ein Verkauf an Personen unter 21 Jahren darf nicht stattfin-
54 den. Zu diesem Jugend- und Verbraucher*innenschutz gehört für uns auch ein Werbeverbot, um kom-
55 merzielle Erfolge zu erzielen. Dies schließt Aufklärung explizit nicht ein. Der Verkauf von Drogen darf nur
56 in darauf spezialisierten Geschäften (Drug Stores) erfolgen. Diese können bei staatlicher Regulierung und
57 Kontrolle auch privat betrieben werden. Der Verkauf muss mit einer verpflichtenden Beratung einherge-
58 hen, um Konsument*innen über die Wirkung und die Risiken von Substanzen zu informieren und über
59 Ausstiegs- & Substitutionstherapien aufzuklären. Prävention ist insgesamt eine Gemeinschaftsaufgabe al-
60 ler. Dazu gehört auch, dass nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig durch Aufklärungsmaßnahmen
61 - beispielsweise in der Schule - ein Bewusstsein für die Risiken (sog. Risikokompetenz) zu schaffen, die
62 durch den Drogenkonsum entstehen können. Nur so kann Konsum flächendeckend mündig geschehen.
63 Ein staatlich regulierter Verkauf holt Konsument*innen aus der Illegalität und ermöglicht durch die Abga-
64 be kontrollierter Substanzen einen sicheren Konsum. Gleichzeitig wird der organisierten Kriminalität eine
65 wichtige Einnahmequelle entzogen.

66 Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen werden sich im Bereich der juristischen Verfolgung Einsparun-
67 gen ergeben. Gleichzeitig kann der Staat aus der Besteuerung in der regulierten Abgabe Einnahmen er-
68 heben.

69 **Position von Drogengebraucher*innen bei Entscheidungen berücksichtigen**

70 Bei Entscheidungen bezüglich drogenpolitischer Fragestellungen sind neben wissenschaftlichen Positio-
71 nen auch die Erfahrungswerte von Streetworker*innen und konsumierenden Personen einzubeziehen.
72 Insbesondere die Positionen der Selbsthilfeszusammenschlüsse bieten Einblicke in die Lebensrealität Kon-
73 sumierender, die in wissenschaftlichen Erhebungen wie z.B. Befragungen nicht oder nur unzureichend
74 erfasst werden können. Auch hierfür ist die Kriminalisierung des Konsums mitverantwortlich. Organisier-
75 te Selbsthilfegruppen hingegen besitzen durch ihre oft jahrzehntelange Arbeit ein fundiertes Wissen über
76 die Drogenszene(n) vor Ort, aber auch über Substanzen und Konsum im Allgemeinen.

S Sozial- und Gesundheitspolitik

S Sozial- und Gesundheitspolitik

S2	Landesvorstand NRW Jusos	Die professionelle Careseite der Gesellschaft	58
S7	UB Essen	Verhütung ist Frauensache?! - Ein Aufschlag für gerechte Verhütung	65
S9	UB Mönchenglad- bach	Deklarationspflicht der Inhaltsstoffe von Menstruationsartikeln	68

S2

Die professionelle Careseite der Gesellschaft

1 Jede 5. Arbeitnehmer*in in Deutschland arbeitet im Sozial- und Gesundheitswesen. Mindestens 20% der
2 Beschäftigten gehen damit einem seit Beginn der Corona-Pandemie so bezeichnetem „systemrelevanten“
3 Beruf nach. Die Menschen, die in diesem Sektor tätig sind, arbeiten zumeist unter prekären Bedingungen
4 und werden nicht ansatzweise angemessen für ihre Tätigkeit entlohnt. Die überwiegende Mehrheit dieser
5 Arbeitnehmer*innen ist weiblich. Für niemanden ist dieser Zustand eine Überraschung, für alle jedoch ein
6 unbedingter Grund zu handeln.

7 **Kein Zufall**

8 Unter Carearbeit verstehen wir alle Tätigkeiten, die zum Erhalt des Lebens beitragen, also Gebären, Pfl-
9 ge, Betreuung, Erziehung, Reinigung, das umeinander Sorgen und sogar die Arbeit an Beziehungen. Wir
10 unterscheiden zwischen der Carearbeit, die eher im privaten Kontext und unbezahlt passiert und der pro-
11 fessionell bzw. institutionell verrichteten. Dazu gehören für uns nicht nur die häufiger genannten pflege-
12 rischen Berufe in der Kranken- und Altenpflege oder in der Kinderbetreuung, sondern unter anderem
13 auch alle Berufe in der Sozialen Arbeit sowie therapeutische Berufe. Diese finden in der öffentlichen Dis-
14 kussion sogar noch weniger Beachtung. Gemeinsam hat Carearbeit aber immer, dass sie, obwohl wir alle
15 zu 100% und zu jedem Zeitpunkt im Leben auf sie angewiesen sind, wenig Anerkennung bekommt (eben
16 auch aus finanzieller Sicht), wenig sichtbar ist und größtenteils von Frauen ausgeübt wird. Das ist natürlich
17 nicht naturgegeben, sondern kurz gesagt das Ergebnis des Patriarchats. Die Trennung von Öffentlichkeit
18 und Privatheit hatte zur Folge, dass alle öffentliche und rationale Arbeit Männern zugeschrieben wurde
19 und gleichzeitig alle Tätigkeiten, die mit Emotionen und dem Versorgen zu tun haben und eher im Privaten
20 erledigt werden, weiblich konnotiert wurden. Alles was im Privaten passiert, galt dann automatisch
21 als kostenlose Naturressource und Liebesdienst und als Tätigkeit, die Frauen ohne spezifische Qualifi-
22 kation erledigen können. Dass auch heute noch bestimmte Wertigkeiten mit Tätigkeiten einhergehen ist
23 also kein Zufall, sondern das Ergebnis einer symbiotischen Beziehung von Patriarchat und Kapitalismus.
24 Dabei wird dann auch übersehen, dass die Professionalisierung der Care-Berufe eine feministische Pio-
25 niersarbeit ist, wie z.B. der Kampf von Florence Nightingale, die die heutige professionelle Pflege und
26 deren Ausbildung geprägt hat und auch, dass Care-Arbeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen geprägt
27 ist und eine harte Ausbildung erfordert.

28 **Institutionalisierte Carearbeit und die Rolle des Staates**

29 Seit es den Sozialstaat bzw. soziale Sicherungen gibt, gibt es viele Caretätigkeiten auch institutionalisiert:
30 das Pflegen von Älteren und Kranken genauso wie die professionelle Betreuung von Kindern oder Ju-
31 gendlichen – all das sind soziale Dienstleistungen, dessen Infrastruktur der Sozialstaat bereitstellen muss.
32 Denn er hat dafür Sorge zu tragen, dass Menschen vor sogenannten „Lebensrisiken“, also alt oder krank
33 zu werden oder Kinder zu kriegen, abgesichert sind. Während bis in die 70er Jahre hinein ein massiver
34 Ausbau der sozialstaatlichen Absicherungen und auch der sozialen Dienste beobachtet werden konnte,
35 fing man an, Mechanismen der Absicherungen im Zuge der Finanzkrise wieder runter zu fahren und ei-
36 nen Paradigmenwechsel vorzunehmen, der die soziale Absicherung abbaut und soziale Dienste für den
37 freien Markt öffnete, sie somit also einer Privatisierung unterzog.

38 Durch Änderungen in der Sozialgesetzgebung in den 90er Jahren wollte man im Gesundheitssektor durch
39 die Öffnung für private Träger eine Konkurrenzsituation und damit auch einen Wettbewerb erzeugen, der

40 zum Ziel haben sollte, das Angebot durch private Träger zu steigern und Kosten zu senken. Die Träger-
41 vollfinanzierung wurde zu Gunsten eines personenbezogenen Finanzierungsmodells (Pflegesätze) abge-
42 schafft. Zwar wurden auch Grundsätze, Qualitätsstandards und Dokumentationsverfahren eingeführt,
43 die eine Einheitlichkeit garantieren und eine Kapitalisierung des Systems verhindern sollten. In der Praxis
44 gibt es aber trotzdem Wege mit Pflege und der Gesundheit von Menschen Geld zu verdienen, bei der
45 im schlimmsten Fall große Investoren Einrichtungen aufkaufen, sie „ausquetschen“ und gewinnbringend
46 weiterverkaufen. Und das alles auf Kosten der Beschäftigten, die dadurch eher in Teilzeitverhältnissen
47 und ohne Tarifvertrag arbeiten und dabei ihre Arbeitsschritte minutengenau erfüllen müssen („Minuten-
48 pflege“), sowie Klient*innen, die somit keine bedarfsgerechte Pflege erfahren können.

49 **Applaus reicht nicht**

50 Mit diesem Wissen sind wir als NRW Jusos auf Exkursion gegangen und haben uns genau diese institu-
51 tionalisierte Form der Carearbeit genauer angeschaut. Wir sind mit den Beschäftigten und Leitungen ins
52 Gespräch gekommen, konnten erfahren, was diese Arbeit so besonders macht und auch wo Probleme
53 liegen. Wir waren bei der Frauenberatungsstelle, in einem intensivmedizinischen Familienzentrum für
54 psychisch beeinträchtigte Jugendliche, auf einer Intensivpflegestation für Kinder und wir haben mit Al-
55 tenpfleger*innen gesprochen. Die Probleme waren überraschend ähnlich: auf der einen Seite haben wir
56 die Beschäftigten, die sich unter großem Zeitdruck und mit einem unfassbaren persönlichen Engagement
57 vernünftig um Menschen kümmern möchten. Auf der anderen Seite haben wir oft private Einrichtungsbe-
58 treiber*innen, die darauf achten müssen, mit dieser Carearbeit Profit zu machen. Und dann kam Corona
59 und die Probleme des Fachkräftemangels, der Unsichtbarkeit und der schlechten finanziellen Ausstattung
60 und Bezahlung wurden nur noch offensichtlicher. Mittlerweile ist der Applaus auf den Balkonen verebbt
61 und die politischen Sofortmaßnahmen unzureichend. Denn dabei zeigt sich wieder: Beschäftigte und Kli-
62 ent*innen in der Carearbeit haben kaum eine Lobby. Wir wollen deshalb über notwendige strukturelle
63 Veränderungen sprechen, mit denen ihre Situation langfristig und nachhaltig verbessert werden kann.

64 **Öffentliche Trägerschaft als Lösung der Probleme?**

65 Careeinrichtungen gehören in die öffentliche Hand, das steht fest. Die Profitorientierung privater Inves-
66 tor*innen und Einrichtungsbetreiber*innen geht meistens zu Lasten der Beschäftigten und der Klient*in-
67 nen. Das betrifft nicht nur die Careleistenden selbst, sondern auch den Zustand der Einrichtungen und die
68 Bereitstellung von Materialien. Doch wollen wir uns nicht der Illusion hingeben, dass sich die Probleme
69 damit in Luft auflösen. Denn Careleistungen werden insgesamt zu gering vergütet und die vorhandenen
70 Personalbemessungsgrenzen sind realitätsfern und wirken teilweise gar willkürlich festgelegt. Außerhalb
71 des Gesundheits- und Pflegebereichs kämpfen die Einrichtungen zudem mit bundesweit unterschiedli-
72 chen Regelungen zu Leistungen und den entsprechenden Vergütungen.

73 Auch dort, wo es eine Teilfinanzierung aus öffentlichen Geldern gibt, sind die Missstände offensichtlich.
74 Die Situation in Frauenhäusern ist dafür beispielhaft. Im Frauenhaus in Mülheim a.d.R. muss der Tages-
75 satz, der aktuell bei 23,86 Euro liegt, von den Frauen selbst erbracht werden, bei Erwerbslosigkeit vom
76 Jobcenter. Das belastet nicht nur die Klientinnen*, die dort Schutz suchen, zusätzlich. Die Einrichtung kann
77 ihren Klientinnen* nicht den Schutzraum bieten, den ein Frauenhaus eigentlich darstellen sollte. Insbe-
78 sondere, wenn der Aufenthalt als Leistung des Jobcenters finanziert wird, bedeutet das für die Einrichtung
79 bürokratische Mammutaufgaben. Beim Personal muss an allen Ecken gespart werden, weil diese zwar zu
80 75% vom Land bzw. Landschaftsverband gedeckt werden, das Gesamtbudget sich aber trotz gestiegener
81 Personalkosten an früheren Lohnniveaus orientiert.

82 Dieser Zustand ist für solche derart sensiblen Bereiche der Carearbeit unerträglich. Wir fordern deshalb
83 ein Ende der Tagessatzfinanzierung. Die Einrichtungen brauchen eine bundeseinheitliche und haushalts-
84 unabhängig verstetigte Finanzierung. Nur so können die Angebote bei den Menschen ankommen, die sie
85 in akuten Notlagen dringend brauchen. In den Behörden braucht es Fortbildungsprogramme, damit in
86 den Einrichtungen vor Ort mit der notwendigen Sensibilität begegnet wird.

87 **Profitorientierung im Gesundheitsbereich und der Begriff der „Trägervielfalt“**

88 Blicken wir in den Gesundheits- und Pflegebereich, begegnet uns hier oft der Begriff der „Trägervielfalt“. Diese hat das Gesundheitssystem in gewisser Weise geprägt. Manche sprechen davon, dass es vom
89 Dreiklang aus öffentlichen, freigemeinnützigen und privaten Träger*innen besonders profitiert habe und
90 Grundlage einer vermeintlich hohen Versorgungsqualität sei. Doch vor allem sind hier Einrichtungen in
91 öffentlicher Hand im weiteren Rücklauf und das Modell der „Trägervielfalt“ gerät ins Wanken. Die privaten Träger*innen gewinnen derweil die Überhand. In ihren Einrichtungen wird die Ökonomisierung des
92 Gesundheitssystems besonders deutlich. Wollen wir dem etwas entgegensetzen, müssen wir es hier an-
93 gehen.

96 Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht der Rationalisierung durch profitorientierte
97 Träger*innen überlassen werden. Die öffentliche Hand muss an dieser Stelle wieder mehr Zugriff erhalten und eine Rückführung der Versorgungsangebote anstreben. Doch müssen wir auch hinterfragen, wo-
98 her dieser Trend der Ökonomisierung überhaupt kommt. Er kommt aus einem falschen Verständnis von
99 Politik und Gesellschaft von Carearbeit und dem neoliberalen Märchen der Kostenexplosion im Gesundheitssystem, das seit 1999 jede Rationalisierung rechtfertigt. Sie gilt Vielen als eine Dienstleistung wie jede
100 andere und muss somit kapitalistischen marktwirtschaftlichen Standards entsprechen. In der Realität bedeutet das einerseits Einsparungen beim Personal, was umso schwerer wiegt, sind die Einrichtungen aus
101 der Tarifbindung gefallen und die Beschäftigten schlecht gewerkschaftlich organisiert. Andererseits wird
102 auch in den Leistungen für die Klient*innen rationalisiert, was nur geht. Dieser ökonomische Druck geht
103 auf die Arbeiter*innen über. Diese sind gezwungen trotz Personalmangel und einem Mangel an Ressourcen die höchstmögliche wirtschaftliche Leistung zu erbringen. Das führt dazu, dass die Arbeit den eigenen
104 Berufsstandarten nicht gerecht wird. Dies äußert sich dann darin, dass die individuelle Behandlung immer
105 mehr in den Hintergrund rückt. Die Arbeit gleicht immer mehr der Fließbandarbeit.

110 Wie so oft heißt es also, der Fisch stinkt vom Kopf. Das Übergewicht privater Träger*innen ist nur ein Teil
111 des Problems. In Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft ist die Anwendung des kirchlichen Arbeitsrechtes problematisch und die Beschäftigten sind über die Mitarbeiter*innenvertretung nicht gut repräsentiert. Wir wollen deshalb, dass immer mehr Einrichtungen der Daseinsvorsorge wieder in die öffentliche
112 Hand zurückkommen. Daseinsvorsorge ist ein Menschenrecht und ist mit den Mechanismen des freien
113 Marktes nicht in Einklang zu bringen. Für uns ist klar: Daseinsfürsorge muss gewährleisten, dass Menschen in allen Lebenslagen ein sicheres Auffangnetz haben, dass die Lebensqualität des einzelnen Menschen im Fokus hat. Dafür muss sich grundlegend einiges ändern. Wir fordern ein Gesundheitssystem,
114 das den Träger*innen keine Möglichkeit der Profitgewinnung ermöglicht. Jeder Cent, der in die Gesundheitsversorgung gesteckt wird, muss auch für die individuelle Behandlung genutzt werden. Und das gilt
115 für alle Bereiche der Daseinsfürsorge. Dabei muss zu jedem Zeitpunkt ein gesetzlich festgelegter Personalschlüssel gewährleistet werden. Wir brauchen eine Bedarfsplanung, die dem akuten Bedarf in den
116 einzelnen Regionen gerecht wird, gleichzeitig aber auch keine Institution dazu zwingt, dass sie auf Grund
117 von roten Zahlen die Qualität der Versorgung einschränken.

124 **Prekäre Situation von Klient*innen**

125 Die bestehenden Strukturen unserer Daseinsvorsorge bieten zahlreiche, oft existenzielle Dienstleistungen für Menschen in unterschiedlichsten Lebensphasen. Was so einfach klingt, ist mit großen Hürden für
126 viele Menschen verbunden. Stigmatisierung durch die Gesellschaft, Vorurteile im direkten Umfeld, finanzielle Nöte, unklare Zuständigkeiten und die undurchsichtigen Hürden der Bürokratie, erschweren den
127 Zugang zu sozialen Dienstleistungen. Viele Angebote kommen dann zu spät oder werden gar nicht erst
128 genehmigt.

131 Die Zuständigkeiten für die Finanzierung der verschiedenen Einrichtungsarten variiert von den Sozialversicherungen (wie z.B. der Krankenkasse), über Behörden in kommunaler Trägerschaft (z.B. das Jugendamt), das Jobcenter, hin zu den Landesverbänden, wie dem LVR oder dem LWL hier in NRW. Die daraus

134 resultierende Finanzierungslandschaft gleicht einem Flickenteppich. Zu einer finanziellen Notlage kann
135 es immer dann kommen, wenn Klient*innen Eigenanteile oder die gesamten Kosten stemmen müssen.
136 Deshalb fordern wir eine lückenlose und unbürokratische Finanzierung der Daseinsversorgung. Das fängt
137 bei einer Bürger*innenversicherung an, die sich als Vollversicherung aller Sozialversicherungen versteht
138 und geht in der vollständigen Ausfinanzierung durch Bund und Land von Einrichtungen im Carebereich
139 weiter, unabhängig von der finanziellen Situation der Kommunen.

140 Neben finanziellen Sorgen kämpfen Klient*innen oft auch gegen strikte bürokratische Strukturen der Be-
141 höörden, die sich wie Gängelungen anfühlen. Frauenhäuser sind dabei eine Ausnahme, da die Probleme
142 der Klientinnen* akut auftreten und daher Angebote selbstverständlich nicht im Voraus beantragt wer-
143 den können. Gerade nach den Erfahrungen, die Frauen durchstehen müssen, brauchen sie Zeit, um zur
144 Ruhe zu kommen und sollten sich nicht schon mit den nächsten Sorgen rumplagen, wie sich z.B. mit dem
145 Jobcenter auseinandersetzen zu müssen, um Unterlagen einzureichen.

146 Eine absolute Hilflosigkeit erfahren Betroffene immer dann, wenn Anträge abgelehnt werden, weil sich
147 die angefragte Behörde nicht zuständig fühlt und andere Zuständigkeiten verweist; oder Gutachter*innen
148 zu dem Schluss kommen, dass keine Hilfe notwendig ist usw. Menschen, die davon ausgeschlossen sind,
149 erfahren wenig sensible Beratungen in den jeweiligen Behörden.

150 Neben den Institutionellen Hilfsangeboten brauchen viele Klient*innen zusätzliche ambulante Therapie-
151 angebote. Gerade im Bereich der ambulanten Psychotherapie herrscht ein gravierender Mangel. Die psy-
152 chotherapeutische Versorgungssituation ist trotz eines großen Engagements der ärztlichen und psycho-
153 logischen Psychotherapeut*innen sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen weiterhin
154 unzureichend. Gerade in versorgungsschwachen Regionen bzw. für bestimmte Gruppen von Betroffenen
155 ergeben sich noch immer bedeutsame Wartezeiten. Auch wenn die von der großen Koalition angestoße-
156 nen Maßnahmen der psychotherapeutischen Sprechstunde sowie der Terminservicestelle erste Verbes-
157 serung bewirken konnten, besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf. Insbesondere für Menschen
158 auf der Suche nach einem Therapieplatz ist die aktuelle Situation oftmals verwirrend und intransparent.
159 Diese oftmals deutlich negativen Erfahrungen können für Betroffene von psychischen Störungen deutlich
160 belastend und im schlimmsten Fall symptomverstärkend wirken. Aus unserer Sicht muss der Zugang zu
161 psychotherapeutischer Behandlung daher deutlich vereinfacht und durch die Schaffung neuer Kassen-
162 sitze für psychologische Psychotherapeut*innen sowie Kinder und Jugendlichenpsychotherapeut*innen
163 flankiert werden.

164 Weiterhin stehen wir auch für eine institutionalisierte Mitbestimmung von Klient*innen. Es ist klar, dass
165 dies aufgrund von bestimmten Erkrankungen nicht in allen Einrichtungen gewährleistet werden kann,
166 aber dennoch ist es zum Beispiel in Altenheimen, Wohngruppen oder auch bei der Kinderbetreuung un-
167 ser Verständnis von Demokratie und Mitbestimmung, dass ein Recht auf Mitsprache besteht und die
168 Klient*innen nicht übergangen werden. Unser Ziel ist es, dass es überall Normalität ist. Auch eine gute
169 Zusammenarbeit mit den Angehörigen soll gewährleistet sein.

170 **Prekäre Situation von Beschäftigten**

171 Viele Faktoren beeinflussen die prekäre Lage der Careberufe, die es jetzt zu ändern gilt. Ein großer Punkt
172 ist sicherlich der Fachkräftemangel, der einen altbekannten Kreislauf entstehen lässt. Gibt es zu wenig Mit-
173 arbeiter*innen, entstehen Überstunden und Stress, der zu krankheitsbedingten Ausfällen und wiederum
174 zu weiteren Stresssituationen führt. Die Selbstfürsorge der Arbeiter*innen ist gefragt, um ihr Wohlerge-
175 hen zu sichern. Der hohe Wechselanteil von Vollzeit- in Teilzeitarbeit ist laut Aussagen von Verdi häufig
176 nur einer hohen Stressbelastung geschuldet, nicht dem wirklichen Wunsch, in Teilzeit arbeiten zu wollen.
177 So ist auch der Wechsel in andere Berufszweige hoch, da die Fachkräfte "reihenweise verbrannt werden".
178 Lösungsvorschläge, wie Springer*innenpools hingegen lösen auch nicht das Ursprungsproblem: Berufe
179 im Carebereich sind häufig schlecht bezahlt, haben familienunfreundliche Arbeitszeitmodelle (z.B. 24-
180 Stunden-Dienste) und durch eine hohe Dokumentationspflicht ist die Zeit für die Arbeit "am Menschen"

181 häufig zu knapp bemessen. Das bedrückende Gefühl, für die Klient*innen nicht ausreichend da sein zu
182 können, wurde uns in Gesprächen immer wieder geschildert. Careberufe sind, wie bereits eingangs be-
183 schrieben, häufig von Frauen* besetzt. Frauen*, die im Lebensalltag häufig auch noch im Privatumfeld
184 Betreuung und Pflege leisten, die somit eine Doppelbelastung darstellt. Die bloße Forderung allein, Care-
185 berufe besser zu bezahlen, reicht nicht aus, um all diesen Problemen zu begegnen. Dabei kämpfen wir
186 selbstverständlich an der Seite der Gewerkschaften und der Beschäftigten und fordern weitere Lösungen!

187 **Öffentliche Hand**

188 Seit vielen Jahren erstreiken und erstreiten organisierte Carearbeiter*innen gemeinsam in ihren Gewerk-
189 schaften Verbesserungen in den Tarifverträgen, jedoch sind diese nicht allgemeinverbindlich und viele
190 Träger nicht beteiligt. Wesentliche Unterschiede zwischen Tariffreiheit und -gebundenheit liegen in der
191 Höhe der Bezahlung und der Zahl der Urlaubstage. Bei tariffreien individuellen Arbeitsverträgen kann
192 es hier innerbetrieblich zu großen Unterschieden kommen, je nach dem jeweiligen Verhandlungserfolg
193 des*der Carearbeiter*in. Auf dem freien Markt kann man sich seine Dienstleister*innen selbst auswählen,
194 das Angebot ist groß, so jedoch auch die Qualitätsunterschiede. Wir Jusos fordern, die Versorgungsbetrie-
195 be in öffentliche Hand zu legen, denn das dem Kapitalismus eigene Streben nach maximalem Profit darf
196 niemals die Triebfeder zwischenmenschlicher Dienstleistung in der Carearbeit sein.

197 **Bessere Bezahlung kann nur ein Schritt sein**

198 Dass Menschen im Care-Bereich dringend besser bezahlt werden müssen, nicht zuletzt, weil sie einen sehr
199 wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten, steht außer Frage. Es darf nicht sein, dass die Bezahlung
200 teilweise derart niedrig ist, dass Leute davon kaum ihren Lebensalltag finanzieren können. Dennoch wird
201 immer wieder deutlich, dass Bezahlung allein nicht der Schlüssel ist. So braucht es auch Lösungen und
202 einen Ausgleich für die besonderen Arbeitszeiten. Gerade im Schichtsystem bedarf es beispielsweise der
203 arbeitsschutzrechtlichen Regelung, dass die 5-Tage-Woche wirklich nur in Notsituationen in eine 6-Tages-
204 Woche umgewandelt werden darf. Aktuell kann es zu bis zu 11 aufeinanderfolgenden Arbeitstagen kom-
205 men, da jede neue Woche einzeln betrachtet wird. Einem Umgehen der Regelung seitens des Betriebes
206 soll so vermieden werden. Diese Regelung muss dringend auch auf die Bereitschaftsdienste angewendet
207 werden, ein rein finanzieller Ausgleich ohne fehlende freie Ausgleichstage lehnen wir ab. Da das Schicht-
208 system besonders beanspruchend ist, sollten zusätzliche Entlastungstage bei Schichtarbeit obligatorisch
209 sein. Ein Jahresmindesturlaub von 30 Tagen (exkl. Entlastungstage) sollte allgemein geltend sein. Erhol-
210 te und entspannte Mitarbeiter*innen leisten qualitativ bessere Arbeit. Dazu gehört auch in allen pfl-
211 genden Bereichen endlich ein verbindliches pflegewissenschaftlich vorgegebenes Personalbemessungs-
212 instrument. Zusätzlich muss es mehr Zeit für Patient*innen und Klient*innen geben. Eine Dokumenta-
213 tion, die allein der Abrechnung und Kontrolle dient, frisst unnötig Zeit und verringert den menschlichen
214 Kontakt. Es bedarf wieder mehr Vertrauensarbeit und wir müssen dringend weg von einem Abrechnungs-
215 system, das sogar die Minuten vorgibt, die ein Arbeitsschritt dauern soll. So sollten beispielsweise offene
216 Angebote personenunabhängig finanziert sein, um Erstgespräche anonym anbieten zu können. Das ist
217 fernab aller Realitäten und sorgt für unnötigen Stress. Zusätzlich braucht es faire und echte Zulagen,
218 wenn es um Nacht- und Wochenendarbeit geht sowie um die Arbeit mit sehr anspruchsvollen Klient*in-
219 nen und Patient*innen, um die viel geforderte Anerkennung auch wirklich spürbar zu machen. Die Pfl-
220 gepersonalkosten im stationären Bereich der Krankenpflege aus dem Fallpauschalen-System der DRG
221 herauszunehmen, wie es durch das Pflegepersonalstärkungsgesetz erfolgt ist, war ein richtiger Schritt.
222 Die Anwendung des DRGs lehnen wir grundsätzlich ab. Statt dem Druck zur Kostensenkung, der auch ei-
223 ne Auswirkung auf Personalkosten und damit der pflegerischen Versorgung hatte, soll hier jetzt der volle
224 Bedarf ausfinanziert werden. Dieser Paradigmenwechsel im Gesundheitswesen muss jetzt auch auf an-
225 dere Care-Berufe ausgeweitet werden, damit es nicht zu einer weiteren Verschärfung der Situation in der
226 Altenpflege oder im ambulanten Bereich kommt.

227 **Mitbestimmung einfordern und möglich machen**

228 Inwieweit und ob Beschäftigte* mitreden können und dürfen, ist sehr unterschiedlich. Es gibt Einrich-
229 tungen und Betriebe mit Betriebsräten oder Personalräten, jedoch werden auch diese nicht immer für
230 klare Forderungen der Belegschaft genutzt. Das Betriebsverfassungsgesetz und das Landespersonalver-
231 tretungsgesetz bieten quasi keine Möglichkeiten, um pflegerische Abläufe und die Organisation der Arbeit
232 in den Einrichtungen mitzugestalten. Wir fordern einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte, die Beschäf-
233 tigten in der Pflege wissen am besten was es braucht um gute Arbeit für Personal und Klient*innen zu
234 gewährleisten und sollten das über ihre betrieblichen Mitbestimmungsorgane umsetzen können. Auf der
235 Landesebene haben sich Pflegekammern gegründet und sich am 14.09.2019 zur Bundespflegekammer
236 konstituiert, um so im G-BA beteiligt zu werden. Auch in den Therapieberufen werden die ersten Stei-
237 ne gelegt, um Therapeut*innenkammer auf Länderebene zu gründen. Diese Entwicklung wollen wir als
238 Jusos beobachten und konstruktiv begleiten. Wir Jusos sind ein Jugendverband, der die Arbeit der Ge-
239 werkschaften einen hohen Stellenwert zuschreibt. Die alleinige Arbeit der Kammern in den Pflege- und
240 Therapieberufen wird die Arbeitsbedingungen in naher Zukunft nicht verbessern, denn die Aufgabe der
241 Kammern ist das Sicherstellen einer qualitativ hochwertigen Behandlung von Patient*innen. Die kon-
242 kreten Arbeitsbedingungen werden jedoch von Gewerkschaften verhandelt. Und diese gilt es parallel zu
243 stärken. Außerdem braucht es, solange es das Kirchenarbeitsrecht gibt, auch hier die Möglichkeit einer
244 vollumfänglichen Mitbestimmung. Auch gibt es Einrichtungen, in denen Mitbestimmung von der Betriebs-
245 leitung nicht erwünscht ist, in denen die Gründung eines Betriebsrates auf informellen Wegen vereitelt
246 wird. Insgesamt ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad nicht gerade hoch, obwohl die Arbeiter*in-
247 nenbewegung gerade in dieser Branche eigentlich stark gefordert ist. Positiv ist allerdings zu nennen,
248 dass es laut Verdi einen spürbaren Anstieg der gewerkschaftlichen Organisation bei den Krankenpfle-
249 gekräften gibt. Ein Zeichen, dass die Missstände in der kapitalistisch organisierten Pflege nicht kritiklos
250 hingenommen werden und Carearbeiter*innen zunehmend wieder die gewerkschaftliche Macht der So-
251 lidarität erkennen.

252 **Diversität im Carebereich**

253 Alle Menschen haben im Laufe ihres Lebens mit Menschen aus dem Caresektor zu tun. Da Vertrauen
254 vor allem über Sprache entsteht, wäre eine Diversität unter den Arbeiter*innen ein anzustrebendes Ziel.
255 Sprachliche und kulturelle Barrieren sollten die Tür zu einer guten Versorgung nicht schließen. Beispiels-
256 weise in der psychiatrischen Arbeit ist Kultursensibilität gefragt, denn viele psychische Krankheiten wer-
257 den als "Dämonen" oder "Bauchschmerzen" beschrieben. Diesen Bedarf zu erkennen und Aufklärung auf
258 Augenhöhe zu leisten, um eine Vertrauensbasis zu schaffen, sind essenzielle Schritte in der Begleitung.
259 Dazu gehört für uns auch in allen Care-Bereichen von der Kita bis ins Krankenhaus und auch in der ambu-
260 lanten Versorgung, in Beratungseinrichtungen dauerhaft Übersetzungsmöglichkeiten je nach Einrichtung
261 telefonisch, per Videokonferenz oder persönlich vorzuhalten um eine adäquate Versorgung sicherzustel-
262 len.

263 **Ausbildungssituation verbessern**

264 Um die Ausbildung von Careberufen attraktiver zu gestalten, sind unterschiedliche Schritte von entschei-
265 dender Bedeutung. Zu einem setzen wir hier auch nochmal ein Zeichen entschieden gegen kostenpflichti-
266 ge Ausbildungsberufe und stattdessen für eine angemessene Vergütung. Bildung muss frei wählbar sein
267 für alle und darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Außerdem stehen wir für eine Teilakademi-
268 sierung einiger Ausbildungen im Carebereich, wie zum Beispiel in der Pflege. Das bedeutet für uns, dass
269 Menschen selbst entscheiden können, ob sie Careberufe in einem Studium erlernen möchten oder in
270 einer Berufsausbildung. Zum einen um Beschäftigte, die das Studium wählen, zu befähigen, neue wissen-
271 schaftliche Erkenntnisse in ihre Arbeit miteinfließen zu lassen, zum anderen um Ausbildungen in diesen
272 Bereichen attraktiver zu machen. Alle Ausbildungen müssen dabei unter das Berufsbildungsgesetz (BBiG)
273 fallen. Dadurch gäbe es auch die dringend benötigten einheitlichen Ausbildungsrahmenpläne, die nicht
274 von Schule zu Schule unterschiedlich gelehrt werden dürfen. Wir fordern außerdem die Vollakademisie-
275 rung der Therapieberufe, die bereits heute Therapiepläne und Konzept eigenständig durchführen und

276 damit diese nicht weiter auf die ärztlichen Verordnungen von Therapien angewiesen sind. Diese ist auch
277 im Sinne einer europaweiten Anerkennung der Berufe elementar. Und letztendlich braucht es europa-
278 weite Regelungen, durch die es Menschen ermöglicht wird, ihre europäische Freiheit ihren Arbeitsplatz
279 frei zu wählen, wirklich zu nutzen. Bisher werden Ausbildungen unterschiedlich anerkannt und schränken
280 viele Beschäftigte ein, ihren Beruf in einem anderen europäischen Land auszuüben.

281 **Carearbeit zu Coronazeiten**

282 Careberufe gehören zu den "systemrelevanten" Berufsgruppen, die während der Krise weiterhin unver-
283 ändert intensiv oder sogar im besonderen Maße als bisher ausgeübt wurden und werden. Die Arbeits-
284 bedingungen waren häufig besonders angespannt und sich fast täglich ändernde Vorschriften und Unsi-
285 cherheiten erschweren den Arbeitsalltag erheblich. Aufgrund des bestehenden Fachkräftemangels und
286 hinzukommenden Arbeitsverboten für Risikogruppen mussten die Lücken geschlossen werden. Aus unse-
287 ren Gesprächen mit Fachkräften haben wir von einer Mitarbeiterin einer Intensivwohngruppe für Kinder-
288 und Jugendliche erfahren, dass sie wochenlang im Ungewissen zu Arbeit fuhr, ob sie nach der 24-Stunden-
289 Schicht nach Hause dürfe, oder ob auch sie bei einer Quarantäne auf der Arbeit zu bleiben habe: denn
290 versorgt werden müssen die Klient*innen auch während der Pandemie und zusätzliche Mitarbeiter*innen
291 zu schicken, würde während einer Quarantäne nur zu weiteren Kontakten führen. Die Bereitstellung von
292 Schutzmaterial, wie Masken oder Desinfektionsmittel, geschah stark verzögert, sodass Mitarbeiter*innen
293 zum Schutz teils nach Feierabend an der eigenen Nähmaschine Masken nähten und privat erstandene
294 Desinfektionsmittel mit zur Arbeit brachten. So entwickelte sich bei manchen Carearbeiter*innen eine et-
295 was zynisch-frustrierte Haltung zu dem allabendlichen Applaus von den Straßen, denn diese symbolische
296 Wertschätzung konnte und kann bisher in keiner Weise auf dem Kontostand oder an einem gesenkten
297 Stresspegel abgelesen werden. Nur hier aber zeigt sich Respekt für die Carearbeiter*innen in deren Alltag
298 spürbar und auf Dauer.

299 Umso entschiedener muss der "Pflegebonus" kritisiert werden. Dass dieser nur für die Altenpflege gilt, ist
300 ein Schlag ins Gesicht aller anderen Beschäftigten im Carebereich, deren enorme Arbeitsleistung gerade
301 während Corona unsichtbar bleibt. Zudem wird dieser Bonus auch wieder karikiert, da er nicht mal oder
302 nur zum Teil an die Beschäftigten in der Altenpflege ausgezahlt wurde, wie zum Beispiel bei Beschäftigten
303 von kirchlichen Trägern. Ein Pflegebonus wäre nur dann effektiv, wenn er wirklich alle aus dem Carebe-
304 reich belohnt und danach ein Arbeitskampf für bessere Bedingungen, mehr Anerkennung und langfristig
305 mehr Lohn folgt, der aktiv von der Regierung unterstützt und eingefordert wird.

306 Und auch die Perspektive der Klient*innen und derjenigen, die soziale Dienstleistungen in Anspruch neh-
307 men, sich auf diese verlassen, muss hier Raum finden. Für sie bedeutete die Pandemie nicht selten ei-
308 ne unerträgliche Isolation. Senior*innen in der Altenpflege, die keinen Besuch von ihren Angehörigen
309 bekommen durften oder Menschen mit Behinderungen, die seit Beginn der Krise zu Hause bzw. in ih-
310 rer Einrichtung sein müssen und weder arbeiten können noch Freizeitaktivitäten nachgehen dürfen. Das
311 sind über kurz oder lang unhaltbare Zustände, die schlimme psychologische Folgen für Menschen haben
312 können und damit untragbar sind.

313 Während Corona wurde den Arbeiter*innen im Pflege-, Sozial und Gesundheitssektor viel Aufmerksam-
314 keit und Wertschätzung entgegengebracht, die es zu nutzen gilt: es muss jetzt zu radikalen Veränderungen
315 kommen! Auch in den Careberufen, die keine starke Lobby haben, aber systemrelevant und unverzichtbar
316 sind.

S7

Verhütung ist Frauensache?! - Ein Aufschlag für gerechte Verhütung

1 Die Pille feiert 2020 ihren 60. Geburtstag. Sie war damals ein historischer Gewinn der Frauenbewegung, sie
2 ermöglichte damals eine sexuelle Revolution. Weibliche Sexualität wurde offener diskutiert, Familienpla-
3 nung konnte selbstbestimmt stattfinden. Inzwischen ist die Pille eines der weit verbreitetsten Verhütungs-
4 mittel; insbesondere bei jungen Frauen. Seit ihrer Erfindung hat sich zwar gesellschaftlich vieles geändert,
5 doch trotzdem entspricht die Pille als Verhütungsmittel nicht unseren feministischen Ansprüchen. Denn
6 solange wir in einem patriarchalen System leben, kann Verhütung nur in diesen Grenzen verlaufen, was
7 uns nie genügen wird.

8 Kondom und Pille sind heutzutage die am meisten genutzte Verhütungsmethode. Dabei gibt es inzwi-
9 schen verschiedene Arten der Verhütung. Zu diesen gehören hormonelle, mechanische, chemische, na-
10 türliche und die operative Methode. Viele dieser Optionen werden von Frauen wahrgenommen. Männer
11 haben die Möglichkeit Kondome zu nutzen oder eine Vasektomie durchführen zu lassen. Ein riesiges Un-
12 gleichgewicht ist hier zu finden. In Anbetracht dessen, dass Nebenwirkungen, anfallende Kosten und
13 Verantwortung (meist) von der Person getragen wird, die das Verhütungsmittel benutzt, sind besonders
14 Frauen davon betroffen, nehmen doch gerade sie mehrheitlich hormonelle Verhütungsmittel.

15 Nebenwirkungen und Forschung

16 Die Pille als hormonelles Verhütungsmittel birgt erhebliche Nebenwirkungen. Dabei geht es von noch
17 relativ harmlosen Kopfschmerzen, Stimmungsschwankungen oder Aggressivität bis hin zu Depressionen
18 oder sogar Suizidalität. Oft werden diese verharmlost und für reinen Profit in Kauf genommen. Für Frau-
19 en, die eine bewusste Entscheidung für die Pille getroffen haben, egal ob aus persönlichen Präferenzen,
20 medizinischer Indikationen oder aus finanzieller Sicht, nehmen diese Nebenwirkungen in Kauf, die Gesell-
21 schaft hinterfragt sie nicht und manch eine Nutzer*in hat schlicht ergreifend keine Wahl. Das ist insofern
22 interessant, als dass hormonelle Präparate für Männer in der Vergangenheit nicht auf den Markt kamen,
23 da sie erhebliche (teils identische zur Pille) Nebenwirkungen nach sich zogen und als nicht verantwortbar
24 für Nutzer eingestuft wurden. Ein Beispiel hier ist wie Bayer die Schering AG eingekauft hat und eine lau-
25 fende Forschung die „in der klinischen Studie als [...] wirksam und mit tolerierbaren Nebenwirkungsprofil“
26 beschrieben wurde aufgrund eines „unangenehmen Anwendungsschemas“ nicht auf den Markt brachte,
27 da man davon ausging, dass sie nicht angenommen werden würde. Es lässt sich vermuten, dass die män-
28 nerdominierte Forschung mehr Verständnis gegenüber Beschwerden von Männern als von Frauen zeigt.
29 Die Pille wurde in der Vergangenheit von Männern entwickelt und auch ihre Fortentwicklung wird haupt-
30 sachlich von Männern verantwortet. Somit ergibt sich für die Forschung eine deutlich Männer dominierte
31 Sichtweise auf Verhütung, welche die gesellschaftliche Vorstellung von der Frau als zuständige bei der
32 Verhütung abbildet. Für uns ist klar, dass die bisherigen Strukturen in der Verhütungsforschung durch-
33 brochen werden müssen. Auch hier müssen deutlich mehr Frauen an dem Forschungsprozess beteiligt
34 werden.

35 Unser Anspruch an die Forschung ist aber ein anderer. Patriarchale Forschungskreise müssen durchbro-
36 chen werden. Forschung kann nie frei sein von einem subjektiven Blickwinkel. Es muss allerdings dafür
37 gesorgt werden, dass durch Diversität der Forschenden ein so objektiver Blickwinkel wie möglich garanti-
38 ert ist. Um männerdominierte Berufssparten zu durchbrechen, bedarf es einer stärkeren Förderung von
39 jungen Frauen, diese Berufe zu ergreifen. Solange Frauen die Hauptverantwortung über funktionierende

40 Verhütung tragen, sollte garantiert sein, dass diese als Betroffene gehört werden. Nebenwirkungen von
41 ihnen müssen genauso gewertet werden wie die von Männern. Dabei ist uns auch bewusst, dass das Ziel
42 ist Verhütungsmittel zu entwickeln, die so wenig Nebenwirkungen wie möglich haben. Zudem muss auch
43 die Forschung in Richtung männlicher Verhütungsmittel vermehrt werden, sodass diese benutzt werden
44 können.

45 **Profitgier und Kapitalismus**

46 Profitmaximierung ist das wesentliche Ziel aller kapitalistischen Unternehmungen und da macht auch
47 die Pharmaindustrie keine Ausnahme. Solange die bereits am Markt etablierten Verhütungsmittel genug
48 Profit einbringen, besteht allein hinsichtlich dieser kapitalistischen Grundlogik kein Bedarf, neue Produkte
49 am Markt zu etablieren. Das heißt, dass Projekte, Forschungen, etc., die dieser Logik nicht folgen, einge-
50 stellt werden. Vielmehr noch werden bereits erforschte und zulassungsfähige Verhütungsmittel gar nicht
51 erst auf den Markt gebracht, weil sie als nicht rentabel genug gelten.

52 Wir verstehen Verhütungsmittel als Bestandteil medizinischer Produkte. Sie funktionieren als Vorsorge
53 gegenüber Sexuell übertragbaren Infektionen (STI) Bei bestimmten Krankheiten ist die Pille ein Medika-
54 ment unabhängig von der Verhütung. Insofern versteht sich dieser Antrag ausdrücklich nicht als Posi-
55 tionierung gegen Pillenpräparate. Millionen von Frauen ermöglicht sie einen schmerzfreien Alltag, die
56 Erhaltung ihrer Gebarfähigkeit und ein selbstbestimmtes Sexualleben. Gesundheitsvorsorge gehört für
57 uns nicht in die private Hand. Die Forschung nach verträglichen Verhütungsmitteln darf nicht an der Fi-
58 nanzierung scheitern. Als Jungsozialist*innen fordern wir eine Forschung, die, nicht der Logik des Pro-
59 fits folgen darf. Bis eine Entprivatisierung der Pharmakonzerne gelingt, sehen wir uns aber auch dazu
60 verpflichtet, die Pharmaindustrie zu verpflichten mehr Mittel in die Forschung nach alternativen Verhü-
61 tungsmitteln einzusetzen. Diese liegen bei ca. 20% des gesamten Budgets. Bei Verhütungsmitteln ist dies
62 deutlich geringer, dies soll angeglichen werden, damit mehr Ressourcen dafür genutzt werden, dass es
63 für alle Geschlechter Verhütungsmethoden gibt, die mit möglichst geringen Nebenwirkungen anwendbar
64 sind. Das Geld ist definitiv bei den Konzernen vorhanden, es muss nur richtig verteilt werden, um unseren
65 feministischen Ansprüchen zu gerecht werden.

66 Gleichzeitig sehen wir auch die Notwendigkeit, dass innovative Ansätze staatlich gefördert werden müs-
67 sen. Wo Geld fehlt, kann der Staat Abhilfe schaffen. Hierbei muss garantiert sein, dass der daraus entstan-
68 dene Profit nicht nur dem Unternehmen ausgezahlt wird. Auch der Staat muss von seiner Beteiligung pro-
69 fitieren. Wir sehen den Staat auch da in der Pflicht zu intervenieren, wo Verhütungsmittel bereits erforscht
70 sind, aber aufgrund einer angeblich unzureichenden Rentabilität nicht auf den Markt gebracht werden.
71 Das ist beispielsweise bei der Pille für den Mann der Fall. Hier argumentiert die Pharmaindustrie, dass
72 der Markt durch die Pille für Frauen bereits gesättigt sei. Hier gilt es durch staatliche Subventionen und
73 Kaufanreize die Pille für den Mann bei der Marktetablierung zu unterstützen. Das heißt aber auch, dass
74 der Staat an erzielten Gewinnen beteiligt werden muss.

75 **Wie und wo Aufklärung betrieben werden soll**

76 Verhütung ist eine individuelle Entscheidung, die eine ausführliche Beratung erfordert. Hierbei soll be-
77 sonders die eigene Gesundheit im Vordergrund stehen. Durch den wirtschaftlichen Druck in gynäkologi-
78 schen Praxen bleibt oft nicht genug Zeit, um jedes Verhütungsmittel, auch für den Partner, zu besprechen.
79 Unser Anspruch ist es, dass die Beratung durch Fachpersonal durchgeführt wird. Dafür muss das Bera-
80 tungsgespräch in gynäkologischen Praxen zur Kassenleistung werden. Zusätzlich dazu sollen Ärzt*innen
81 regelmäßig über neue Verhütungsmethoden informiert werden.

82 Darüber hinaus sollen Beratungsstellen und auch Anlaufstellen für den Mann geschaffen bzw. verstärkt
83 werden, um einen zusätzlichen Zugang zu Informationen zur Verhütung zu schaffen. Gleichzeitig kann hier
84 die Beratung auch komplett kostenlos erfolgen, wodurch auch Menschen ohne Krankenkasse beraten

85 werden können. Zudem ist hier auch eine anonyme Beratung möglich, die Hemmschwellen senken kann
86 und so den Zugang erleichtert.

87 Beratungsstellen und gynäkologische Praxen sollen hierbei nicht als Konkurrenz, sondern als sich ergän-
88 zende Angebote gesehen werden, die sich in der Beratung qualitativ nicht unterscheiden.

89 Gleichzeitig steht für uns im Vordergrund, dass durch Aufklärung auch das sexuelle Selbstbild immens
90 geprägt wird. Sexuaufklärung muss diskriminierungsfrei sein. Sie ist mehr als Wissensvermittlung, denn
91 Sexualität verstehen wir auch als einen zentralen Baustein der eigenen Identität. Jegliche Aufklärung muss
92 daher frei von Vorurteilen sein.

93 **Wie kommt man an Verhütungsmittel, Wer bezahlt diese?**

94 Das Modellprojekt Biko [1] zeigt wie die finanzielle Übernahme aussehen kann und somit Verhütungsmit-
95 tel kostenlos bereitgestellt werden. Hierbei wurden Frauen unterstützt, die einkommensschwach waren
96 oder staatliche finanzielle Unterstützung bekamen. Bei dem Projekt konnten Frauen mit dem Rezept für
97 das Verhütungsmittel nach einem Beratungsgespräch bei ProFamilia in der Apotheke das Verhütungs-
98 mittel kostenlos erhalten. Bei z.B. einer Spirale wurde diese in der Praxis nach dem Beratungsgespräch
99 eingesetzt. Es zeigte sich, dass eine heterogene Gruppe an Frauen das Projekt in Anspruch nahm. Der
100 Bedarf an einer Kostenübernahme ist also in der breiten Gesellschaft vorhanden. Gleichzeitig gaben die-
101 se an, dass sie ohne Kostenübernahme weniger sichere Verhütungsmittel nutzen würden. Hiermit würde
102 die sexuelle Selbstbestimmung deutlich zurückgehen.

103 Uns Jusos geht dieses Projekt noch nicht weit genug. Verhütung ist eine subjektive, persönliche Entschei-
104 dung. Jede*r sollte frei wählen können. Hierzu muss Verhütung kostenfrei sein. Nur so ist eine wahre Ent-
105 scheidungsfreiheit garantiert, wie die Ergebnisse aus dem Modellprojekt zeigen. Diese Entscheidungsfrei-
106 heit ist erforderlich, da jede Person andere Nebenwirkungen, Vorerkrankungen, etc. haben kann, die die
107 Entscheidung beeinträchtigen. Die Überprüfung der finanziellen Situation, wie bei Biko vorgenommen,
108 kann oftmals eine Stigmatisierung hervorrufen. Das Angebot von Verhütungsmitteln und die Beratung
109 sollen so niederschwellig wie möglich konzeptioniert sein. Eine Finanzüberprüfung widerspricht dem. Die
110 Kostenübernahme soll hierbei bundesweit einheitlich geregelt werden. Eine Finanzierung durch das Bun-
111 desministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist zu begrüßen. Gleichzeitig sind wir davon
112 überzeugt, dass jede*r selbst einschätzen kann, ob sie*er noch einen weiteren Informationsbedarf hat.
113 Beratungsgespräche sollen freiwillig geschehen und nicht durch den Druck von außen.

114 [1] <https://www.biko-verhuetung.de/> (Zugriff: 16.08.2020 18:30 Uhr)

S9

Deklarationspflicht der Inhaltsstoffe von Menstruationsartikeln

- 1 Jede menstruierende Person hat durchschnittlich 2000 Tage im Leben ihre Menstruation. Trotzdem fehlt
- 2 es an Transparenz über Gesundheits- und Umweltverträglichkeit von Menstruationsartikeln: Die Inhalts-
- 3 stoffe von Tampons, Binden, Menstruationstassen und Co. müssen auf der Verpackung nicht angegeben
- 4 werden. Ein Grund dafür könnte in der immer noch vorherrschenden Tabuisierung der Menstruation
- 5 liegen.
- 6 Die fehlende Deklarationspflicht der Inhaltsstoffe kann zu schweren allergischen Reaktionen führen. Aus-
- 7 schläge, Pilze und Entzündungen können auftreten. Dies kann umgangen werden, wenn sie vorab wissen,
- 8 welche Inhaltsstoffe und Zwischenprodukte im gewählten Menstruationsartikel enthalten sind.
- 9 Daher fordern wir eine Deklarationspflicht der Inhaltsstoffe und Zwischenprodukte auf allen Menstrua-
- 10 tionsartikeln, äquivalent zu den Inhaltsangaben bei Lebensmitteln. Potentiell allergene und schädliche
- 11 Stoffe sollen dabei gesondert hervorgehoben werden.

T Technischer Fortschritt und Digitalisierung

T Technischer Fortschritt und Digitalisierung

T1	Landesvorstand NRW Jusos	Erst kommt die Technik, dann die Moral	70
T2	Region Ostwestfalen- Lippe	Für uns darf das nicht länger Neuland sein – Digitalisierung in Bildung und Verwaltung anpacken	75

T1

Erst kommt die Technik, dann die Moral

1 Einleitung

Für uns als sozialistische Bewegung ist das ständige Ringen um das Verhältnis von Technik und Moral von Beginn an eine unserer zentralen Aufgaben. Tatsächlich liegen unsere Wurzeln als Bewegung in dem Kampf für eine Humanisierung der industriellen Revolution und für eine Befreiung des Menschen durch Fortschritt. Und trotz der beachtlichen Erfolge, die wir auf dem bisherigen Weg errungen haben, ist diese Rolle nicht obsolet geworden, sondern sie bleibt im Gegenteil unsere ständige Begleiterin. Gerade in dieser unsrigen Zeit, in der wir mitten in einer weiteren technischen Revolution sind, ist es an uns, dafür zu sorgen, dass der technische Fortschritt nicht dem Kapital, sondern den Menschen dient. Niemand sonst stellt die Frage so klar: Wie wird aus technischem auch sozialer Fortschritt?

Während Konservative auf der einen Seite ideenlos wie der Ochs vorm Berg die technischen Innovationen verfolgen, beschwören Neoliberale auch noch Jahre nach dem Scheitern ihrer Ideologie den Markt, der angeblich alles regelt, und sind mit ihrer „anything goes“-Haltung dabei in Wahrheit nicht minder ideenlos. Als jungsozialistischer Verband muten wir uns hingegen eine komplexere Position zu, die weder hilflos versucht technische Entwicklungen irgendwie aufzuhalten noch daneben zu stehen und alles zu bejubeln, was so des Weges kommt. Wir haben den Anspruch, den technischen Fortschritt zu gestalten, ihn zu einem sozialen Fortschritt zu machen und wir sind uns dabei unserer handlungsleitenden Fragen bewusst: Welche Folgen gehen mit einzelnen technischen Innovationen einher? Worin besteht eine mögliche Verantwortung verschiedenen Gruppen (z.B. nichtmenschliche Lebewesen, zukünftige Generationen etc.) gegenüber? Wie steht es um die Zumutbarkeit von Risiken? Letztlich muss die Frage lauten: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben? Und welche Technik ist dafür wünschenswert? Und da wir die erste Frage für uns beantwortet haben, geht es vor allem darum, wie eine adäquate Governance von Technik aussieht, um zu einer befreiten, sozialistischen Gesellschaft zu kommen.

Diese Frage ist nicht einmal beantwortet und dann für immer geklärt, sondern wir müssen diese für die einzelnen Techniken, mit denen wir konfrontiert sind, immer wieder neu stellen und zeitgemäße Antworten für selbige finden.

Grundsätzlich stehen dem Staat unterschiedliche Instrumente zur Verfügung. Von eher sanften Mitteln wie Appellen, Warnhinweisen oder Aufklärung für Verbraucher*innen über mittelschwere Eingriffe wie einer Erfassung, Registrierung oder Kontrolle von technischen oder forschenden Projekten bis hin zu starken Regulationen in Form von (befristeten) Genehmigungen, Moratorien oder sogar Verboten von Forschung oder Produktion ist die Palette an Handlungsmöglichkeiten sehr groß und muss sorgsam abgewogen werden. Manchmal für eine Reihe von Projekten, manchmal auch im Einzelfall. Wie immer bei staatlichem Handeln können so kleinere oder größere Spannungsfelder entstehen, es können Konflikte um die Wissenschaftsfreiheit oder um die der Freiheit von Menschen und Unternehmen auftreten. Gerade deshalb ist es so wichtig auszuformulieren und zu erklären, weshalb an welcher Stelle mit welcher Begründung Eingriffe vorgenommen werden sollen.

Genau dies tut dieses Papier für einige aktuelle technische Innovationen und ist damit im besten Sinne ein Zeitgeist-Dokument, weil zumeist erst die Technik und dann die Moral kommt. Zu guter Technik-Governance gehört, dieses Verhältnis umzukehren.

39 Gaming

40 Games sind sehr vielschichtig. Sie werden genutzt zur Unterhaltung oder bieten im Multiplayer soziale
41 Interaktionen, Wettkampf und (weltweite) Vernetzung. Während einige (meist ältere) Menschen sie für
42 banal und verzichtbar halten, werten Andere sie als Kulturgut, das ebenso anerkannt werden sollte wie
43 Filme, Musik oder Malerei. Generell unterschätzt wird ihr Potential für zukunftsfähige Arbeitsplätze und
44 Unternehmen als Teil der Kreativwirtschaft.

45 Ebenso außer Acht gelassen wird, dass Games pädagogischen Charakter haben können und zur Bildungs-
46 arbeit genutzt werden können. Sei es in Bezug auf Alltagsentscheidungen oder auf Utopien/ Dystopien,
47 mit denen ein Blick in eine mögliche Zukunft geworfen werden kann. Ethische Fragestellungen können
48 praktisch erfahrbar gemacht werden. So ist es beispielsweise möglich über den Einsatz von Technik zu
49 diskutieren, bevor diese in der Gesellschaft allgegenwärtig wird.

50 Deshalb fordern wir, dass in der Bildungs- und Erziehungsarbeit Games häufiger zum Einsatz kommen sol-
51 len. In welchen Bereichen dies sinnvoll ist, kann nur fallspezifisch und eher dezentral entschieden werden,
52 da eine allgemein gültige Antwort aufgrund der breiten Palette und starken Ausdifferenzierung von Ga-
53 mes nicht gegeben werden kann. Ebenfalls darf es keine Unterschiede in der rechtlichen Stellung zwischen
54 Games einerseits und Filmen, Musik oder Malerei andererseits geben, was beispielsweise die Kunstfrei-
55 heit anbelangt. Des Weiteren soll analog zur deutschen und europäischen Filmförderung eine nachhaltige
56 Games-Förderung aufgebaut werden, um zukunftsfeste Arbeitsplätze zu schaffen, die Kreativwirtschaft
57 zu stärken und vor allem zu ermöglichen, dass Games entwickelt werden können, die sich nicht nur an
58 Kriterien von Vermarktung und Massentauglichkeit orientieren müssen.

59 **Linksautonome Autos**

60 Teilautonomes Fahren ist eine Entwicklung, die nicht in der Zukunft liegt, sondern seit mehreren Jahren
61 vollzogen und weiter anhalten wird. Weil sich aus ihr unterschiedliche Folgeentwicklungen ableiten las-
62 sen, ist es wichtig, sich auch aus jungsozialistischer Perspektive damit zu beschäftigen. Auch hier gilt es
63 wie anfangs erwähnt, sich mit den moralischen Implikationen technischen Fortschritts zu beschäftigen,
64 anstatt diesen einfach passieren zu lassen.

65 Auch wenn autonomes Fahren, also der komplette Wegfall von Lenkrad und Pedalen, noch in der Ferne
66 liegt, so ist die maschinelle Entscheidung über Bremsen, Beschleunigen und Lenken längst Realität in vie-
67 len neueren Automodellen. „Maschinelle Entscheidungen“ liegen hier allerdings nur in der Form vor, dass
68 jede Aktion aus ursprünglich von Menschen geschriebenen Algorithmen resultiert und es keine „eigene“
69 Abwägung des Bordcomputers oder ähnlichen Instanzen gibt. Für diese Algorithmen braucht es neue
70 Regeln, die über das hinausgehen, was die StVO bislang für den menschengesteuerten Straßenverkehr
71 vorschreibt.

72 Für uns stehen folgende Punkte fest:

73 Hauptaufgabe (teil-)autonomen Fahrens ist die Erhöhung der Sicherheit von menschlichen Verkehrsteil-
74 nehmer*innen, die nicht gegen andere Aspekte wie Bequemlichkeit oder Sachschäden aufgewogen wer-
75 den kann und Voraussetzung für die Zulassung solcher Systeme ist. Dies sollte unter anderem durch eine
76 vorausschauende Fahrweise, die in ein sicheres System von vernetztem Fahren eingebettet ist, ermög-
77 licht werden. Im Falle einer dennoch auftretenden Gefahrensituation mit nicht vermeidbaren Schäden an
78 Menschen dürfen diese nicht nach äußeren Kriterien wie Alter, Geschlecht oder Herkunft bewertet wer-
79 den und der Schutz an der Entstehung der Unfallgefahr Unbeteiligter muss gewährleistet sein. In jedem
80 Moment des Fahrens muss eindeutig erkennbar sein, wer gerade die Verantwortung für Entscheidungen
81 innehat und damit auch für entstehende Schäden haftet – also die fahrende Person oder der Hersteller,
82 der die Algorithmen, die zur Entscheidungsfindung und damit zur Unfallsituation geführt haben, program-
83 miert hat.

84 Für diesen Prozess der Entwicklung und Umsetzung braucht es eine gesellschaftliche Debatte, wie mit
85 der beschriebenen Entwicklung und ihren Folgen umgegangen werden soll. Dazu gehört auch die Frage,

86 inwieweit teilautonome Fahrelemente wie Spur- und Abstandhalteassistenten zukünftig verpflichtend für
87 Neuzulassungen sein sollten oder ob es dauerhaft die Möglichkeit geben sollte, bewusst auf diese Ausstat-
88 tung zu verzichten. Diese und andere Diskussionen sollten nicht nur national, sondern auch im Austausch
89 mit unseren europäischen Partner*innen geführt werden, um am Ende nicht einen europäischen Flicken-
90 teppich von Regelungen und Verboten zu erhalten. In einem so sensiblen, sicherheitsrelevanten Bereich
91 ist es zudem besonders wichtig, wirtschaftliche Interessen transparent zu machen und eine davon unab-
92 hängige Regelfestlegung zu treffen.

93 **Wenn Waffen willkürlich walten**

94 Nach wie vor steht für uns als antimilitaristischer Jugendverband fest, dass wir eine Welt erstreiten möch-
95 ten, in der Armeen nicht mehr notwendig sind. Trotzdem müssen wir uns zu den aktuellen Entwicklungen
96 verhalten: Seit mehreren Jahrzehnten werden (teil-) autonome Waffensysteme entwickelt, die in Form von
97 Drohnen, Robotern oder anderen Flugsystemen gezielt Menschen töten und dabei intelligenter und ziel-
98 genauer vorgehen können als Menschen - weil sie Maschinen sind. An vielen Orten in der Welt herrscht
99 Krieg, daher ist das wirtschaftliche Interesse für die Entwicklung möglichst effizient arbeitender Waffen
100 enorm hoch. Tatsächlich werden diese Waffensysteme auch unter dem Aspekt diskutiert, ob durch sie
101 nicht Menschenleben gerettet werden, weil dann weniger oder keine Soldat*innen in Kriegen mehr not-
102 wendig wären. Für uns ist das eine falsche Herangehensweise an das Thema. Verglichen mit anderen
103 Waffen, ergeben sich bei (teil-) autonomen Waffen zusätzliche Probleme: Es ist unklar, wer die Verantwor-
104 tung für diese Waffen trägt. Kann eine Waffe für den Tod von Menschen verantwortlich gemacht werden?
105 Auch senken autonome Waffen die Hemmschwelle für einen Kriegseintritt: Ferngesteuerten Waffen ist
106 ein Spielcharakter immanent. Und generell werden weniger Soldat*innen des eigenen Landes gefährdet.
107 Beides bedingt auch ein geringeres Risiko für die kriegsführende Partei. Insgesamt steigt das wirtschaftli-
108 che Interesse, Kriege zu führen, weil zunehmend mehr Unternehmen an der Waffenherstellung beteiligt
109 sind.

110 Auch diese Waffensysteme sind technischer Fortschritt. Jedoch keiner, der für uns erstrebenswert ist.
111 Wir sprechen uns generell dagegen aus, Gelder für die Rüstungsindustrie auszugeben. Insbesondere bei
112 autonomen Waffensystemen kritisieren wir, dass dort viel Energie und technisches Know-How für etwas
113 gesellschaftlich Sinnloses verschwendet wird. Technische Entwicklungen müssen für gesellschaftlich sinn-
114 volle Dinge eingesetzt werden und dürfen nicht für etwas Menschenverachtendes wie Krieg missbraucht
115 werden. Nur dann kann aus technischem Fortschritt auch ein sozialer werden.

116 **Some bits about bots**

117 Die Konstruktion und die Einsetzbarkeit von technischen Hilfsgeräten in jeglichen Lebensbereichen, von
118 der Wissenschaft bis zum Alltag wird besonders von einem Aspekt geprägt: Den Roboter so human wie
119 möglich wirken zu lassen.

120 Doch nützt ein menschlicheres Aussehen des Roboters in der Praxis wirklich mehr und kann das noch
121 unseren moralischen Vorstellungen von zukunftsfähiger Robotik gerecht werden?

122 Ein humanoider Roboter zeichnet sich dadurch aus, dass er in seinem Äußeren einem Menschen nach-
123 empfunden ist. Dies setzt nicht notwendigerweise eine hautartige Oberfläche voraus, sondern kann sich
124 schon durch den menschlichen Körperbau mit Armen und Beinen auszeichnen. Um den Verstand eines
125 Menschen nachahmen zu können, sind sie häufig mit künstlicher Intelligenz ausgestattet.

126 In der Theorie können diese Roboter dann überall dort eingesetzt werden, wo die Arbeit sich vor allem
127 durch menschliche körperliche Arbeit auszeichnet hat.

128 In der Praxis werden die meisten humanoiden Roboter im Gesundheitssektor, wie Pflege- und Altenhei-
129 men getestet. Dort unterstützen die Roboter das Personal in Aufgabenbereichen im Umgang mit den
130 Patient*innen. Vor allem in diesen Pflegebereichen, wo die Arbeit mit dem Menschen im Vordergrund

131 steht, können sich die Roboter durch die künstliche Intelligenz, je länger diese mit den Patient*innen zu-
132 sammenarbeiten immer besser auf diese einstellen. Bisher werden diese Roboter eher dafür genutzt, das
133 Personal bei praktischen Aufgaben zu entlasten, wie hinter den Patient*innen her zu räumen, oder diese
134 durch Vorlesen zu unterhalten, wobei diese Aufgabenfelder immer weiter ausgebaut werden sollen. Doch
135 wo werden hier menschliche, aber auch moralische Grenzen gezogen?

136 Hemmschwellen im Pflegebereich sind etwas höchstpersönliches und während es manche Menschen
137 gerade als angenehm empfindet, bei manchen persönlichen Behandlungen nicht von einem Menschen
138 betreut zu werden, können andere die Präsenz eines Roboters als weitaus störender empfinden und
139 wünschen sich eine für sie mehr greifbare menschliche Hand zurück.

140 Aber auch bei anderen Arbeitsplätzen müssen wir uns immer der Wechselwirkung der Arbeitsbeziehung
141 zwischen Mensch und humanoidem Roboter gewahr sein.

142 In welchen Berufen können diese humanoiden Roboter Menschen noch explizit entlasten? Welche Auf-
143 gabenfelder können Sie vielleicht ganz übernehmen oder auch für Menschen völlig neue Arbeitsfelder
144 schaffen?

145 Je menschenähnlicher das Verhalten und Aussehen von Robotern wird, desto dringender wird auch die
146 Debatte nach Umgangsregelungen für diese. Deswegen sind Debatten, wie die des EU-Parlaments zu
147 Roboter-Rechten und elektronischen Personen wichtig. Entscheidungen sollten allerdings nicht zu schnell
148 getroffen werden, da man sich oft noch am Anfang von Entwicklungen befindet. Zudem sollten moralische
149 und ethische Ansprüche im Vordergrund solcher Debatten stehen.

150 **Mini-Me ohne Moral?**

151 Seit der Entdeckung von CRISPR/CAS 9 und der damit einhergehenden Möglichkeit der gezielten Zellver-
152 änderung überschlagen sich die Errungenschaften im Bereich der Genforschung. CRISPR/CAS 9 ist eine
153 Genschere, mit deren Hilfe DNA-Stränge zerteilt und ersetzt werden können. Bestimmte Zellfragmente
154 können durch neue Fragmente ersetzt werden, um das Genmaterial der Zelle insgesamt anzupassen.
155 Durch Zellteilung sind dann auch die Folgegenerationen der Zellen verändert. Könnten so einerseits be-
156 reits bei an Krebs erkrankten Menschen einige Zellen soweit verändert werden, dass Tumorzellen abge-
157 baut wurden, gibt es andererseits auch die Suche nach "perfekten Designerbabys" in der Stammzellen-
158 forschung.

159 Aber welche dieser Ideen sind moralisch eigentlich vertretbar? Ist es okay, bereits präventiv eine Erkrän-
160 kung auszuschließen?

161 Es gilt festzustellen, ob und wie weit Manipulationen des Genmaterials unserem moralischen Verständnis
162 entsprechen - und ob wir es überholen müssen. In der Debatte der Wissenschaft klaffen die Meinungen
163 auseinander. Veränderte Stammzellen bringen häufig auch ungeplante, weitere Veränderungen im ge-
164 samten Organismus mit sich, deren Folgen derzeit noch nicht genau erkennbar sind. Ob eine einmalige
165 Zellveränderung beim Menschen und anderen Lebewesen noch Generationen später beeinflusst, muss
166 also noch weiter erforscht werden.

167 Ebenjene medizinische Forschung ist ein wichtiges Element gesellschaftlichen Fortschritts, wie aktuell
168 auch die Corona-Pandemie zeigt. Ein Impfstoff kann tausende Menschenleben retten. Doch wir müssen
169 wachsam sein und alle Prozesse, vor allem im Bereich der Stammzellenforschung, politisch kritisch bewer-
170 ten. Wir dürfen nicht zulassen, dass Genmaterial optimiert wird, um gesellschaftliche Normen zu erfüllen,
171 etwa wie ein Mensch auszusehen hat. Medizinische Forschung darf nicht Mittel zum Zwecke sein, um In-
172 dividuen für das kapitalistische System zu perfektionieren. Die Vielfalt der Menschen ist ein wichtiges und
173 schützenswertes Gut! Da sich der Forschungsstand stetig verändert, müssen wir unsere politischen Po-
174 sitionen regelmäßig überprüfen. So wie die Forschung müssen wir uns weiterentwickeln, um auf solche
175 fundamentalen ethischen Fragen eine zeitgemäße Antwort zu haben.

176 Let's talk about Sex and Fortpflanzung

177 Der technische Fortschritt schreitet auch im Gebiet der menschlichen Sexualität und Fortpflanzung vor-
178 an, mit potenziell enormen gesellschaftlichen Folgen. So hat vor einigen Jahren beispielsweise Carl Djer-
179 assi, Mit-Erfinder der Pille, das Szenario entworfen, dass es in naher Zukunft gesellschaftliche Norm sein
180 könnte, Sex und Fortpflanzung vollständig voneinander zu trennen. Das Szenario sähe dann ungefähr
181 wie folgt aus: Anfang 20 würden Menschen ihre Samen- oder Eizellen, die zu diesem Zeitpunkt biolo-
182 gisch eine hohe Qualität aufweisen, einfrieren lassen, damit diese zu einem späteren Zeitpunkt für eine
183 künstliche Befruchtung zur Verfügung stehen. Nach dem Einfrieren könnte man sich sterilisieren lassen
184 und Geschlechtsverkehr würde ausschließlich zum Vergnügen stattfinden, während die Fortpflanzung auf
185 künstlichem Wege vollzogen würde.

186 Was für die eine oder den anderen vielleicht ein bisschen dystopisch nach „Brave New World“ klingt, ist
187 technisch längst möglich. Die Fortschritte im Bereich der künstlichen Befruchtung und hier besonders
188 die Methode der Intrazytoplasmatische Spermieninjektion (kurz: ICSI) haben schon vielen Menschen, die
189 auf dem Wege des Geschlechtsverkehrs vergeblich versucht haben, ein Kind zu bekommen, ihren Kinder-
190 wunsch erfüllt. Mit dieser Methode könnte auch das oben entworfene Szenario von Djerassi problemlos
191 Realität werden.

192 Tatsächlich wirft es aber eine ganze Reihe von Fragen auf, die zuvor breit gesellschaftlich diskutiert wer-
193 den müssten. Aus jungsozialistischer Perspektive sind das zuallererst diese zwei: 1. Liegt in dem Szenario
194 vielleicht ein progressives Potential, wenn Frauen* dadurch unabhängiger von der sog. „biologischen Uhr“
195 wären und autonomer über ihre Lebensplanung verfügen könnten? Oder aber erhöht dieses Szenario den
196 Druck auf Frauen*, möglichst lang dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, wenn es möglicherweise
197 neue Norm wird, Kinder mit Ende 30 oder Anfang 40 zu bekommen? Die ersten Debatten, die rund um das
198 Thema Social Freezing geführt wurden, müssen unter diesen Voraussetzungen nochmal intensiviert wer-
199 den. 2. Wenn Fortpflanzung ausschließlich über den Weg der künstlichen Befruchtung stattfinden würde,
200 müssen auch nochmal die Debatten rund um Samen- und Eizellenspende, Leihmutterschaft und sogar
201 um Eingriffe ins Erbgut durch die CRISPR/Cas-Methode neu diskutiert werden. Auch hier ist einerseits
202 zu fragen, inwiefern progressives Potential darin liegt, wenn stereotype Familienkonzepte aufgeweicht
203 werden und es weniger relevant wird, mit wem Kinder ihre DNA teilen und wichtiger ist, wer tatsächlich
204 Elternschaft übernimmt. In diesem Zusammenhang werden die emotionalen Verhältnisse, die morali-
205 schen Verpflichtungen und das Verantwortungsbewusstsein zwischen Kindern und Eltern zu diskutieren
206 sein. Andererseits birgt das Szenario allerdings auch die Gefahr, dass Keimzellen zur durchkapitalisierten
207 Ware werden und Fortpflanzung mehr denn je eine Frage des Geldes wird. Viele weitere Fragen, u.a. zur
208 juristischen Verantwortung von Keimzellen-Spender*innen oder die „Designer-Baby“-Diskussion schlie-
209 ßen sich an und können an dieser Stelle nicht ausreichend ausführlich beantwortet werden. Wichtig ist
210 aber, sich die Szenarien, die der technische Fortschritt auch auf dem Gebiet der menschlichen Sexua-
211 lität und Fortpflanzung ermöglicht, konkret vor Augen zu führen, um die politischen Konsequenzen im
212 Sinne der Technik-Governance abschätzen zu können. In vielerlei Hinsicht sind wir noch am Beginn der
213 Diskussion, lasst sie uns in der nötigen Breite führen.

T2

Für uns darf das nicht länger Neuland sein – Digitalisierung in Bildung und Verwaltung anpacken

1 „Das Internet ist für uns alle Neuland“ Ein Zitat von Bundeskanzlerin Angela Merkel aus dem Jahr 2013,
2 das wohl den meisten von uns in den Köpfen schwirren dürfte.

3 Falls Merkel mit „uns alle“ den Staatsapparat und mit diesem Satz dessen Aufgabenfelder, vor allem also
4 hier Bildung, Wirtschaft und Arbeitnehmerschutz oder Verwaltung meinte, hatte sie damals wie heute
5 Recht: Sowohl damals, als rund 76,5% der Bundesbürger*innen zwischen 16 und 72 Jahren das Internet
6 schon zum Onlineshopping, Kommunizieren mit Freunden und der Nachbarschaft über soziale Netzwerke
7 oder für den Konsum von Videos nutzten, als auch Heute wo nur noch rund 5% der Bundesbürger*innen
8 zwischen 16 und 72 Jahren das Internet noch nie benutzt haben, hat der Staatsapparat die Digitalisierung
9 irgendwie nie so richtig geschafft – oder auf den Punkt gebracht: verpennt! [1]

10 Während die Digitale Welt im privaten Bereich vom Smartphone bis zum Smart-Home weit über die Ziel-
11 gruppe der „Digital Natives“ hinaus Einzug in den Alltag der Menschen gehalten hat, bleibt eine Digitali-
12 sierung in nahezu allen Angelegenheiten der öffentlichen Hand schlichtweg aus.

13 Für zwei in diesem Zusammenhang besonders große Themenkomplexe, Bildung und Verwaltung, soll die-
14 ser Antrag daher die wesentlichen Probleme benennen, Lösungsansätze liefern und damit eine Perspek-
15 tive aufzeigen, um die öffentliche Hand endlich im 21. Jahrhundert ankommen zu lassen.

16 **I. Digitalisierung und Bildung**

17 Schon 2016 haben die NRW Jusos, in der „Bildung gibt es nicht für Lau“-Kampagne aufgezeigt, dass das
18 große Potenzial des digitalen Lernens genutzt werden muss, um Bildung allen zugänglich zu machen und
19 zu demokratisieren.

20 Digitale Bildung ist darüber hinaus mittlerweile unerlässlich, um jungen Menschen den verantwortungs-
21 vollen Umgang mit digitalen Endgeräten und vor allem den digitalen Medien als eine in Zukunft erforder-
22 liche Kernkompetenz für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft beizubringen.

23 Die aktuellen Methoden der Bildung von Heute sind nichts anderes als Bildung von gestern. Damit wollen
24 wir zukünftige Generationen auf die Probleme von Morgen vorbereiten – Das kann so nicht funktionieren!

25 Zentrale Punkte, die es für gute digitale Bildung braucht, sind:

26 **1. Digitale Infrastruktur:** Darunter verstehen wir neben den digitalen Endgeräten (Laptops/Tablets), die als
27 Bildungsmaterial selbstverständlich kostenlos sein müssen, auch den ausreichenden Ausbau des Internetan-
28 schlusses in der KiTa, Schule oder Hochschule und auch über das KiTa-/Schulort hinaus bei den Familien zu
29 Hause. Außerdem gehört zur digitalen Infrastruktur auch ein Wartungs- und Reparaturkonzept, sowie eine Per-
30 spektive für Soft- und Hardwareaktualisierungen. Auch die benötigte Software selbst, angefangen bei Office-
31 Anwendungen bis hin zu eigenen Lernportalen gehört zur digitalen Infrastruktur, muss jedoch selbstverständlich
32 an die digitalen Lernkonzepte bzw. Lerninhalte anknüpfen.

33 Mit dem Förderpaket „Gute Schule 2020“ und dem Geld aus dem „Digitalpakt“ des Bundes sollten die
34 Kommunen als Schulträger ihre Schulen vor allem mit digitalen Endgeräten ausstatten und so die Digi-
35 talisierung vorantreiben. Das ist leider nicht ganz so gelaufen, wie die Landesregierung sich das vorge-
36 stellt hat: Bei vielen Schulen bestand dringender Renovierungsbedarf, sodass dieser Vorrang vor neu-
37 en Anschaffungen hatte. Außerdem stellte sich für jede Kommune neben der Frage der Form des End-
38 geräts auch die Frage nach dem Hersteller und dem damit verbundenen Betriebssystem. Außerdem
39 kam die Frage der Abdeckung und der Umsetzung auf: Individuelle Geräte, Ausleihbare Klassensätze,
40 BringYourOwnDevice-Konzepte und vieles mehr. Letztendlich hat das dazu geführt, dass die Schüler*in-
41 nen je nach ihrem Wohnort einen unterschiedlich guten Zugang zu digitaler Bildung haben und darüber
42 hinaus auch noch auf völlig verschiedene Art und Weise. Diese Digitalisierungspolitik kann langfristig nicht
43 zielführend sein. Chancengleichheit und einheitliche Umsetzung würde nicht nur Schüler*innen und Fa-
44 milien entlasten, Sicherheit bieten und eine tatsächlich bestmögliche digitale Bildung, sondern auch den
45 Kommunen die Belastung abnehmen, ein vollkommen individuelles Digitalisierungskonzept ohne Hilfe-
46 stellungen des Landes oder BestPractice-Erfahrungen zu entwerfen. Neben der Entscheidung über die
47 Anschaffung von Endgeräten müssen die Kommunen mit den Schulen individuell ohne einen „Grund-
48 baukasten“ Software auswählen und konkrete Lerninhalte festlegen. Vor Ort muss ein Wartungs- und
49 Neuanschaffungskonzept für Reperaturen, Updates und Hardwareaktualisierungen auf die Beine gestellt
50 werden. Verglichen mit dem Umfang dieser vom Land an die Kommunen übertragenen Aufgaben ist die
51 personelle und finanzielle Ausstattung der Kommunen winzig.

52 Auch der von der Landesregierung im Wahlkampf versprochene Netzausbau lässt weiter auf sich war-
53 ten – Minister Pinkwart meint: „der eigenwirtschaftliche Ausbau durch die Netzbetreiber ist der wesentli-
54 che Faktor für ein flächendeckende gigabitfähige Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen“. Das das so leider
55 nicht der Fall ist zeigt sich an der miserablen Netzanbindung der Schulen und auch der nach wie vor
56 schlechten Netzabdeckung, gerade im ländlichen Raum. Dabei sind Kommunen wie bei anderen Projek-
57 ten gefragt, bei der Ausschreibung und Auftragsvergabe darauf zu achten, dass Arbeitsschutz und gute
58 Arbeitsbedingungen gewährleistet werden.

59 **2. Digitale Lernkonzepte und digitale Lerninhalte:** *Damit ist, gerade in Bezug auf KiTa und Schule gemeint,*
60 *dass einerseits einheitliche Standards festgelegt werden müssen, die digitale Kompetenzen als Lernziele in den*
61 *verschiedenen Phasen des Bildungsweges aufzeigen und andererseits auch digitale Lerninhalte, also Software-*
62 *lösungen für bereits existierende Unterrichtsfelder, Implementierung der existierenden Inhalte in den digitalen*
63 *Unterricht oder vollständig neue Lerninhalte in den Fokus geraten müssen.*

64 In diesem Bereich wurde von der Landesebene zumindest relativ viel getan: Es gibt zum Beispiel einen
65 digitalen Kompetenzrahmen für Schüler*innen. Darin sind die zu erwerbenden Medienkompetenzen auf-
66 geführt. Zahlreiche Softwarelösungen bieten zudem die Möglichkeit, den digitalen Unterricht umzuset-
67 zen. Dennoch bleibt auch in diesem Themenfeld Handlungsbedarf: Der Medienkompetenzrahmen NRW
68 ist längst noch nicht in allen Lehrplänen, geschweige denn in allen Klassenzimmern angekommen. Die
69 Schulen müssen die vorhandenen Konzepte in den Schulalltag einbinden. Auch im Bereich der Frühkind-
70 lichen Bildung ist Digitalisierung noch kaum ein Thema, und dass obwohl auch im Kindergarten schon
71 einige Kinder das Tablet der Eltern regelmäßig nutzen oder ein eigenes Endgerät haben. Hier müssen
72 noch frühkindliche Konzepte zur Aufklärung über den verantwortungsvollen Umgang und die Risiken
73 entwickelt werden. Insbesondere müssen gerade in diesem Bereich die Erziehungsberechtigten in die
74 Konzepte einbezogen werden.

75 **3. Kompetentes Lehrpersonal:** *Digitale Kompetenzen vermitteln können nur Menschen, die selbst über gute*
76 *digitale Kenntnisse verfügen. Deswegen müssen Lehrer*innen sich mit der Software und der Hardware ausken-*
77 *nen und die Anwendungen und digitalen Kompetenzen beherrschen und erklären können.*

78 Angesichts des durchschnittlichen Alters von Lehrkräften und der bisher kaum stattfindenden Behand-
79 lung des Themas in der Aus- und Fortbildung besteht hier neben dem Infrastrukturausbau wohl der größ-

80 te Nachholbedarf. Viele Lehrer*innen müssen sich den Umgang mit digitalen Endgeräten von ihren Schü-
 81 ler*innen erklären lassen – das ist nicht Ziel der Sache. Des Weiteren muss sichergestellt werden, dass
 82 Lehrpersonen in der Lage sind, die digitale Bildung voran zu treiben ohne sich dabei entgegen rechtlicher
 83 Vorschriften zu verhalten. Hierfür benötigen wir einen klar formulierten Handlungsrahmen, der die Er-
 84 fordernisse des Datenschutzes berücksichtigt. Nur, wenn Lehrer*innen Rechtssicherheit haben, was im
 85 Rahmen des digitalen Lernens möglich ist und wo die (datenschutzrechtlichen) Grenzen sind, können sie
 86 die digitale Bildung optimal voran treiben.

87 Deshalb fordern wir:

- 88 • Investitionen aus Landes- und Bundesmitteln in den Netzausbau der Bildungseinrichtungen und
 89 auch der Privathaushalte: Bildung von Heute braucht guten Internetempfang!
- 90 • Das Land muss finanzielle Mittel zur Anschaffung digitaler Endgeräte zur Verfügung stellen, welche
 91 die Kommunen dann beim Land abrufen können. Außerdem muss landesweit ein Reperatur- und
 92 Wartungskonzept für die Endgeräte erstellt werden. Zudem muss zusätzliches IT-Personal einge-
 93 stellt werden. Reparatur und Wartung digitaler Technik müssen Aufgaben von Expert*innen, nicht
 94 von Lehrer*innen sein. Das heißt auch, dass damit die Unterschiede zwischen den Schulen, die mit
 95 moderner Ausstattung lehren, und denen, die noch mit Overheadprojektor und ähnlichem aus-
 96 kommen müssen, verringert werden müssen. So kann Chancengleichheit sichergestellt und die
 97 Kommunen entlastet werden: Bildung von Heute braucht digitale Endgeräte und Chancengleich-
 98 heit!
- 99 • Dem Renovierungsstau an Schulen muss durch Bekämpfung der Bildungsunterfinanzierung mit
 100 einem Investitionspaket zur Instandsetzung und Renovierung der Bildungseinrichtungen, sowie
 101 zum Netzausbau entgegengewirkt werden: Für Bildung von Heute brauchen die Kommunen Un-
 102 terstützung!
- 103 • Gerade für den Bereich Digitalkompetenzen müssen noch inhaltliche Konzepte ausgearbeitet wer-
 104 den, um die Kinder, die schon ihr erstes Smartphone besitzen oder es bekommen werden, an die
 105 Herausforderungen der digitalen Welt heranzuführen: Bildung von Heute braucht Konzepte für
 106 die Kleinsten!
- 107 • Digitales Lernen muss elementarer Bestandteil der Lehrer*innenaus- und Fortbildung werden. Das
 108 Land muss als Dienstherr darauf hinwirken, dass alle Lehrkräfte sich die notwendigen Fähigkeiten
 109 aneignen und Fortbildungen anbieten: Bildung von Heute braucht Lehrer*innen, die fit für die
 110 Zukunft sind!

111 **II. Digitalisierung und Verwaltung**

112 Wie schwer sich der öffentliche Sektor mit der Digitalisierung tut wird besonders in den Verwaltungen
 113 deutlich: egal ob in den Kommunen, Land oder Bund. Fast in keinem anderen Bereich wird es so deutlich,
 114 wie sehr auf Papier und manuelle Abläufe statt auf digitale Systeme gesetzt wird.

115 *In der Leistungsverwaltung führen Behörden und Bürger*innen durch komplexe und umfangreiche Antragsver-*
 116 *fahren regelmäßig Papierkrieg, auch wenn einiges bereits per Mail möglich ist müssen meist Antragsformulare*
 117 *zum Ausfüllen ausgedruckt oder letztlich doch im Original nachgereicht werden.*

118 *In der Ordnungsverwaltung stapeln sich die Fallakten in den Schränken und Archiven.*

119 *Ununterbrochen werden in der Buchhaltung Rechnungen eingescannt, um sie in das Buchhaltungssystem einzu-*
 120 *pflügen. Danach werden hunderte Seiten lange Haushaltspläne in den Druckereien gefertigt, einige Male gelesen*
 121 *und danach nie wieder genutzt.*

122 Um endlich auch die öffentliche Verwaltung auf den Stand des 21. Jahrhunderts zu bringen müssen kon-
123 sequent in der Theorie längst vorhandene Konzepte und Innovationen umgesetzt werden. Zusammen-
124 gefasst wird diese bisher noch viel zu selten umgesetzte Form des Verwaltungshandelns E-Government
125 genannt. Die wichtigsten Punkte zur Digitalisierung der Verwaltung sind:

126 **1. Open Data und Open Source**

127 Open Data meint, dass alle Daten der öffentlichen Hand, die nicht personenbezogen sind, nicht in Per-
128 sönlichkeitsrechte eingreifen und auch nicht aus anderen gerechtfertigten Gründen der Geheimhaltung
129 unterliegen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Durch eine nutzungsfreundliche Aufarbeitung
130 können so die in den Verwaltungen vorhandenen Daten von den Bürger*innen abgerufen werden. Mög-
131 liche Umsetzungsbeispiele sind schon jetzt, etwa in kommunalen Geoportalen zu finden.

132 Open Source meint, dass alle von der öffentlichen Verwaltung entwickelten Software-Lösungen, bei de-
133 nen durch die Veröffentlichung des Quellcodes keine Sicherheitslücken zu befürchten sind, öffentlich zur
134 Verfügung gestellt werden. Die Veröffentlichung des Quellcodes spielt auch für die Datensicherheit eine
135 große Rolle, indem „security by obscurity“ vermieden wird. Bei öffentlich einsehbarem Code ist es nicht
136 möglich, dass Unternehmen Daten ohne das Wissen der User abfangen. Dadurch können vor allem klei-
137 ne und mittelständische Unternehmen die Softwarelösungen für Ihre Anwendungsbereiche verwenden
138 oder Unternehmen im allgemeinen wiederum andere Software, angepasst auf die Verwaltungssoftware
139 entwickeln.

140 **2. Digitales Wissens- und Prozessmanagement**

141 Wissensmanagement und als wichtiger Bestandteil dessen Prozessmanagement kann dazu beitragen, In-
142 formationen und Erfahrungen nachhaltig weiterzugeben. Durch digitale Datenbanken wird nicht nur Platz
143 gespart, sondern es ist auch ein möglichst transparenter Zugriff für alle betroffenen Mitarbeiter*innen
144 möglich. Prozessmanagement bringt dabei vor allem für neue Verwaltungsmitarbeiter*innen Vorteile mit
145 sich.

146 **3. E-Akte und Bürger*innen-App**

147 Im Rahmen des E-Governments soll dem Bürger*innen ermöglicht werden, die Dienstleistungen der Ver-
148 waltung weitestgehend digital in Anspruch zu nehmen. Lösungskonzepte, wie die E-Akte müssen dazu
149 konsequent umgesetzt werden. Für den Datenschutz sind in diesem Rahmen die erforderlichen Voraus-
150 setzungen zu schaffen. Außerdem würde eine Bürger*innen-App, über die beispielsweise Termine ver-
151 einbart, Formulare ausgefüllt oder Daten an den*die zuständige Sachbearbeiter*in übermittelt werden
152 können, den Papierkrieg und in vielen Teilen auch dem sonst für die Bürger*innen eher unübersichtlichen
153 Verwaltungshandeln den Kampf ansagen.

154 **4. Fort- und Weiterbildung**

155 Ohne dass die Mitarbeiter*innen mit der Soft- und Hardware umgehen können funktioniert die Digitali-
156 sierung der Verwaltung selbstverständlich nicht. Deswegen braucht es gezielte Fort- und Weiterbildungen
157 für Führungskräfte und Sachbearbeiter*innen in den Bereichen Office-Software, E-Akte, Spezialsoftware
158 und diverse weitere auf die Aufgaben der jeweiligen person angepasste Inhalte. Auch die IT muss ent-
159 sprechend den technischen Gegebenheiten gegebenenfalls fortgebildet werden.

160 Deshalb fordern wir:

- 161 • Die konsequente Implizierung der E-Akte. In diesem Rahmen müssen geeignete Endgeräte zur Ver-
162 fügung stehen, alte Akten (etwa Bauakten, etc.) digitalisiert werden und Software-Voraussetzungen
163 für die Umsetzung (Digitale Rechnungen, Datenbanken, usw.) geschaffen beziehungsweise ange-
164 schafft werden. Insbesondere sollen auch Antragsverfahren digital möglich sein. Die Umstellung
165 soll nicht zulasten des Datenschutzes gehen.

- 166 • Eine flächendeckende Fort- und Weiterbildung für die Verwaltungsmitarbeiter*innen in denen die-
167 se in den Bereichen Office-Software, Spezialsoftware und allen anderen für die zukünftige digitale
168 Arbeit erforderlichen Bereichen geschult werden.
 - 169 • Im Zusammenhang mit Open Data und Open Source müssen die vorhandenen Informationen
170 und Software aufbereitet und den Bürger*innen Nutzer*innenfreundlich zur Verfügung gestellt
171 werden. Dies kann zum Beispiel, Verknüpft mit den Verwaltungsdienstleistungen auf der Home-
172 page und in einer Bürger*innen-App geschehen. Über diese könnten dann auch Veranstaltungen
173 und Termine publiziert und Stadtmarketing betrieben werden, oder typische Verwaltungsabläufe
174 transparent dargestellt und so für die Bürger*innen nachvollziehbar werden.
 - 175 • Wissen und Prozesse müssen digital visualisiert und gespeichert werden. Alle Betroffenen Mitar-
176 beiter*innen müssen Zugriff auf die Datenbanken haben und das Hinzufügen neuer Inhalte für
177 jede*n möglich sein.
- 178 [1] Zu den Nutzungszahlen vgl. <https://de.statista.com/statistik/studie/id/22540/doku->
179 [ment/internetnutzung-in-deutschland-statista-dossier/](https://de.statista.com/statistik/studie/id/22540/dokument/internetnutzung-in-deutschland-statista-dossier/)

U Umwelt- und Klimapolitik

U Umwelt- und Klimapolitik

U2	UB Ennepe-Ruhr	H2-Energie – saubere Technologien in den Alltag bringen	81
U5	UB Bielefeld	Im Namen der Rose: Auftakt für eine jungsozialistische Biodiversitätsstrategie	82

U2

H2-Energie – saubere Technologien in den Alltag bringen

- 1 Die Energiewende bis zum Jahr 2050 ist gesetzt und die Zeit läuft. Um eine Wende auch im Straßenverkehr
2 erreichen zu können, reicht es allerdings nicht auf elektrische Batterietechnologie zu setzen. E-Autos
3 haben nur eine begrenzte Reichweite, brauchen immer noch lange zum Laden, die Herstellung und vor
4 allem der Abbau von Lithium verursacht starke Umwelt- und Sozialprobleme, ebenso die Entsorgung der
5 Batterien. Aufgrund dessen müssen wir auf andere, saubere Technologien zur Mobilität setzen.
- 6 Eine dieser sauberen Technologien ist die Wasserstofftechnologie. Bei dieser wird Wasserstoff in einem
7 katalytischen Prozess in einer Brennstoffzelle gemeinsam mit Sauerstoff zu Strom umgewandelt. Durch
8 diese Technologie kann ökologischer Strom hergestellt werden. Außerdem wird durch eine kleinere Bat-
9 terie ein kleiner Teil von Lithium verwendet im Vergleich zu Batterie betriebenen Fahrzeugen. Allerdings
10 ist es wichtig, dass der Wasserstoff, der zu Energie wird, grüner Wasserstoff ist, also durch erneuerbare
11 Energien produziert wird.
- 12 In der aktuellen Situation der stockenden Energiewende und der schnellen Voranschreitung des Klima-
13 wandels müssen wir auf neue, ökologische Technologien setzen. Die Wasserstofftechnologie ist in vielen
14 Bereichen anwendbar. Sie kann sowohl als Antrieb für Autos genutzt werden, die in nur 4 Minuten voll-
15 getankt sind und schon heute Reichweiten von über 550km besitzen, als auch für die Industrie oder für
16 neue Heizsysteme im Wohnbereich.
- 17 Auch die Bundesregierung hat das Potenzial dieser neuen Form der Energiegewinnung bereits entdeckt
18 und eine H2-Strategie auf den Weg gebracht. Diese H2-Strategie hat das Ziel die Wasserstofftechnologie
19 in Deutschland voran zu bringen. Dies erfolgt sowohl anhand von äußerst großzügigen Fördertöpfen, die
20 bereit gestellt werden, als auch durch einen neu eingerichteten Rat, der die Ausbreitung der Technologie
21 zusätzlich weiterentwickeln soll.
- 22 Allerdings reicht uns das noch nicht! Daher fordern wir konkretere Maßnahmen, um diesen Energieträger
23 der Zukunft zu fördern.
- 24 Wir fordern,
- 25 • dass Städte, Gemeinden, Kreise und Körperschaften des öffentlichen Rechts ab 2025 nur noch
26 nachhaltige Fahrzeuge neu anschaffen und bis 2035 ihre Fuhrparks auf diese umstellen,
 - 27 • eine entsprechende Wasserstofftankstelle in der Umgebung schaffen, sodass die Anschaffung ei-
28 nes H2-Fahrzeugs für die Bürger*innen attraktiver wird und
 - 29 • dass das Tankstellennetz der H2-Tankstellen auch außerhalb der Innenstädte ausgebaut wird.
 - 30 • Erhöhte staatliche Förderungen von Wasserstofffahrzeugen im privaten Bereich
 - 31 • Dezentrale und ökologische Produktion von Wasserstoff
- 32 All diese Forderungen sind durch die neue H2-Strategie der Bundesregierung finanziell tragbar und be-
33 deuten einen wichtigen Schritt hin zu emissionsfreien Straßenverkehr.

U5

Im Namen der Rose: Auftakt für eine jungsozialistische Biodiversitätsstrategie

1 Der Verlust der natürlichen Vielfalt und die Vernichtung unserer eigenen Lebensgrundlagen ist als gene-
2 relles Problem unserer Zeit schon lange bekannt. Im Jahr 2019 veröffentlichte allerdings der Biodiversi-
3 tätsrat IPBES (Intergovernmental Platform for Biodiversity and Ecosystem Services) der Vereinten Natio-
4 nen seinen Global Assessment Report, in dem deutlich wurde, wie drastisch sich der durch den Menschen
5 herbeigeführte Biodiversitätsverlust in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat: Allein bei den Wirbeltierar-
6 ten gab es einen Rückgang um 60 % seit 1979. In der Wissenschaft wird inzwischen davon ausgegangen,
7 dass wir uns momentan im größten Massensterben seit dem Aussterben der Dinosaurier vor 65 Mio. Jah-
8 ren befinden. Gründe dafür sind vor allem eine intensivere Landnutzung, der Klimawandel, ein höherer
9 Anteil von Kohlenstoffdioxid in der Atmosphäre und die Stickstoffbelastung in Gewässern durch Über-
10 düngung und Abgase. Zur intensiveren Landnutzung zählen vor allem die Forst- und die Landwirtschaft,
11 bei welchen im Folgenden die Probleme analysiert und Lösungsansätze vorgestellt werden sollen.

12 **Unsere Wälder durch eine größere Diversität weniger anfällig machen**

13 Die globale Erwärmung ist eine große Herausforderung für unsere heimischen Wälder. Längere Trocken-
14 perioden, wärmere Sommer und allgemein sich verändernde jahreszeitliche Bedingungen setzen ihnen
15 nicht nur direkt zu, sondern sie begünstigen auch Schädlinge wie den Borkenkäfer. Dabei lenkt dies nur
16 den Blick auf ein altes Problem, mit dem unsere Wälder konfrontiert sind: Die fehlende Diversität der
17 Baumbestände zugunsten der Forstwirtschaft. Auch wenn dieses Problem schon länger bekannt ist und
18 inzwischen andere Strategien angewandt werden, ist ein großer Teil unserer Wälder durchsetzt von Mo-
19 nokulturen, meist Fichtenbestand. Daher bietet der Befall durch den Borkenkäfer u.a. auch eine Chance,
20 den Wald durchmischer zu gestalten und dadurch widerstandsfähiger gegen Schädlinge zu machen. Um
21 gleichzeitig den sich verändernden klimatischen Bedingungen und den in Mitteleuropa heimischen Wald-
22 gesellschaften gerecht zu werden, fordern wir:

- 23 • Für die Aufforstung der Wälder in öffentlicher Hand sollen vorrangig Laubbäume, darunter beson-
24 ders Buchen und Eichen, genutzt werden. Mischwaldbestände sind ebenfalls reinen Nadelholzbe-
25 ständen vorzuziehen. Aufgrund der klimatischen Veränderungen sollen besonders trockenheits-
26 empfindliche Arten vermieden werden. Es sollen bei der Auswahl der Bäume, Baumarten genutzt
27 werden, die an die sich verändernden bzw. zukünftigen klimatischen Bedingungen und an das hie-
28 sige Ökosystem angepasst sind.
- 29 • Es wäre falsch, alle freien Flächen von jetzt auf gleich mit sogenannten "Waldbaumarten" zuzupflas-
30 tern. Lichtungen und die langsame Entwicklung durch Pionierbaumarten sind für das Ökosystem
31 Wald ebenfalls von Bedeutung – nicht nur das Endprodukt, der „fertige“ Wald.
- 32 • Gleichzeitig stellen wir die grundsätzliche forstwirtschaftliche Nutzung des Waldes nicht infrage. Ei-
33 ne regionale Forstwirtschaft ist nachhaltiger, als Holz aus fernen Ländern importieren zu müssen.
34 Diese darf aber nicht nur wirtschaftlich sein, sondern muss auch den Ansprüchen der Menschen
35 und Tiere, die im und um den Wald leben, gerecht werden. Das Land NRW ist dazu angehalten, ein
36 solches Konzept zu entwickeln. Langfristig hilft dies auch der Forstwirtschaft, mit den sich ändern-
37 den klimatischen Bedingungen besser umgehen zu können.

- Die zügige Schaffung eines Nationalparks Teutoburger Wald mit Einbezug der britischen Truppenübungsplätze in der Senne.

40 **Der Wald braucht unsere internationale Solidarität**

41 Die Beziehung zwischen Wald und Klimawandel ist jedoch nicht nur einseitig, im Gegenteil: Die ungehemmte Abholzung vor allem des tropischen Regenwalds und der sibirischen Taiga befeuert die globale Erwärmung immens. Darunter leidet zusätzlich die lokale Bevölkerung, indem sie von der Holzindustrie ausgenutzt und sie und der Wald gegeneinander ausgespielt werden. Wir Jusos sprechen uns entschieden gegen diese Ausbeutung von Mensch und Natur durch Unternehmen aus, die nur den kurzfristigen Profit vor Augen haben, aber an Nachhaltigkeit nicht interessiert sind. Wir fordern daher:

- Die Förderung lokaler Umweltschutzprojekte durch die Entwicklungshilfe, die die vor Ort lebenden Menschen und ihre Interessen mit einbezieht. Beispielsweise kann ein nachhaltig aufgebauter Tourismus eine wirtschaftliche Überlebensgrundlage fernab der Holzindustrie liefern.
- Internationaler Druck durch wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen seitens Deutschlands und der Europäischen Union für Länder, die massive Abholzungen durchführen sowie eine wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung für ebensolche Länder, die stattdessen zum Erhalt der Wälder beitragen, zu diesem Zweck muss die Nachverfolgbarkeit über die Herkunft und die Abbaubedingungen des Holzes drastisch verbessert werden und für Verbraucher*innen transparent gestaltet werden. Grundlage der Entscheidungen für Sanktionen oder Förderungen sollen Analysen und Berichte des Weltbiodiversitätsrats (IPBES) der Vereinten Nationen darstellen.
- Wir fordern entwaldungsfreie Lieferketten, um Wälder auf der ganzen Welt zu schützen. Es muss endlich Schluss sein mit freiwilligen Selbstverpflichtungen, die nicht eingehalten werden. Unternehmen müssen zur Verantwortung gezogen werden! Wir unterstützen daher den Gesetzesentwurf der S&D-Fraktion im EU-Parlament, der regelmäßige Berichte, mehr Transparenz und Haftung für Unternehmen fordert, die Wälder und andere Biotop bei der Produktion ihrer Produkte nicht schützen. Es ist die Pflicht der Unternehmen, sich nicht aus der Verantwortung zu ziehen, wenn sie in anderen Ländern Schäden anrichten und von deren Standort profitieren. Die EU-Kommission darf nicht erneut vor der Wirtschaftslobby einknicken!

65 **Zum Schutz der biologischen Vielfalt: EU-Agrarsubventionen reformieren**

66 Neben dem Waldsterben wurden in der breiten Öffentlichkeit der letzten Jahre zwei weitere Verluste von biologischer Vielfalt viel diskutiert: Das Insekten- sowie das Vogelsterben. Allein in Deutschland ist in den letzten 30 Jahren die Insektenbiomasse um teilweise mehr als 70 % zurückgegangen. Da Insekten die Nahrungsgrundlage vieler anderer Lebewesen, u.a. vieler Vogelarten, sind, ist ihr Rückgang besonders besorgniserregend. Ursachen hierfür sind zu einem großen Teil in der Landwirtschaft zu finden. Die Art und Weise, nach welchen Kriterien die Europäische Union Agrarsubventionen verteilt, fördert vor allem große Flächen mit monokulturellem Anbau. Dabei sind gerade kleinteilige, abwechslungsreiche Landschaften notwendig, um den Ansprüchen unterschiedlich angepasster Arten gerecht zu werden. Auch die weiterhin übermäßige Nutzung von Pestiziden und Insektiziden trägt zum Verlust der Artenvielfalt bei. Aber auch in den Städten kann noch viel für Insekten und andere Tiere getan werden. Deshalb fordern wir:

- Eine schnelle und weitreichende Reform der EU-Agrarsubventionen weg von großflächigen Monokulturen und hin zu kleinteiligen, vielseitigen Anbaumethoden. Dabei ist außerdem auf Blühstreifen für Insekten und Gehölze an den Feldrändern als Brutplätze für Vögel zu achten.
- Eine starke Einschränkung von Pestiziden und Insektiziden bis hin zum völligen Verbot, vor allem bei der präventiven und großflächigen Nutzung muss dabei zügig gehandelt werden. Als Alternative sollen natürliche Fressfeinde von Schädlingen genutzt werden. Auch hier hilft eine Verringerung von Monokulturen, da diese besonders anfällig für Schädlinge und Krankheiten sind.

- 83 • In Städten soll darauf geachtet werden, dass sich ein Park oder Grünzug nicht immer durch “engli-
84 schen Rasen” auszeichnen muss. Auch hier gilt es, Blühwiesen zu fördern. Desweiteren wollen wir
85 uns für eine Ausweitung von Urban Gardening Projekten starkmachen.

W Wirtschaft

W Wirtschaft

W3	Landesvorstand, Region Ostwestfalen- Lippe	Stärker zurückkommen: Die neue Normalität muss eine bessere sein! - Ansätze für eine progressive Politik nach Corona	86
----	---	---	----

W3

Stärker zurückkommen: Die neue Normalität muss eine bessere sein! - Ansätze für eine progressive Politik nach Corona

1 Gut ein halbes Jahr nach Ausbruch der Corona-Pandemie müssen wir festhalten, dass es sich bei der
2 aktuellen Krise trotz vieler zuvor um die einschneidendste Krise seit dem zweiten Weltkrieg handelt. Die
3 Pandemie hat zeitweise zu einem vollständigen Erliegen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen
4 Lebens geführt, sie hat weltweit hunderttausende Menschen das Leben gekostet und nach wie vor haben
5 wir nicht das erreicht, was öffentlich als „die neue Normalität“ diskutiert wird. Nun, einige Monate nach
6 dem Corona-Schock, ist die Debatte über die Lehren aus und die Folgen von dieser Krise in vollem Gange
7 und für uns als Jusos ist klar: Die neue Normalität nach Corona darf nicht die alte Normalität vor Corona
8 sein. Wir müssen stärker aus der Krise zurückkommen: Die neue Normalität muss eine bessere sein!

9 Aus politischer Sicht beispielsweise muss die Lehre aus dieser Zäsur sein, dass wir endgültig Abschied
10 nehmen von den zwei maßgeblich dominierenden Politiken der letzten Jahrzehnte.

11 Dabei handelt es sich zum einen um die Ideologie des Neoliberalismus, die in den letzten Jahrzehnten
12 so prägend war wie keine andere und die zugleich nun so offensichtlich am Ende ist wie keine andere.
13 Die Idee, dass das zentrale Ordnungssystem unserer Gesellschaft der Markt ist, auf dem sich eigen-
14 verantwortliche Individuen zur Profitmaximierung versammeln, und dass dieser Markt, einmal aus dem
15 Gleichgewicht geraten, sich durch magische Selbstreinigungskräfte wieder selbst besser ins Gleichgewicht
16 bringt als durch politische Steuerung; diese Idee ist krachend gescheitert. Das neoliberale Mantra „Privat
17 vor Staat“ und das zusammengefasste Glaubensbekenntnis „Das regelt der Markt.“ wirkt angesichts der
18 aktuellen Lage wie Hohn und vermag nur noch Delegierte eines FDP-Parteitags zu überzeugen. Die große
19 Mehrheit der Menschen hingegen musste in den letzten Jahren und nun spätestens durch die Corona-
20 Krise erfahren, was der Markt alles nicht regelt. Der Markt hat weder für 5G an jeder Milchkanne, noch
21 für flächendeckende Mobilität in der Breite der Bundesrepublik, weder für eine angemessene Gesund-
22 heitsversorgung, noch für bezahlbaren Wohnraum oder die angemessene Entlohnung systemrelevanter
23 Berufe gesorgt. Und wie schlecht es um die vermeintlichen Selbstreinigungskräfte des Marktes bestellt
24 ist, kann daran gesehen werden, dass selbst diejenigen, die sich Eingriffe des Staates immer verboten
25 haben, nun die Lautesten sind, die nach staatlichen Hilfen rufen.

26 Die zweite dominante Politik der letzten Jahrzehnte, die nun an ihr Ende kommen muss, ist das TINA-
27 Prinzip (**T**here **i**s **n**o **a**lternative), mit dem politische Entscheidungen nicht mit Sach-Argumenten, son-
28 dern mit dem Verweis auf ihre vermeintliche Alternativlosigkeit gerechtfertigt wurden. Denn während zu
29 Beginn der Pandemie und auf der Ebene des unmittelbaren Krisenmanagements bestimmte Entschei-
30 dungen in der Tat zwingend und richtig waren, bestehen nun in der Frage, welche Konsequenzen aus der
31 aktuellen Krise gezogen werden müssen, so klare Alternativen wie lange nicht mehr. Die Chancen für pro-
32 gressive Politik für die Zeit nach Corona stehen gut, aber das Ende des Neoliberalismus wird kein Selbst-
33 läufer, weil uns auf der anderen Seite eine Koalition aus Konservativen und Neoliberalen gegenübersteht,
34 die nach der Krise mit den alten, gescheiterten Rezepten weitermachen wollen. Dagegen müssen wir eine
35 progressive, gesellschaftliche Allianz für ein besseres Morgen bilden, mit der wir stärker als vorher aus
36 der Krise herauskommen. Der Kampf um die Deutungshoheit rund um die Corona-Krise ist also in vollem
37 Gange und wir werden ihn nur dann für uns entscheiden können, wenn wir klar sagen können, wie die
38 neue Normalität eine bessere sein kann. Dazu macht dieser Antrag einen Aufschlag.

39 Ein neues Staatsverständnis

40 Die bessere Normalität braucht vor allem ein neues Verständnis über die Rolle des Staates in unserer
41 Gesellschaft. Wir sind der Überzeugung, dass nicht der Markt, sondern eben der Staat als demokrati-
42 sche Verfasstheit aller Bürger*innen das zentrale Ordnungssystem unserer Gesellschaft darstellt. Und
43 wie kaum zuvor hat die Corona-Krise zum einen die Handlungsfähigkeit des Staates unter Beweis gestellt
44 und zum anderen auch den Primat der Politik über die Wirtschaft. Während in der Vergangenheit der
45 marktkonformen Demokratie der Mund geredet wurde, steht es für uns nicht zur Debatte, dass wir ei-
46 nen demokratiekonformen Markt brauchen, dem der Staat zu diesem Zweck klare Vorgaben gibt. Unser
47 Staat für ein besseres Morgen ist aber auch **ein aktiver und handlungsfähiger Staat**, der dem Markt
48 nicht nur einen klaren Handlungsrahmen gibt, sondern auch selbst **durch Investitionen für wirtschaftli-**
49 **chen Erfolg und gesellschaftlichen Fortschritt sorgt**. Den staatlichen Investitionen müssen dabei zwei
50 entscheidende Aufgaben zukommen. Zum einen stellen sie die Grundlage für den wirtschaftlichen Er-
51 folg der Bundesrepublik dar. Denn damit Unternehmen erfolgreich sein können, braucht es eine gute
52 öffentliche Infrastruktur – und zwar sowohl physisch in Form von intakten Straßen und Brücken, einem
53 umfassenden Mobilitätsangebot und einer guten digitalen Infrastruktur, als auch sozial in Form von bes-
54 ter Bildung und Forschung, einer guten Gesundheitsversorgung und der Garantie von sozialer Sicherheit.
55 In den vergangenen Jahrzehnten wurden immer mehr dieser öffentlichen Aufgaben privatisiert und da-
56 mit dem Diktat der Profitmaximierung unterworfen, mit den bereits beschriebenen Folgen. Wir sind der
57 Auffassung: **Öffentliche Aufgaben gehören in öffentliche Hand! Es gibt einfach bestimmte Bereiche**
58 **des Zusammenlebens, die keiner Marktlogik unterworfen werden dürfen.**

59 Die zweite Aufgabe von öffentlichen Investitionen ist die einer Steuerungsfunktion. Der Staat sollte also
60 nicht blind investieren und so quasi für Herdenliquidität sorgen, sondern durch gezielte Investitionen
61 jene Art des Wirtschaftens und auch jene Innovationen fördern, die dem Gemeinwohl dienen. **Konkret**
62 **bedeutet das, dass Unternehmen nur dann Gelder der Allgemeinheit bekommen sollten, wenn sie**
63 **sich auch zu Zielen der Allgemeinheit verpflichten.**

64 Staatsschulden

65 Mit einem neuen Staatsverständnis in der besseren Normalität muss auch ein neues Verständnis von
66 Staatsschulden einhergehen. Im Verlauf der Corona-Krise hat die Bundesregierung mit zwei Konjunktur-
67 programmen in bemerkenswertem Umfang reagiert und so den wirtschaftlichen und sozialen Totalab-
68 sturz verhindert. Im März wurde das Corona-Schutzschild „Bazooka“ über 350 Milliarden Euro für Zu-
69 schüsse und Hilfen sowie zusätzlichen 820 Milliarden Euro für Beteiligungen, Kredite und Bürgschaften
70 aufgelegt. Im Juni folgte das Konjunkturprogramm „Wumms“ mit einem Umfang von 160 Milliarden Euro.
71 Angesichts dieser Summen, die die Staatsschuldenquote der Bundesrepublik in die Höhe getrieben ha-
72 ben, ist die Debatte darüber, wie diese Schulden wieder zurückgezahlt werden können in vollem Gange
73 und es wird auf uns ankommen dafür zu sorgen, dass nicht dieselben Fehler wie nach der Finanzkrise
74 2008 gemacht werden.

75 Damals hat man als Reaktion auf eine verbreitete Staatskepsis und aufgrund der Verunsicherung in
76 der Bevölkerung 2009 die Einführung einer Schuldenbremse beschlossen – mit verheerenden Folgen. Die
77 Schuldenbremse ist die ins Grundgesetz geschriebene neoliberale Ideologie, die die Handlungsfähigkeit
78 des Staates massiv eingeschränkt hat. Und während es in den Jahren nach der Finanzkrise öffentliche
79 Anerkennung für ausgeglichene Haushalte gegeben hat, sieht eine große Mehrheit der Menschen heute
80 die enorme Diskrepanz zwischen dem fetischisierten ausgeglichenen Haushalt und den realen Verhältnis-
81 sen im Land. Aufgrund mangelnder Investitionen durch die Schuldenbremse hinkt die Digitalisierung von
82 Wirtschaft und Gesellschaft peinlich weit hinterher. Die Bildungsausgaben stagnieren seit zehn Jahren im
83 Verhältnis zur Wirtschaftskraft. Die sozial-ökologische Transformation ist zum Erliegen gekommen, was
84 man unter anderem daran sieht, dass die Bundesrepublik ihre Vorreiterinnenrolle bei den Erneuerba-
85 ren Energien schon längst wieder verloren und die Automobilbranche als Schlüsselindustrie den Struk-
86 turwandel verschlafen hat. Und die öffentliche Infrastruktur ist aufgrund des massiven Investitionsstaus
87 marode und damit eine zunehmende Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit. So sieht die Bilanz von 10

88 Jahren Schuldenbremse in Deutschland aus. Noch schlimmer hat es die Länder im Süden Europas getroffen, denen wir im Zuge der Eurokrise dieselbe bittere Medizin der Austerität aufgezwungen haben – nur in noch stärkerem Maße. Diese hat während der Corona-Krise tödliche Folgen gehabt, weil die dortigen kaputtgesparten Gesundheitssysteme nicht in der Lage waren, die Pandemie angemessen zu bewältigen.

92 Diesen Kardinalfehler, nämlich den Versuch, sich gesund zu sparen, dürfen wir nun nicht wiederholen. Der Weg der Konsolidierung durch Austerität ist ein Irrweg. Damit bekennen wir uns zum Weg des Herauswachsens aus der Krise, der es ermöglicht, die Staatsschulden solange zu überwälzen, bis die Schuldenquote durch ein gestiegenes BIP wieder sinkt. Wozu die Alternative des Heraussparens der Konservativen und Neoliberalen führt, konnte eindrücklich in den letzten Jahren beobachtet werden. In Wahrheit hat diese status quo-Koalition der Bewahrer*innen schlicht keinen Plan mehr für die Zukunft.

98 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns konkret:

99 • Wir bekräftigen angesichts der Corona-Krise unsere Forderung nach einer **Abschaffung der Schuldenbremse** und nach einer **Abkehr der Politik der schwarzen Null**.

101 • Statt einmaligen Konjunkturprogrammen fordern wir **ein mehrjähriges, massives Investitionsprogramm**. Die Investitionen sollten sowohl über unkomplizierte Wege den Kommunen zur Verfügung gestellt werden als auch direkt über Bund und Länder laufen. Folgende sieben Schwerpunkte gilt es dabei zu setzen:

105 – Ausbau und Modernisierung des Schienennetzes.

106 – Instandsetzung, Neubau und Anschaffung digitaler Hardware in Bildungseinrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten und Universitäten.

108 – Programme zum öffentlichen Wohnungsbau.

109 – Ausbau erneuerbarer Energien beispielsweise über Programme wie Windbürger*innengelder und kommunal subventionierter Ausbau von Solardächern.

111 – Aufbau massiver Kapazitäten zur Wasserstoff-Produktion.

112 – Flächendeckender Ausbau digitaler Netze.

113 Finanzierung

114 Die bessere Normalität braucht aber auch endlich einen angemessenen Beitrag der Wohlhabenden in unserer Gesellschaft zur Finanzierung der Kosten der Krise sowie eine gerechte Verteilung der Vermögen insgesamt. Mitten in der Corona-Krise hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Juli noch einmal eindrückliche Zahlen zur Vermögenskonzentration in Deutschland vorgelegt. Demnach besitzen die reichsten zehn Prozent der Menschen in Deutschland gut zwei Drittel des Gesamtvermögens, während die Hälfte der Bevölkerung nahezu gar kein Vermögen besitzt. Mit diesem Zustand können wir uns als Jusos und mit diesem Zustand kann sich auch die Sozialdemokratie nicht abfinden. Die bessere Normalität braucht daher ein klares Bekenntnis zur Umverteilung und zu einer gerechten Steuerpolitik, die dafür sorgt, dass die Lasten der Krise nicht wieder nur von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen geschultert werden.

124 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns hier konkret:

125 • eine **einmalige, krisenbedingte Vermögensabgabe für sehr hohe Vermögen**.

126 • Die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer**, wie von den NRW Jusos gefordert, muss schnell umgesetzt werden.

128 • Ebenso bekräftigen wir unsere Forderungen zur **Einführung der Vermögenssteuer** und einer **Reform der Erbschaftssteuer**, wie sie vom SPD-Bundesparteitag zuletzt beschlossen wurde.

130 **Wirtschaft und Arbeit**

131 In keinem anderen Bereich ist es so notwendig, dass die neue Normalität eine bessere wird, wie im Be-
132 reich von Wirtschaft und Arbeit. Schonungslos hat die Corona-Krise die Widersprüche und Schwächen
133 eines Wirtschaftssystems offen gelegt, dessen oberste und manchmal auch einzige Maxime die der Pro-
134 fitmaximierung ist.

135 In beispiellosem Ausmaß haben wir auf der einen Seite einen Angebotsschock erlebt, weil die hyperglo-
136 balisierte Wertschöpfung mit ihren krisenanfälligen just-in-time-Lieferketten teilweise vollständig zum Er-
137 liegen gekommen ist. Die Unternehmen waren schlicht nicht mehr in der Lage zu produzieren. Und zum
138 anderen haben wir in gleicher Weise einen Nachfrageschock erlebt, weil die Verbraucher*innen durch
139 Einkommens- oder gar Jobverlust und Kontaktbeschränkungen kaum noch in der Lage waren zu konsu-
140 mieren. Um die Krise zu bewältigen, wird es nun darauf ankommen, sowohl die Wertschöpfung wieder
141 zu stabilisieren als auch die Nachfrage wieder zu stimulieren. Dies darf aber eben nicht durch ein Zurück
142 zum Vor-Corona-Zustand passieren, sondern wir müssen die richtigen Schlüsse aus diesem doppelten
143 Schock ziehen und die Chance für eine bessere Normalität nutzen.

144 Wirtschaftspolitisch heißt das vor allem, dass wir ganz aktiv jene Form des Wirtschaftens fördern, die
145 dem Gemeinwohl dient. Diese zeichnet sich durch gute, tarifgebundene Beschäftigung, durch eine De-
146 mokratisierung der Unternehmen, durch qualitatives Wachstum im Sinne der sozial-ökologischen Trans-
147 formation sowie durch echte Gleichstellung in den Betrieben aus. Auch global muss die Corona-Krise dazu
148 führen, dass zum Beispiel die internationalen Lieferketten nicht länger nur nach dem Maßstab der Profit-
149 maximierung, sondern vor allem unter dem Gesichtspunkt der Resilienz zu organisieren sind. Durch ein
150 entsprechendes Lieferkettengesetz gilt es dabei, faire Arbeitsbedingungen auch über den nationalen Rah-
151 men hinaus zu garantieren. Und um das einmal klarzustellen: Die vollkommen berechtigte Kritik an einer
152 bestimmten Form der Globalisierung („Hyper-Globalisierung“) und die ebenfalls berechtigte Forderung,
153 ausgewählte Lieferketten ein Stück weit weniger global zu organisieren, darf nicht dazu führen, dass wir
154 uns gemein machen mit denjenigen, die der vermeintlichen Re-Nationalisierung das Wort reden. Wir müs-
155 sen im Gegenteil zwar klar die negativen Auswirkungen der entfesselten Globalisierung thematisieren, um
156 sie dann aber aktiv zu gestalten, ohne zu einfachen Ressentiments nachzugeben. Eine sozialdemokratisch
157 gestaltete Globalisierung kann so zu mehr qualitativem Wachstum, zu besseren Arbeitsbedingungen und
158 zu besseren Löhnen im globalen Kontext führen.

159 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns wirtschaftspolitisch konkret:

- 160 • Weitere **Stimulierungen privater Investitionen**. Gerade in einer möglichen Rezession werden
161 private Investitionen dringend benötigt. Auch hier gilt es, schwerpunktmäßig die Transformationen
162 in den Bereichen Sozialstaat, Digitalisierung und Klimaschutz voranzutreiben.
- 163 • Durch einen bei der KfW aufgesetzten oder staatlichen Fonds kann **Kapital für innovative Neu-**
164 **gründungen** zur Verfügung gestellt werden.
- 165 • Die stattfindenden und zu erwartenden Transformationsprozesse erzeugen erheblichen Weiter-
166 bildungsbedarf, um Beschäftigung zu sichern. Beschäftigte müssen qualifiziert werden, um in ge-
167 änderten oder neuen Berufsfeldern gute Arbeit zu finden. Neben einem **Ausbau der Kapazitäten**
168 **der Berufskollegs** ist auch dringend in **betriebliche und überbetriebliche Weiterbildungsan-**
169 **gebote** zu investieren. Auch hierfür könnte ein bei der KfW aufgesetzter oder staatlicher Bildungs-
170 fonds die notwendigen Mittel aufbringen, um das lebenslange und immer wiederkehrende Lernen
171 im Job zu ermöglichen.
- 172 • Um Unternehmensinsolvenzen zu verhindern, wird der Staat sich mit Eigenkapital an vielen Unter-
173 nehmen beteiligen müssen oder hat dies schon getan. Dabei sollen klare Kriterien gesetzt werden,
174 dass die Beteiligung des Staates nur stattfindet, wenn die künftigen Geschäftsfelder der Unter-
175 nehmen für sozialen und ökologischen Fortschritt und nicht für Rückschritt und Stillstand stehen,

dass Vorstandsgehälter und -boni gedeckelt sind, Steuern in der Bundesrepublik gezahlt werden müssen und dass in den Unternehmen nach Tarif bezahlt wird. **Wer Geld von der Allgemeinheit bekommt, muss sich auch zu Zielen der Allgemeinheit verpflichten.**

- Durch steuerpolitische Maßnahmen können **Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Digitalisierung und Klimaschutz** verbessert werden.
- Der **Aufbau einer Pharmaindustrie, die die Abhängigkeit von bisherigen Lieferketten löst**, muss ein strategisches Ziel der Gesundheitspolitik werden. Dabei muss vor allem in den Blick genommen werden, wie staatliches Kapital für pharmazeutische Innovationen und Neugründungen zur Verfügung gestellt werden kann.
- Durch ein **wirksames Lieferkettengesetz** für weiterhin notwendige Lieferketten werden wir auch global für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne kämpfen und das Klima schützen.

Arbeitsmarktpolitisch haben wir in Deutschland gerade in den letzten Wochen gesehen, dass der Abschied vom Neoliberalismus kein zwingender ist, sondern von uns aktiv betrieben werden muss. Am Anfang der Pandemie wurden einzelne Dienstleistungsberufe vor allem im Gesundheits-, Einzelhandels- und Logistikbereich noch als systemrelevant und heldenhaft gefeiert und beklatscht. Jetzt hingegen, da diese Arbeitnehmer*innen zurecht für bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung kämpfen, schlägt ihnen teilweise von denselben Leuten Unverständnis dafür entgegen, dass sie für ihre Rechte streiken. Dabei wissen wir schon heute, dass diese meist prekär Beschäftigten innerhalb ihres Arbeitsverhältnisses wenig eigenen Schutz vor der Pandemie erfahren haben und auch am längsten mit ihren Auswirkungen in Form von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben werden. Wir sind der klaren Auffassung: Klatschen reicht nicht! Wer den Laden hier am Laufen hält, muss auch anständig bezahlt werden und unter fairen Bedingungen ihren*seinen Job machen können. Kämpfer*innen dafür sind in allererster Linie unsere Kolleg*innen in den Gewerkschaften.

Und die bessere Normalität braucht wieder stärkere Gewerkschaften in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit angesichts der massiven Transformation der Arbeitswelt. Wir erleben zum einen, dass die Organisationsbedingungen der Belegschaften sich massiv verändern. Während manche im Homeoffice für sich allein arbeiten, befinden sich andere in Kurzarbeit und wieder andere arbeiten ganz normal weiter in den Betrieben. Diese Fragmentierung der Belegschaft stellt die gewerkschaftliche Organisation vor erhebliche Herausforderungen. Zum anderen erleben wir, dass die Kapitaleseite versucht, das Modell der Sozialpartnerschaft als nicht mehr zeitgemäß darzustellen. So ließ kürzlich ein Banken-Startup keine Anstrengung unversucht, die Gründung eines Betriebsrats zu vermeiden, weil dieser gegen alle Werte verstoße, an die das Unternehmen glaube. Wer aber glaubt, dass der Wandel der Arbeitswelt weniger Mitbestimmung bedeuten müsste, hat in uns und unseren gewerkschaftlichen Kolleg*innen die entschiedensten Gegner*innen. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Der Wandel in der Arbeitswelt muss zu mehr statt zu weniger Mitbestimmung führen!

Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns arbeitsmarktpolitisch konkret:

- Für die in der Krise zurecht als systemrelevant gefeierten Berufe braucht es endlich auch eine **finanzielle Aufwertung**. Dazu wäre ein **allgemeinverbindlicher Tarifvertrag Pflege** beispielsweise ein wichtiger Schritt. Ansonsten wäre über **Branchenmindestlöhne für Care-Berufe oder solche im Einzelhandel**
- Vor allem müssen wir die Rahmenbedingungen aber auch so gestalten, dass sich abhängig Beschäftigte aus diesen Bereichen **verstärkt in Gewerkschaften organisieren**, um effektiv und demokratisch für bessere Arbeitsbedingungen wie z.B. veränderte Personalschlüssel etc. eintreten zu können. Hier erneuern wir unsere Forderung nach einer Stärkung der Gewerkschaften durch:

- 220 – die **Aufhebung des Arbeitgeber*innen-Vetos** bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung
- 221 von Tarifverträgen
- 222 – ein **hartes strafrechtliches Vorgehen gegen die Behinderung von Gewerkschaftsakti-**
- 223 **vitäten**, dem sogenannten Union Busting.
- 224 – **vollständige Arbeitnehmer*innenrechte für Beschäftigte im Bereich der digitalen**
- 225 **Plattformökonomie** und entsprechende **Stärkung der Betriebsräte auf digitalem We-**
- 226 **ge.**

227 Sozialstaat

228 Auch eine andere Errungenschaft, die von Sozialdemokrat*innen und Gewerkschafter*innen erkämpft
 229 wurde, ist in den vergangenen Jahren immer wieder von konservativer und neoliberaler Seite als Aus-
 230 laufmodell dargestellt worden. Aber auch hier hat Corona gezeigt: Die bessere Normalität braucht einen
 231 starken, vorsorgenden Sozialstaat, der alle gegen die individuellen Lebensrisiken solidarisch absichert
 232 und präventiv für gute Beschäftigung sorgt!

233 Man stelle sich nur mal vor, die SPD hätte nicht für ein Kurzarbeiter*innengeld, für einen vereinfachten
 234 Zugang zur Grundsicherung erstmal ohne Vermögensüberprüfung und für eine Übernahme der tatsäch-
 235 lichen Kosten für Unterkunft und Heizung gesorgt. Das sind aus jungsozialistischer Perspektive nur Not-
 236 maßnahmen, aber sie unterstreichen die Bedeutung des Sozialstaats besonders aber nicht nur in der
 237 Krise. Das Kurzarbeiter*innengeld sollte dabei nicht nur als reines Notfallinstrument zur Verhinderung
 238 von Arbeitslosigkeit genutzt werden, sondern sollte auf die Finanzierung von Weiterbildungsmöglichkei-
 239 ten während der Zeit der Kurzarbeit ausgeweitet werden.

240 Das Corona-Virus trifft eben nicht alle gleich, sondern wirkt sozial-selektiv. Menschen mit niedrigem Ein-
 241 kommen oder ohne Arbeit werden wirtschaftlich härter von der Krise getroffen, Kinderarmut verschärft
 242 sich und ganze soziale Schichten werden noch stärker von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlos-
 243 sen. Für eine bessere Normalität nach der Krise erneuern wir unsere zahlreichen Forderungen für einen
 244 aktiven und solidarischen Sozialstaat.

245 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns hier konkret:

- 246 • eine **deutlich längere Bezugsdauer des ALG I** (Arbeitslosengeld) gerade bei langen Beitragsjah-
- 247 ren
- 248 • die **Einführung eines ALG Q**, mit dem Zeiten der Weiterbildung oder Umschulung finanziert wer-
- 249 den, um Beschäftigte in der Transformation nicht allein zu lassen
- 250 • die **überfällige Abschaffung von Hartz IV durch ein sanktionsfreies und bedarfsgerechtes**
- 251 **Bürger*innengeld**
- 252 • eine **eigenständige Kindergrundsicherung**
- 253 • Schließlich bekräftigen wir unsere Forderung nach einem **Recht auf Weiterbildung und Qualifi-**
- 254 **zierung** sowie nach einem **Recht auf Arbeit**, zu dem für uns auch das Konzept einer **Jobgarantie**
- 255 gehört.

256 Feminismus

257 Die neue Normalität muss schließlich auch dahingehend eine bessere werden, als sie feministisch sein
 258 muss. Denn das Corona-Virus hat nicht nur sozial-selektiv gewirkt, sondern auch nochmal die enorm un-
 259 gleich verteilte Belastung von Frauen in unserer Gesellschaft sichtbar gemacht, und zwar in mehreren
 260 Hinsichten. Zum einen werden die als systemrelevant erkannten Berufe, ob in der Pflege oder an der
 261 Supermarktkasse, überwiegend von Frauen ausgeübt und trotz Systemrelevanz viel zu schlecht bezahlt.
 262 Und zum anderen wurde einmal mehr deutlich, wie viel zuvor ‚unsichtbare‘ und unentgeltliche Carearbeit

263 von Frauen im privaten Bereich geleistet wird. Durch den Wegfall von Betreuungsmöglichkeiten im Zuge
 264 der Pandemie hat sich dieses massive Ungleichgewicht noch weiter verstärkt und es ist nicht hinnehmbar,
 265 dass nach wie vor feministische Belange bei der Bewältigung der Krise überhaupt keine Rolle spielen. Die
 266 Pandemie sorgt zusätzlich dafür, dass die Lebensrealitäten und Personen, die schon vorher wenig sicht-
 267 bar waren, nun noch weiter aus dem öffentlichen Leben verdrängt werden. Queeren Personen fehlen
 268 sowohl Schutz- als auch Begegnungsräume und die Deutungshoheit über die Pandemie in Wissenschaft
 269 und Medien haben Männer, deren homogene Lebensrealität sich dann auch in der nicht Berücksichtigung
 270 von Frauen in Hilfsfonds widerspiegelt. Dass es um die körperliche Selbstbestimmung von Frauen prekär
 271 bestellt war, sieht mensch unter anderem auch daran, dass die Pandemie kurzerhand dafür genutzt wer-
 272 den soll, ein "Sexkaufverbot" zu erwirken und der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen noch schwerer
 273 ist als ohnehin schon. Die bessere Normalität muss also eine feministische sein! Wir müssen die Diskurs-
 274 fenster, die sich während der Krise eröffnet haben, dafür nutzen, unsere feministischen Forderungen zu
 275 radikalisisieren.

276 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns aus feministischer Perspektive konkret:

- 277 • Endlich eine **angemessene Entlohnung von Berufen, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt**
 278 **werden** und entsprechende Arbeitsbedingungen.
- 279 • Die schwierigen Arbeitsbedingungen in vielen Care-Berufen hängen häufig auch mit einer nicht
 280 ausreichenden Personalausstattung zusammen beziehungsweise ließe sich auch sagen, dass bei-
 281 de Probleme sich gegenseitig bedingen. Um diese Zustände aktiv anzugehen, soll es ein **staatlich**
 282 **subventioniertes Umschulungsprogramm für Care-Berufe** geben, das Perspektiven für Arbeit-
 283 nehmer*innen, aber auch für die Gesellschaft, die elementar auf diese Branchen angewiesen ist,
 284 schafft.
- 285 • Außerdem sind Bund, Länder und Kommunen in der Pflicht für eine **bedarfsgerechte und kos-**
 286 **tenlose Betreuungsstruktur** zu sorgen, die auch in Krisenzeiten oberste Priorität hat.
- 287 • Und schließlich braucht es endlich eine **konsequent feministische Sozialstaatspolitik**, die Frau-
 288 en unabhängig von einem möglichen Partner gegen Lebensrisiken absichert.

289 Perspektiven für die junge Generation

290 Die bessere Normalität braucht auf jeden Fall ein Zukunftsversprechen an die junge Generation. Die Pan-
 291 demie hat viele junge Menschen in unterschiedlichster Art und Weise betroffen und wir wollen auch hier
 292 unsere Lehren für die Zukunft ziehen sowie bereits bestehende Forderungen nochmals bekräftigen.

293 Zum einen hat sich die Landesregierung dilettantisch verhalten, wenn es um die Unterstützung der Schu-
 294 len und Aufrechterhaltung der Bildung ging. Unzureichende und sich ständig ändernde Anweisungen wa-
 295 ren an der Tagesordnung. Schulen wurden häufig allein gelassen und es gab kaum ein Konzept, wie der
 296 Ablauf weiterhin garantiert werden kann. Es zeigte sich, dass gerade Kinder und Jugendliche aus finansi-
 297 ell schwachen Haushalten mal wieder die Leidtragenden waren. Wer kein digitales Endgerät und eigenes
 298 Zimmer besitzt, litt besonders unter den Umständen. Wieder einmal wurde klar, dass der Zugang zur Bil-
 299 dung vom Geldbeutel abhängig ist. Wir brauchen endlich **gleichberechtigte Konzepte, um gute Bildung**
 300 **für alle zu ermöglichen sowie eine gute, digitale Ausstattung, die gleichberechtigten Zugang auch**
 301 **von zu Hause ermöglicht.**

302 Zum anderen hat auch die Bundesbildungsministerin bewiesen, wie egal ihr Studierende sind. Die exis-
 303 tenziellen Ängste wurden über Monate hinweg ignoriert und mit der schlecht organisierten Soforthilfe
 304 kam viel zu spät ein Angebot, was durch hohe bürokratische Hürden und mit viel zu wenig Geld keine
 305 echte Hilfe war und junge Menschen im Studium allein gelassen hat. Anstatt das BAföG für notleidende
 306 Studierende zugänglich zu machen, wurden viele nun in die Schuldenfalle geschickt. **Es hat sich wieder**

307 **gezeigt, dass ein elternunabhängiges BAföG für ein gleichberechtigtes Studium wichtig und existenzsichernd ist.**

309 Auch in Hinblick auf die Ausbildungen muss gehandelt werden, diese dürfen nicht unter der Pandemie
 310 leiden – weder in der Qualität noch in der Quantität. Wir stellen uns dabei hinter die Forderungen der
 311 DGB Jugend. **Entlassungen von Auszubildenden müssen verhindert werden, die Verbundausbildung muss gestärkt werden, die Lohnfortzahlung muss gewährleistet sein, Abschlussprüfungen müssen stattfinden und Übernahmen müssen abgesichert werden.** Außerdem muss eine Corona-Delle beim
 314 Ausbildungsstart verhindert werden, es braucht daher **ein Sonderprogramm zur Ausbildungssicherung** zum Beispiel in Form eines Solidarfonds Ausbildung.

316 Weiterhin sind auch junge Beschäftigte besonders von der Krise betroffen. Kettenbefristungen dürfen
 317 nach der Krise nicht die Norm werden, unsere **Forderung, sachgrundlose Befristungen abzuschaffen, bleibt bestehen.** Es darf nicht wieder zu einer Jugendarbeitslosigkeitsschneise kommen, daher muss auch
 319 **die europäische Jugendgarantie besser ausgestattet werden,** um wirklich sinnvoll zu wirken.

320 **Kommunen**

321 Die bessere Normalität braucht starke, handlungsfähige Kommunen. In den Kommunen wird derzeit eine
 322 wahnsinnig intensive Arbeit geleistet. Im deutschen Föderalismus sind es die Kommunen, die die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung umsetzen müssen. In den kommunalen Krisenstäben, den Ordnungs-
 324 behörden und erst recht in den kommunalen Krankenhäusern wird ein großer Anteil zur Bewältigung der
 325 Krise geschaffen.

326 Dabei kommen finanziell schwierige Zeiten auf die Kommunen zu: Für viele Verwaltungen sind zum Beispiel Ausgaben notwendig, um in der Corona-Zeit digital arbeitsfähig zu sein. Die Digitalisierung der Verwaltungen kann dabei als Chance für die Zukunft gesehen werden. Gleichzeitig droht aber durch die bevorstehende Rezession ein Einbruch der Gewerbesteuern.

330 Dabei sind es gerade die Kommunen, auf die es in der Nach-Corona-Zeit ankommen wird. Nicht nur, weil ein Großteil der Investitionen in den Kommunen getätigt wird. Wenn das öffentliche Leben Stück für Stück wieder hochgefahren wird, wird in den Kommunen ein neues gutes Zusammenleben organisiert werden müssen. Vorstellbar sind etwa Mikrohilfspakete, die den Fortbestand von lokalen, durch den Corona-bedingten Ausfall von Festveranstaltungen oder ähnlichem in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Vereinen ermöglichen. Das schließt auch die lokale Kunst- & Kulturszene ein. Um ein Club-Sterben und die reihenweise Schließung von Kulturorten zu verhindern, braucht es auch hier finanzielle Unterstützung und Fördertöpfe für Kleinkunst, damit in unserer besseren Normalität auch ein vielfältiges kulturelles Angebot bestehen bleibt. Dafür muss die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen schnell hergestellt werden.

340 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns mit Blick auf die Kommunen:

- 341 • Die Corona-Krise zeigt erneut: **Die Gesundheitsversorgung gehört in öffentliche Hand.** Der
 342 Bund sollte einen Topf auflegen, der es Kommunen ermöglicht, private Krankenhäuser zu kommunalisieren.
- 344 • Viele Kommunen leiden unter der erdrückenden Last der Altschulden. Für diese Kommunen
 345 braucht es eine schnelle Übernahme der Altschulden durch Bund und Länder in Form eines **Altschuldentilgungsfonds.**
- 347 • Eine schnelle grundsätzliche Reform der Kommunalfinanzierung muss die Kommunen aus ihrer
 348 Abhängigkeit von der Gewerbesteuer lösen. Mögliche konkrete Maßnahmen dazu wären:

349 o Eine **Heraufsetzung des kommunalen Anteils bei noch zu bestimmenden Gemeinschafts-**
 350 **steuern** zur Stärkung der Investivkraft der Kommunen ist zu prüfen.

351 o Unser Ziel ist eine **Harmonisierung der Gewerbesteuer-Hebesätze**. Zur Erreichung dessen ist
 352 ein Mindesthebesatz geeignet. Dieser muss so gesetzt werden, dass er den Landes- und Bundesschnitt
 353 effektiv anhebt. Zur Realisierung dessen sollte eine angemessene Karenzzeit gewählt werden. Die Kom-
 354 munen, welche auf einen absehbaren Zeitraum von den Änderungen betroffen sein werden, benötigen
 355 eine Übergangszeit, in welcher sie ihren Haushalt umstellen können. Denkbar wäre auch eine stufen-
 356 weise Anhebung eines Mindesthebesatzes. Da es sich um ein bundesweites Problem handelt, wäre ein
 357 bundesweit koordiniertes Vorgehen am sinnvollsten. Aufgrund der Erfahrungen mit dem Föderalismus
 358 und angesichts der aktuellen politischen Konstellationen in den einzelnen Bundesländern, kann dies je-
 359 doch keine Bedingung sein.

360 o Die **Finanzierung der Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen ist zu reformieren**.
 361 Nordrhein-westfälische Kommunen haben im Ländervergleich darunter zu leiden, dass sie in erheblichem
 362 Maße die Kosten für die Landschaftsverbände tragen, während sie in anderen Bundesländern durch den
 363 Landeshaushalt finanziert werden. Im Landschaftsverband Westfalen-Lippe wird der Haushalt zu zwei
 364 Dritteln aus Beiträgen (Landschaftsumlage) der Landkreise und kreisfreien Städte finanziert. Künftig soll-
 365 te der kommunale Anteil nicht über 50 Prozent liegen.

366 o **Die kommunale Selbstverwaltung ist als zentrales Prinzip unseres Staatsverständnisses**
 367 **zu wahren und zu fördern**. Der Tendenz zu auf Landes- und Bundesebene entwickelten „Projektras-
 368 tern“, denen sich die Kommunen für Zuschusszahlungen zwangsläufig unterordnen, muss entgegenge-
 369 wirkt werden. Insbesondere muss die Zuweisung von Landes- und Bundesmitteln um auch kommunalen
 370 Prioritäten gerecht zu werden verstärkt über Schlüssel und Grundzuweisungen erfolgen. Trotzdem stellen
 371 solche „Projektraster“ von Bund und Land einen wichtigen Gegenpol zu kommunal bedingten Unterschie-
 372 den bei der Erreichung von, auch in diesem Antrag dargestellten Zielen, wie die Förderung von Aus- und
 373 Weiterbildung dar. Bei ihrer Erarbeitung müssen die Kommunen jedoch viel mehr einbezogen werden. Es
 374 muss eine Kommunikationsstelle zwischen Bund, Land und Kommunen gefunden werden, die die Kom-
 375 munen gleichwertig an der Erarbeitung solcher Raster beteiligt.

376 **Europa reformieren – Renationalisierung verhindern**

377 Die bessere Normalität braucht schließlich auch ein besseres Europa. Die Europäische Union spielt bei
 378 der Bekämpfung der Corona-Krise nur eine untergeordnete Rolle. Die nationalen Alleingänge bei den
 379 Grenzschießungen und die fehlende Garantie, dass der Schengen-Raum nach Corona wieder geöffnet
 380 werden, zeigen, in was für einer Gefahr sich die europäische Idee befindet.

381 Als Konsequenz aus der Krise muss die Europäische Union ihre Integration vorantreiben, auch, um eine
 382 Renationalisierung zu verhindern. Eine weitergehende Integration darf aber nicht ziellos alle Bereiche
 383 des politischen Lebens betreffen, sondern muss sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen jetzt ein
 384 gemeinsames europäisches Vorgehen benötigt wird. Neben der Außenpolitik (auf die hier nicht näher
 385 eingegangen werden soll) sind das die Entwicklung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik,
 386 die soziale Absicherung, Migrationspolitik und der Kampf gegen den Klimawandel.

387 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns europäisch konkret:

- 388 • **Euro-Bonds** können verhindern, dass die Corona-Krise die besonders schwer betroffenen Staaten
 389 in die finanzielle Handlungsunfähigkeit treibt. Das aktuell diskutierte Wiederaufbauprogramm, das
 390 durch eine Kreditaufnahme über die EU-Kommission und damit durch die regulären Beiträge der
 391 Mitgliedsländer finanziert wird, ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung.
- 392 • Eine **weitere schnelle Reform der Eurozone** muss gezielte Investitionen ermöglichen, um wirt-
 393 schaftliche Ungleichgewichte ausgleichen zu können.

- **Maßnahmen gegen das massive Ungleichgewicht der Außenhandelsbilanzen** sind gerade in der Krise notwendig. Das heißt in erster Linie eine Stimulierung der Binnennachfrage in Staaten mit hohen Exportüberschüssen wie Deutschland.
- Die EU braucht dringend einen **Regionalentwicklungsplan für Süd- und Osteuropa**. Die noch immer unter der Eurokrise leidenden südeuropäischen und viele osteuropäischen Staaten haben eine deutlich geringere ökonomische Komplexität als etwa Deutschland. Dieser strukturellen Ungleichheit der Produktionsbedingungen muss gegengesteuert werden.
- Die EU sollte eine **eigene Gesellschaft zur Produktion von Wasserstoff** aufbauen.
- Die EU muss als Konsequenz aus den Lehren der Corona-Krise **gemeinsame gesundheitspolitische Ansätze entwickeln**. Mehr Unabhängigkeit von Lieferketten bei Medikamenten wäre etwa ein Thema, das sich gut gemeinsam europäisch angehen lässt. Wir unterstützen den Gesetzentwurf der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, vorangetrieben von unserer Juso-Abgeordneten Delara Burkhardt, für entwaldungsfreie Lieferketten. Damit soll erreicht werden, dass nur noch Produkte auf dem europäischen Markt landen, die nicht zur Zerstörung von (Regen-)Wäldern, oder zur Verletzung von Menschenrechten beigetragen haben. Das Gesetz fordert regelmäßige Berichte, mehr Transparenz und Haftung für Unternehmen, die Wälder und andere Biotope bei der Produktion ihrer Produkte nicht schützen. Es ist die Pflicht der Unternehmen, sich nicht aus der Verantwortung zu ziehen, wenn sie in anderen Ländern Schäden anrichten und von deren Standort profitieren. Deshalb muss auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier seine Blockadehaltung endlich aufgeben.
- Auch nach Corona wird die globale Migration nicht nachlassen. Es braucht **schnell ein unkompliziertes über die Kommunen laufendes Verfahren zur Verteilung von vor Krieg, Verfolgung und Elend fliehenden Menschen**. Gerade die Verbesserung der katastrophalen Zustände in Mوريا sollte dabei oberste Priorität genießen. Das kürzlich vorgestellte Prinzip der „verpflichtenden Solidarität“, das vor allem mehr Abschottung bedeutet, lehnen wir vor diesem Hintergrund ab.

Fazit

Die Corona-Krise hat uns in den verschiedensten Bereichen – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich – gezeigt, dass wir nicht einfach weitermachen können wie bisher. Sie hat aber nach Jahren des Stillstands auch die enorme Handlungsfähigkeit von Politik unter Beweis gestellt. Wir können und wir als Jusos werden unser Zusammenleben neu gestalten. Letztlich geht es um die Frage, **wie wir eigentlich leben wollen**. Und für uns ist dabei klar, dass die neue Normalität nicht die alte sein darf. **Sorgen wir durch einen progressiven Politikentwurf dafür, dass sie eine bessere sein wird!**

INI Initiativanträge

INI Initiativanträge

INI1	Jusos Stadt Aachen, Jusos in der StädteRegion Aachen, Jusos Kreis Euskirchen, Jusos Kreis Düren, Jusos Kreis Heinsberg, Jusos Hamm	Solidarität mit den Continental-Beschäftigten	97
INI2	UB Münster, UB Bochum, KV Rhein-Kreis Neuss, UB Bielefeld, UB Duisburg, UB Essen	Evacuate Moria now!	98

INI1

Solidarität mit den Continental-Beschäftigten

1 Am Mittwoch hat die Kapitaleseite des Aufsichtsrats des Continental-Konzerns gegen die Stimmen der
2 Arbeitnehmer*innenvertreter*innen beschlossen, das Aachener Reifenwerk und das Werk in Karben zu
3 schließen. Weitere Werke sollen „umstrukturiert“ werden. Dies betrifft werkswweit 30.000 Arbeitsplätze, in
4 Deutschland alleine 13.000. Dabei werden neben Werksschließungen auch Maßnahmen der Jobverlage-
5 rungen genutzt. Einziges Ziel ist es den Profit des Unternehmens zu steigern. Und das auf Kosten von
6 Arbeitnehmer*innen, die bereits seit Jahren für schwarze Zahlen vor Ort sorgen. Und das auch durch
7 unbezahlte Mehrarbeit.

8 Seit 89 Jahren etwa werden am Standort Aachen Reifen produziert und selbst während der Corona-Krise
9 hat das Werk mit einer Produktion von (auf das Jahr hochgerechnet) über 6 Millionen Reifen Profit ge-
10 macht. Die Pläne zur Standortschließung sind nicht mit der fehlenden Profitabilität zu erklären, sondern
11 lediglich die Folge strategischer Managementfehler, da an anderen Standorten Überkapazitäten aufge-
12 baut wurden, die nun nicht abgerufen werden.

13 Die Schließung des Aachener Werks war nicht vorhersehbar und ist nicht nachvollziehbar. Denn das Aa-
14 chener Werk wurde erst in den letzten Jahren modernisiert. Zusätzlich leisten die Mitarbeiter*innen seit
15 2005 unbezahlte Mehrarbeit, um die Millionengewinne der Continental AG zu ermöglichen.

16 Diese 1.800 Mitarbeiter*innen, die teilweise seit mehreren Generationen mit dem Unternehmen verwur-
17 zelt sind, wurden vollkommen überraschend per Mails und Aushang über die Werkschließung informiert.
18 Bei der eilends einberufenen Betriebsversammlung stand kein Mitglied des Vorstands zur Verfügung, um
19 die Entscheidung nochmals zu verkünden oder zu erklären.

20 Der Beschluss des Konzernvorstands das Aachener Werk zu schließen, ist eine katastrophale Nachricht für
21 die Beschäftigten, die Region, die gerade mitten im Strukturwandel steckt und auch für unser Bundesland.

22 Sollte ein profitables Werk, in dem die Beschäftigten gegenüber dem Arbeitgeber seit Jahren in Vorleis-
23 tung gegangen sind, nun einfach geschlossen werden, stellt dies die Grundlagen der etablierten Sozial-
24 partner*innenschaft in Frage.

25 Dieses Kahlschlag-Konzept zeigt das wahre Gesicht des Kapitalismus, den es zu überwinden gilt. Es zeigt
26 wie ein kapitalistisches Unternehmen in Zeiten der Transformation den gesellschaftlichen Zusammenhalt
27 durch einseitige Gewinnmaximierung gefährdet. Das heißt, dass die bisherigen Regelungen bei Mitbe-
28 stimmung und Betriebsverfassung nicht mehr ausreichen, um Transformation und Strukturwandel sozi-
29 alverträglich und zukunftsfähig zu gestalten. Eine Ausweitung der Montan-Mitbestimmung, bei welcher
30 Kapital- und Beschäftigtenseite gleich hohe Stimmanteile haben, könnte eine mögliche Maßnahme sein,
31 um in Zukunft Alleingänge der Manager*innen zu verhindern und sozialverträgliche Konzepte im Auf-
32 sichtsrat zu verhandeln. Die Führungsriege bei Continental ist, nachdem sie das Vertrauen der Beschäf-
33 tigten und Werte der Sozialpartner*innenschaft verletzt hat, aufgefordert in den Verhandlungen mit IG BCE
34 und IG Metall den Weg für ein sozial-verträgliches Strukturprogramm nicht zu versperren. Ziel muss es
35 jetzt sein, dass die Mitarbeiter*innen nicht ins bergfreie fallen und möglichst viele von ihnen auch wei-
36 terhin beschäftigt bleiben. Der Fall Continental ist ein mahnendes Beispiel für eine Managementkultur,
37 welcher die Schicksale der Beschäftigten deutlich weniger wert sind als der Profit. Hieran sieht man das
38 wahre Gesicht des Kapitalismus, den es zu überwinden gilt.

39 Wir als NRW Jusos stehen an der Seite der Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen und erklären uns
40 mit ihnen solidarisch.

INI2

Evacuate Moria now!

1 Ist das dieses Europa, was wir wollen? Das Lager in Moria war ein Ort, das nie hätte existieren dürfen. Für
2 die Menschen, die dort ankamen, gab es kein Vor und kein Zurück. Die an die Grenzen ausgelagerte Prü-
3 fung, ob die Menschen einen Asylgrund vorweisen können und der politische Unwille Asylsuchende in den
4 europäischen Staaten aufnehmen zu wollen, sorgte dafür, dass genau jenes Lager mit unmenschlichen
5 Lebensumständen entstanden ist.

6 Die Situation in Moria war schon lange nicht hinnehmbar. Auf dem ehemaligen Lager lebten 12.600 Men-
7 schen, obwohl die Kapazität nur auf 2.600 Menschen ausgelegt war. Die Kapazität war also schon längst
8 um ein Vielfaches überstiegen. Für die Menschen vor Ort gab es kein fließendes Wasser, nur begrenz-
9 ten Raum, keine Hygieneartikel, keine Privatsphäre. Das Camp war stets die Zielscheibe für Angriffe von
10 Rechts und zusätzlich wurden kürzlich die ersten Coronavirus-Fälle bekannt.

11 Die Lebensumstände waren unmenschlich und selbst Armin Laschet konnte bei seinem Besuch im Früh-
12 jahr nicht abwarten, wieder von diesem Ort zu verschwinden. Mit dem Brand hat sich die Lage verändert
13 und den humanitären Notstand sogar noch verschärft. Obwohl europäische Staaten vertraglich dazu ver-
14 pflichtet sind, in solch einem Notstand für humanitäre Hilfe zu sorgen, hält sich die Hilfe in Grenzen. Viel-
15 mehr gab es entgegenwirkende Entwicklungen. Die Menschen, die von dem Brand auf der Flucht waren,
16 wurden mit Tränengas davon abgehalten, dass sie in die umgebenden Dörfer fliehen und die europäische
17 Union kam in kürzester Zeit mit einer neuen Idee: Moria 2.0. ist nun die europäische Lösung, anstatt ei-
18 ne wahrhafte Lösung vorzulegen, die der humanitären Notsituation gerecht wird. Dies soll nun der neue
19 Ort sein, an den die Menschen zurück sollen und jene, die dies nicht freiwillig tun, werden mit Polizeige-
20 walt dazu gezwungen zurückzukehren. Ebenfalls wird Hilfsorganisationen der Zugang zu den Menschen
21 verwehrt. Für diese ist es unmöglich humanitäre Hilfe zu leisten.

22 Es ist unerträglich mit anzusehen, dass jene Menschen gezwungen werden in ihr Elend zurückzukehren,
23 bis eine europäische Lösung gefunden wird. Der Tenor, der jedoch mit dem neuen Asylabkommen an-
24 klang, lässt nichts Gutes vermuten. Schnellere Abschiebeverfahren, wie auch die Existenz von Moria 2.0.
25 ist für uns keine tragbare Lösung!

26 **Flüchtlingslager abschaffen! - für ein offenes Europa**

27 Doch auch allein die Existenz von Lagern wie Moria lehnen wir ab. Sie gehören abgeschafft. Der Brand
28 hat einen alleine schon tragischen Zustand drastisch verschlimmert. Fehlende Grundversorgungen wie
29 Ärzt*innen, fließendes Wasser und Strom oder alleine schon fehlender Platz sind nur der Anfang. Für uns
30 ist klar, dass Flüchtlingslager niemals ein lebensgerechter Ort sind. Die Bedingungen, unter denen die
31 Menschen dort unterkommen, sind unmenschlich und müssen abgelehnt werden.

32 Besonders für vulnerable Gruppen wie Frauen*, Kinder, Traumatisierte, etc. stellt Moria eine weitere Ge-
33 fahrenquelle dar. Sie müssen sich vor (sexualisierter) Gewalt, schützen und sind besonders anfällig Opfer
34 zu werden. Gleichzeitig begünstigt die Frustration der Lagerbewohner*innen strukturelle Gewalt. Sicher-
35 heit ist hier nur ein Fremdwort. Schutzmechanismen wie Ansprechpartner*innen, die auf traumatisierte
36 und unter Gewalt leidenden Menschen spezialisiert sind, fehlen bzw. sind nicht genügend vertreten. Auf
37 die Polizei als Schutzmechanismus zu nennen, kann man hier verzichten, sie stellen eher eine Gefah-
38 renquelle dar, die meint auf Bewohner*innen schießen zu können und somit eine Bedrohung von Leib
39 und Seele darstellt. Die Menschen, die in Europa Hoffnung auf ein selbstbestimmtes, freies Leben sahen,
40 werden nun weiterhin alleine gelassen.

41 Für uns ist gelebte Solidarität eine Selbstverständlichkeit. Niemand kann etwas dafür, wo sie geboren
42 sind, unter welchen Umständen sie aufwachsen. Wir sehen Europa in der Pflicht offen für alle zu sein.
43 Privilegien wie Wohlstand, Frieden und Sicherheit sollen für alle Menschen Normalität darstellen. Dazu
44 gehört auch, dass wir fordern, dass Flüchtlinge selbst bestimmen können, wo sie leben wollen.

45 Für uns ist auch klar, dass die Städte, die dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beigetreten sind, ge-
46 nau dies auch sein sollten: Ein sicherer Hafen für Menschen, die aktuell in zutiefst traumatisierenden
47 und unmenschlichen Zuständen in Lagern ausharren. Seehofer boykottiert jedoch die Aufnahmen von
48 fliehenden Menschen über den Verteilschlüssel hinaus, das Ziel des Bündnisses, und hindert mit faden-
49 scheinigen und inhumanen Argumenten die Städte daran, Menschen aus Notlagen zu befreien. Die 182
50 deutschen Städte (Stand September 2020), die sich dem Bündnis angeschlossen haben und tatsächlich
51 Platz haben (ersichtlich z.B. an vorhandenem Leerstand in den Flüchtlingsunterkünften) müssen handeln
52 dürfen! Es darf nicht bei alleinigen Solidaritätsbekundungen bleiben! Auf Worte müssen nun dringlichst
53 Taten folgen.

54 Doch es muss auch weitergedacht werden: Ein „Einlaufen“ in den Hafen reicht lange nicht aus, um ein
55 sicherer Hafen zu sein. Die Menschen sollen sich in den Städten wohl fühlen und integriert werden. Wir
56 müssen eine Verdrängung aus den Städten, durch z.B. hohe Mieten und hohe Lebenshaltungskosten
57 verhindern, und sollten auf kommunaler und Landesebene mehr in Integrationskonzepte investieren. Ein
58 langfristiges Abkommen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung,
59 insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt
60 werden, ist unabdingbar.

61 **Schluss mit Ausreden, Europa!**

62 Für uns ist klar: Die Geflüchteten stecken jetzt in einer humanitären Katastrophe. Nachdem sie die gefähr-
63 liche Fluchtroute über das Mittelmeer auf sich genommen haben, ist der Schrecken und das Leid nicht
64 vorbei. Die Festung Europa überlässt die Menschen ihrem Schicksal. Wenn das Europa ist, dann ist Euro-
65 pa gescheitert. Das bedeutet, dass wir nicht länger auf Europa warten wollen. Damit den Menschen jetzt
66 geholfen wird, fordern wir die Bundesregierung, aber auch alle anderen willigen Länder der EU, dazu auf
67 sich nicht länger hinter dem Aufruf nach einer europäischen Lösung zu verstecken.

68 Das Dublin-Verteilungsverfahren ist kein adäquater Umgang. Wenn sich jedoch einzelne beteiligte Staaten
69 weigern es abzuschaffen, müssen wir ohne sie handeln. Also ohne die EU. Langfristig begrüßen wir eine
70 nachhaltige Lösung zwischen den europäischen Staaten, die willig sind, Menschenrechte, wie das Recht
71 auf Asyl zu gewährleisten und sich gemeinsam bereit erklären, Geflüchtete unter sozialen Bedingungen
72 auf ihren Gebieten aufzunehmen. Diese Koalition der Willigen ist dabei eine Möglichkeit, darf jedoch auch
73 nicht eine neue Ausrede werden und lange Verhandlungen nach sich ziehen, die die Geflüchteten erneut
74 im Stich lässt. Wenn auch eine breite Koalition nicht möglich ist, dann muss die Bundesrepublik auch
75 alleine Handlungsfähig sein.

76 Das betrifft jedoch nicht nur die Verteilung der bereits an den Grenzen Europas angelangten Geflüchteten.
77 Das bedeutet auch der konsequente Kampf für sichere Fluchtrouten. Seit Jahren sterben immer wieder
78 hunderte, tausende Menschen im Mittelmeer. Sie sterben, weil kriminelle Schlepper*innen sie in schlecht
79 ausgerüsteten, völlig überfüllten Booten auf dem Meer zurück lassen. Sie sterben weil Akteur*innen wie
80 die so genannte libysche Küstenwache Motoren zerstört anstatt den in Seenot geratenen zu helfen. Sie
81 sterben, weil die europäische Union sich weigert staatliche Projekte zur Seenotrettung aufrecht zu halten.
82 Sie sterben, weil zivile Seenotrettung kriminalisiert wird. Das kann nicht sein. Es ist bereits ein Armuts-
83 zeugnis, dass zivile Akteur*innen die Arbeit übernehmen müssen, die eigentlich in der Verantwortung
84 der Staaten liegen würde. Schlimmer ist dann noch, dass sie dafür kriminalisiert werden. Wir fordern
85 auch hier, dass nicht länger auf eine europäische Lösung gewartet wird. Und wir fordern, dass die Zu-
86 sammenarbeit mit etwa der so genannten libyschen Küstenwache sofort beendet wird. Es gibt zahlreiche

87 Zeug*innen, die belegen können, dass die so genannte lybische Küstenwache Menschenrechtsverletzungen
88 systematisch durchführt. Europa wird seiner Verantwortung nicht gerecht selbst für die Rechte der
89 Geflüchteten Sorge zu tragen und Europa unterstützt aktiv Menschenrechtsverletzungen.

90 **Mehr Schultern stützen mehr! – Endlich mehr finanzielle Unterstützung der Ankunftsländer**

91 Uns sind die organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten bei der Versorgung Geflüchteter in vielen
92 südeuropäischen Ländern wie Italien und Griechenland bekannt und es kann nicht weiter toleriert wer-
93 den, dass diese Länder und vor allem bestimmte Regionen alleine gelassen werden und auf Grund wenig
94 ausgebaute Infrastruktur mit der Gesamtsituation überfordert sind. Zu dieser schlecht ausgebauten In-
95 frastruktur gehören zum Beispiel die mangelnde Wasserversorgung, fehlende Sanitärbereiche, aber auch
96 fehlende Ärzt*innen, medizinisches Personal und Sachbearbeiter*innen, welche die Anträge Geflüchte-
97 ter bearbeiten, damit sie schnellstmöglich aus den Lagern entkommen und in ihr Zielland reisen können.
98 Leider kann man beobachten, dass diese schlechte Infrastruktur und die Überforderung zu riesigem Leid
99 bei Geflüchteten führt und sie in vielen Fällen für unbestimmte Zeit unter menschenunwürdigen Verhält-
100 nissen in Lagern leben müssen.

101 Aus diesem Grund fordern wir für die Zeit, in der leider noch Lager existieren, die Bereitstellung zweck-
102 gebundener finanzieller Unterstützung für Ankunftsländer in Südeuropa, um die Infrastruktur in den Re-
103 gionen zu stärken und die humanitäre Lage der Geflüchteten zu verbessern, in dem durch diese Un-
104 terstützungen beispielsweise eine angemessene Wasserversorgung gelegt werden kann, es ausreichend
105 medizinisches Personal gibt und Menschen dort ein humaneres Leben in Gebäuden, welche Schutz vor
106 Kälte und ein Leben in menschenwürdigen Verhältnissen bieten, führen können und ihre Anträge durch
107 ausreichend Personal schneller bearbeitet werden, um eine zügige Unterbringung im Zielland zu gewähr-
108 leisten.

109 Mit der Zweckgebundenheit der Unterstützung wird sichergestellt, dass die Gelder ausschließlich für die
110 Verbesserung der Lage der geflüchteten Menschen vor Ort verwendet werden und sie nicht mehr in men-
111 schenunwürdigen Verhältnissen leben müssen. Auf diese Weise übernehmen alle europäischen Staaten
112 Verantwortung und ziehen sich nicht mit dem Verweis auf ihre geographische Lage und das Dublin-
113 Verfahren aus der Verantwortung. Die Unterstützung erhaltenden Länder sind dazu angehalten, Rechen-
114 schaft abzugeben, für was die Unterstützung verwendet wurde und aufzuzeigen, dass die Verwendung
115 der Unterstützung zur Verbesserung der humanitären Lage vor Ort führt.

116 Wir sind den NGOs unfassbar dankbar, weil ohne ihre Arbeit die humanitäre Lage vor Ort noch weitaus
117 schlimmer wäre, aber eine Staatengemeinschaft aus 27 Mitgliedsstaaten darf und kann sich nicht auf
118 NGOs vor Ort verlassen und muss endlich adäquat Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass
119 es nicht zu solch einem Leid von Menschen und einer Überforderung der Ankunftsländer kommt, weil
120 sich ein Großteil der EU-Länder aus der Verantwortung zieht. Deshalb bedarf es endlich der Etablierung
121 staatlicher Programme und Unterstützung zur dringenden Verbesserung der humanitären Lage vor Ort.

122 **Wer nicht helfen will, muss Platz machen!**

123 Für uns gilt ganz klar, dass den Menschen vor Ort geholfen werden muss. Diese Hilfe darf aber nicht nur
124 Symbolpolitik sein. Es darf nicht sein, dass wir uns mit dem Plan von Innenminister Horst Seehofer zu-
125 frieden geben nur 1500 Menschen aufnehmen zu können. Das sind unzählige Menschen zu wenig und
126 wir wissen, dass Deutschland mehr kann aber auch mehr will. Die Zivilgesellschaft und die Organisation
127 Seebrücke haben in den letzten Jahren ganz klar das Signal gesendet, dass Städte und Kommunen Platz
128 haben! Diese Plätze dürfen aber wegen der Blockadehaltung von Horst Seehofer nicht besetzt werden,
129 da er als Innenminister laut dem Aufenthaltsgesetz der Aufnahme zustimmen muss. Wenn er nicht zu-
130 stimmen will, während sich die Bevölkerung gesamtgesellschaftlich für die Aufnahme von Geflüchteten
131 einsetzt, wird er seinem Amt nicht gerecht und muss Platz machen! Daher fordern wir den Rücktritt von
132 Horst Seehofer, wenn er nicht willens ist oder nicht fähig genug ist, den Menschen aus der humanitären

133 Not zu helfen. Auch darf es keine Lösung sein, die Aufnahmekriterien immens zu beschränken und nur
134 Familien in Deutschland aufzunehmen. In einem solchen humanitären Notstand -aber auch sonst- leuchtet es uns nicht ein, dass Asylsuchende, die alleine unterwegs sind, weniger rettenswert sind als Familien.
135 Wir finden: wer nur zusieht, muss auch eines Tages die Schuld für das Elend der Menschen tragen oder
136 jetzt handeln!

138 **Statt nur Symptome, die Krankheit des Systems behandeln!**

139 Während wir uns für eine humane und gerechte Asylpolitik einsetzen, bleibt der internationalistische
140 Anspruch jungsozialistischer Politik, die Ursachen für Flucht und Vertreibung nachhaltig zu bekämpfen,
141 von aktiver Friedenspolitik, über Beendigung von neokolonialistischer Ausbeutung, bis zur Herstellung
142 von Klimagerechtigkeit. Statt nur Symptome einer ungerechten Weltordnung zu bekämpfen, wollen wir
143 diese Ordnung an sich verändern.

144 Zusammenfassend fordern wir: - die sofortige Evakuierung Morias bzw. des neu geplanten Ersatzlagers,
145 sowie die sofortige Aufnahme der knapp 12.600 Menschen vor Ort. - die sofortige Evakuierung aller an-
146 deren Lager, sowie die Abschaffung dieser. - dass Geflüchtete ihr Selbstbestimmungsrecht auf den Le-
147 bensort erhalten. Das bedeutet in der Konsequenz die Abschaffung des Dublin Verfahrens. - außerdem
148 dass Geflüchteten ein Recht auf Sicherheit garantiert wird. Und zwar besonders für vulnerable Gruppen
149 wie Frauen*, die (sexualisierte) Gewalt auf der Flucht erleben. - dass die Kommunen, die sich als "sichere
150 Häfen" erklärt haben, unterstützt werden. Und zwar mit langfristigen Integrationskonzepten, um die Ge-
151 flüchteten vor Ort zu integrieren. - dass nicht länger auf eine europäische Lösung gewartet wird. Die Bun-
152 desrepublik muss aktiv eine europäische Lösung antreiben und im Zweifel auch autonom handeln. - dass
153 die Staaten Südeuropas, die zur Zeit mit der Aufnahme der Geflüchteten überfordert sind, finanziell un-
154 terstützt werden. Diese Unterstützung muss zweckgebunden sein, damit sie auch ankommt. - dass Horst
155 Seehofer entweder seinem Amt gerecht wird, oder aber zurücktritt. - dass Fluchtursachen konsequent
156 bekämpft werden - und die Zusammenarbeit mit Menschenrechtsverletzer*innen wie etwa der libyschen
157 Küstenwache beendet wird, die Kriminalisierung ziviler Seenotrettung beendet wird, sowie sichere und
158 legale Fluchtwege geschaffen werden.